



DONAU-
INSTITUT
ZENTRUM FÜR
DEMOKRATIEFORSCHUNG

Andrássy Working Papers zur Demokratieforschung

Sebastian Michael Niemetz

HANDEL ZWISCHEN WETTKAMPF UND KRIEG Das Rollenkonzept von Deutschland als handelspolitischer Akteur

Andrássy Working Papers zur Demokratieforschung Nr. 7

2019

ISSN 2498-9177



DONAU-
INSTITUT
ZENTRUM FÜR
DEMOKRATIEFORSCHUNG

Andrassy Working Papers zur Demokratieforschung

Sebastian Michael Niemetz

HANDEL ZWISCHEN WETTKAMPF UND KRIEG

Das Rollenkonzept von Deutschland als
handelspolitischer Akteur



Andrássy Working Papers zur Demokratieforschung Nr. 7

2019

ISSN 2498-9177



Sebastian Michael Niemetz
HANDEL ZWISCHEN WETTKAMPF UND KRIEG
Das Rollenkonzept von Deutschland als handelspolitischer Akteur
Andrassy Working Papers zur Demokratieforschung Nr. 7
2019
ISSN 2498-9177

Edited by the Centre of Democracy Studies of the Danube Institute of Andrassy University Budapest.
This series presents ongoing research in a preliminary form. The authors bear the entire responsibility for papers in this series. The views expressed therein are the authors', and may not reflect the official position of the institute. The copyright for all papers appearing in the series remains with the authors.

Name of the Author: Sebastian Michael Niemetz
Centre for Democracy Studies
Pollack Mihály tér 3.
H-1088 Budapest
E-Mail: zedem@andrassyuni.hu

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	6
1. Einleitung	8
2. Forschungsgegenstand und Kontext	12
2.1 Geschichte und Analyse von Handelspolitik	12
2.2 Handelspolitik der Europäischen Union	13
2.3 TTIP und CETA	15
2.4 Forschungs- und Literaturstand	17
3. Theoretischer Rahmen	20
3.1 Vergleichende Außenpolitikanalyse	20
3.2 Rollentheorie	21
3.2.1 Hintergrund	21
3.2.2 Definitionen und Begriffe	22
3.3 Metaphertheorie	25
4. Methode und Methodologie	29
4.1 Diskursanalyse	29
4.1.1 Diskursbegriff	29
4.1.2 Diskurstheorie in den Internationalen Beziehungen	30
4.2 Grounded Theory	31
4.2.1 Forschungsstil	31
4.2.2 Methode	35
4.3 Forschungsablauf	38
5. Beschreibung der Daten	42
5.1 Kategorien	42
5.1.1 Deutschland	43
5.1.2 Europa	47
5.1.3 Globalisierung	50
5.1.4 Transatlantische Beziehungen	54
5.1.5 Öffentlicher Diskurs	58
5.2 Wahrnehmungsebenen	61
5.3 AkteurInnen und Themen	61
6. Datenanalyse	64
6.1 Die Konzepte Wettkampf und Krieg	65
6.2 Außenpolitische Wahrnehmungsebene	66
6.2.1 Metaphernsystem 1: Handel ist Wettkampf	66
6.2.2 Metaphernsystem 2: Handel ist Krieg	72
6.3 Innenpolitische Wahrnehmungsebene	76
6.4 Rollenkonzept Deutschland als handelspolitischer Akteur	77
7. Fazit	80
Literaturverzeichnis	86
Anhang 1 - Übersicht: Mitglieder der Bundesregierung	93
Anhang 2 - Übersicht: Analysierte Beiträge	94
Abkürzungsverzeichnis	

AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
ASEAN	Verband Südostasiatischer Nationen
CETA	Comprehensive Economic and Trade Agreement
ECOWAS	Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft
EPA	Wirtschaftspartnerschaftsabkommen
NAFTA	Nordamerikanisches Freihandelsabkommen
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
SADC	Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika
TPP	Transpazifische Partnerschaft
TTIP	Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft
WTO	Welthandelsorganisation

Vorwort

„And the people listened, and their faces were quiet with listening. The story tellers, gathering attention into their tales, spoke in great rhythms, spoke in great words because the tales were great, and the listeners became great through them“

John Steinbeck, *The Grapes of Wrath*

“Un homme, c'est toujours un conteur d'histoires, il vit entouré de ses histoires et des histoires d'autrui, il voit tout ce qui lui arrive à travers elles; et il cherche à vivre sa vie comme s'il la racontait“

Jean-Paul Sartre, *La nausée*

So wie Menschen¹ stets Geschichten erzählen, so ist Politik auch stets das Erzählen von Geschichten. Manche dieser Geschichten sind *big stories*, wie die großen Erzählungen der Nationen, in welchen Menschen ihre Mythen und Anekdoten über Staat und Volk erzählen und dadurch ihre nationale Identität ausleben. Diese Geschichten handeln nicht selten vom Ursprung der Nation, oder von ihrer Pracht und dem Patriotismus ihrer Mitglieder. Sie können auch von Krieg handeln, oder von Widerstand und Revolution, oder von *Einheit, Freiheit und Brüderlichkeit*. Andere politische Geschichten sind wiederum *little stories*, welche von der Politik der Alltäglichkeit handeln. Dies sind die unzähligen kleinen Geschichten, die sich auf den Gängen der politischen Foren, der Parlamente, der Regierungssitze, der Konferenzhallen et cetera erzählt werden. Oft handeln sie von politischen Geschehnissen, von einzelnen Sätzen, die gesprochen und Dingen, die getan wurden. Von Individuen, Interessen, Strategien, Verhandlungen, Kompromissen oder dergleichen. Manchmal finden diese kleinen Geschichten auch ihren Weg in die Medien und werden Teil von größeren Geschichten, mit der sich die Öffentlichkeit beschäftigt. Und so kann es geschehen, dass politische Ereignisse, die lange Zeit ohne besondere Aufmerksamkeit der Bevölkerung abliefen, plötzlich Teil ihres täglichen Geschichtenerzählens werden.

Dies war der Fall, als im Jahr 2014 ein Politikbereich seinen Weg in den öffentlichen Diskurs Deutschlands und Europas gebahnt hat, der nicht besonders oft zu solch hoher Aufmerksamkeit

¹ Im Großteil der vorliegenden Arbeit werden das Binnen-I oder das generische Femininum genutzt.

gelangt: internationale Handelspolitik. Mit den Diskussionen um das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP und dem europäisch-kanadischen Handelsabkommen CETA kehrten politische Geschichten in den öffentlichen Diskurs ein, die zum einen von Standards, Regulatorischer Kooperation und Investitionsschutz und zum anderen von Intransparenz, Demokratieabbau und Chlorhühnchen handelten. Diese unübliche öffentliche Aufmerksamkeit soll nicht heißen, dass Handelspolitik vorher kein Geschichtenerzählen war. Immer wenn Handelsabkommen von DiplomatinInnen ausgehandelt werden, wenn die Mitglieder der Regierungen in ihren jeweiligen Staaten diese Abkommen rechtfertigen und wenn die Öffentlichkeit sich mit ihnen auseinandersetzt, handelt es sich um Geschichten, die einander erzählt und gelebt werden. Hinter diesen *stories* stehen meist unterschiedliche Interpretationen der Realität, welche auf zum Teil fundamental verschiedenen Axiomen und Weltbildern aufbauen. Aus diesem Grund ist Politik nicht nur ein Prozess, in welchem die Verfügungsgewalt über materielle Ressourcen verhandelt wird, sondern stets auch das Aushandeln von Interpretationsherrschaft. Es ist diese reziproke Verknüpfung materieller und ideeller Verfügungsgewalt, welche politische Macht erst auszeichnet.

Auch die Politikwissenschaft, die danach strebt, das Erzählen der Politik zu verstehen und zu erklären, tut dies mit Hilfe von Geschichten. Mit dem Ziel, zu neuer Erkenntnis zu gelangen, beschäftigen sich DenkerInnen spätestens seit Michel Foucault und Jürgen Habermas mit der Erforschung von politischen *Diskurs*. Doch allein die Frage, wie sich dessen Definition formulieren lässt, hat zu heftigen akademischen Auseinandersetzungen geführt – was darauf hinweist, dass der Versuch einer eindeutigen Bestimmung von Diskurs womöglich ein aporetisches Unterfangen darstellt. Nichtsdestotrotz kann eine Forschungsarbeit, also eine wissenschaftliche Erzählung, die sich mit der Analyse von Diskurs beschäftigt, durch eine klare Definition und nachvollziehbare Vorgehensweise zu neuen Erkenntnissen führen. Dies ist das Ziel der vorliegenden Arbeit, welche den Internationalen Beziehungen als Teilbereich der Politikwissenschaft zuzuordnen ist.

1. Einleitung

Im Folgenden werden die Durchführung und die Ergebnisse einer Diskursanalyse von Deutschland als außenpolitischer Akteur in dem Politikbereich der internationalen Handelspolitik präsentiert. Weil in dem Erzählen von handelspolitischen Geschichten, wie bei allen anderen Erzählungen, AkteurlInnen und Entitäten verschiedene *Rollen* erhalten, ist es naheliegend, den Diskurs über Handelspolitik aus einer rollentheoretischen Perspektive zu betrachten. In diesem Sinne beschäftigt sich die vorliegende Arbeit mit der Frage, was das Rollenkonzept von Deutschlands als handelspolitischer Akteur ist. Um die Beantwortung dieser Frage auf ein angemessen begrenztes Format zu bringen und um einen Bereich zu erforschen, der aus dieser Perspektive nach bestem Wissen des Autors bis dato unbearbeitet blieb, fokussiert sich die vorliegende Arbeit auf die Frage, was die Wahrnehmung der deutschen Bundesregierung der 18. Legislaturperiode von Deutschlands Rolle als handelspolitischen Akteur war. Dieser Zeitraum wurde bewusst gewählt, denn er beinhaltet zwei Handelsabkommen, welche im öffentlichen Diskurs in Deutschland unbestreitbar zu besonderer Bedeutung gelangten: das Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) und das Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA). Es waren die Debatten um diese beiden Abkommen zwischen der EU und den USA bzw. Kanada, durch welche der Politikbereich Handelspolitik in vermutlich noch nie dagewesener Form den öffentlichen Diskurs des vereinten Deutschlands prägte. Weil die Bundesregierung in Reaktion auf diesen ausgeprägten Diskurs sich besonders oft zu Handelspolitik geäußert hat, bietet die 18. Legislaturperiode eine vielleicht einzigartige Möglichkeit, über ihre Wahrnehmung von dem Wesen deutscher Handelspolitik zu lernen. In die Rollentheorie übersetzt, lässt sich festhalten, dass dieser Diskurs neue Einblicke in das (handels)politische Rollenkonzept Deutschlands ermöglicht. Zu diesem Zweck wurden in der vorliegenden Forschungsarbeit öffentliche Beiträge der Bundesregierung dieser Legislaturperiode durch ein exploratives Vorgehen angelehnt an die Grounded Theory nach Anselm Strauss und Barney Glaser analysiert. Schlussendlich hat sich daraus ein Textkorpus von 36 Beiträgen, zumeist Reden und Interviews, aus den Jahren 2014 bis 2017 von zehn Mitgliedern

der Bundesregierung ergeben. Leitend für die Auswahl und Analyse dieser Texte war die folgende Forschungsfrage:

Was ist das Rollenkonzept der deutschen Bundesregierung der 18. Legislaturperiode von Deutschland als handelspolitischer Akteur?

Diese Forschungsfrage ließe sich aus einer Vielzahl unterschiedlicher Perspektiven und Methoden bearbeiten. Zunächst wurden mithilfe eines Codierungsverfahrens angelehnt an das methodische Vorgehen der Grounded Theory deskriptive Ober- und Unterkategorien entwickelt, welche den wesentlichen Inhalt der Beiträge repräsentieren und ordnen. In diesem Kontext wurden erste Unterfragen gebildet, welche zur Beantwortung der Forschungsfrage dienen:

Welche Themenschwerpunkte strukturieren die Beiträge zu Handelspolitik der deutschen Bundesregierung der 18. Legislaturperiode? Wie können diese mittels der Grounded Theory Methode in Kategorien abgebildet werden?

Die Offenheit und Flexibilität des theoretischen Rahmens und die Anforderung der Grounded Theory theoretisch sensibel zu bleiben, hat während des Analyseprozesses die Entscheidung ermöglicht, die Metapherntheorie nach George Lakoff und Mark Johnson als Analysemethode hinzuzuziehen. Der Fokus auf die Nutzung von Metaphern hat zum Ziel, das wahrgenommene Rollenkonzept der Regierung aufzudecken. Aus dieser Perspektive haben sich somit weitere Unterfragen gebildet:

Auf welche Weise nutzt die deutsche Bundesregierung der 18. Legislaturperiode Metaphern in ihren Beiträgen zu Handelspolitik?

Und im Rückschluss auf die Forschungsfrage:

Wie strukturieren diese Metaphern die Wahrnehmung der Regierung von Deutschland als handelspolitischer Akteur?

Dieser metaphortheoretische Fokus beruht auf der Prämisse, dass Metaphern mehr sind, als rhetorische Stilmittel. Lakoff und Johnson zufolge können Menschen nur durch Metaphern Konzepte wie Handel oder Politik überhaupt verstehen. Sie bilden somit die Struktur und die Leitlinien für menschliches Denken und Handeln (siehe 3.3). Aus diesem Grund ist es relevant zu erforschen, welche Metaphern die Politik der Bundesregierung strukturieren. Im Kontext der Forschungsfrage dieser Arbeit wurden zwei wesentliche Metaphernsysteme aufgedeckt, welche die Beiträge der Regierung gestalten. Im ersten System steht die Vorstellung von Handel als ein Wettkampf im Zentrum, während im zweiten System die Idee von Handel als Krieg zum Vorschein tritt. Besonders Letzteres ist bemerkenswert, denn idealtypischer Handel ist seinem Wesen nach ein *friedlicher* Austausch von Waren, Dienstleistungen oder Kapital. Die beiden Metaphernsysteme zeigen jedoch auf, dass die Bundesregierung *Handel zwischen Wettkampf und Krieg* wahrnimmt. Dass diese Vorstellung Auswirkungen auf das Rollenkonzept Deutschlands hat, liegt nahe.

Die vorliegende Forschungsarbeit ist in sieben Kapitel aufgeteilt. Nach der Einleitung wird in Kapitel 2 eine kurze Übersicht über den Forschungsgegenstand, seinem Kontext und bisheriger Literatur dazu gegeben. Hier wird zum einen in das Forschungsgebiet der internationalen Handelspolitik eingeführt sowie eine Übersicht über die handelspolitischen Strukturen der Europäischen Union gegeben. In Kapitel 3 wird der theoretische Rahmen dieser politikwissenschaftlichen Arbeit dargestellt. Hierfür wird in die Vergleichende Außenpolitikanalyse eingeführt sowie die Rollentheorie erläutert und mit der Metapherntheorie verknüpft. In Kapitel 4 werden die Methodologie und Methode dargelegt, welches einen Überblick zur Diskursanalyse sowie der Grounded Theory umfasst. Zudem wird die Vorgehensweise der vorliegenden Forschungsarbeit dargelegt. Während die ersten vier Kapitel den theoretischen Teil der Arbeit umfassen, werden in den folgenden Kapiteln die aus der Empirie gewonnenen Forschungsergebnisse dargestellt und ausgewertet. Kapitel 5 gibt eine Übersicht zu den entwickelten Ober- und Unterkategorien, welche die Inhalte der analysierten Beiträge strukturieren. In Kapitel 6 werden die Metaphern erläutert, die das Rollenkonzept der Bundesregierung leiten. Zudem werden die aus den Metaphern entwickelten Rollen von



Deutschland als handelspolitischer Akteur dargelegt. Das Kapitel 7 bildet eine Zusammenfassung samt Fazit. Im Anhang der Arbeit befindet sich das Codebuch zusammen mit einer kurzen Erklärung, wie dessen Codiersystem aufgebaut ist.

2. Forschungsgegenstand und Kontext

Dieses Kapitel beginnt mit einer kurzen Einführung in die Geschichte und Analyse von Handelspolitik. Des Weiteren wird ein kurzer Überblick über die Handelspolitik der EU sowie den bisherigen Stand von TTIP und CETA gegeben. Abschließend wird auf den Forschungsstand zu Rollen- und Metapherntheorie, mit speziellem Fokus auf die Analyse der Rolle Deutschlands als außenpolitischer Akteur, eingegangen.

2.1 Geschichte und Analyse von Handelspolitik

„Internationaler Handel ist nicht mehr bloß eine Sache von Käufern und Verkäufern, Versand und Marketing, Firmen und Verteiler“ schreibt Geoffrey Allen Pigman in seinem Werk zur Geschichte der Handelsdiplomatie (Pigman 2016: 1; Übersetzung SN). Tatsächlich hat sich der Welthandel über die letzten dreitausend Jahre beständig gewandelt. Während er in seinen Anfängen aus unregelmäßigen Reisen von Kaufleuten in weit entfernte, fremde Länder bestand, um dort für Herrscher und Eliten das Bekannte mit dem Unbekannten zu tauschen, ist er mittlerweile zum Hauptmotor für globales Wachstum und Wohlstand geworden. Über globale Wertschöpfungsketten werden Rohstoffe, Waren, Dienstleistungen oder Kapital zwischen Staaten ausgetauscht. Dabei werden die politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen von internationalem Handel evident, was in Forschung und Lehre auch eine sozial- und politikwissenschaftliche Betrachtung dieser Interaktionen und *Geschichten* nötig macht. Denn internationaler Handel ist nie bloß eine Sache von Angebot und Nachfrage gewesen, sondern ab initio eine soziale beziehungsweise politische Interaktion und damit auch ein gegenseitiges Erzählen von Geschichten und Metaphern. Laut Pigman befindet sich die heutige Handelsdiplomatie in einer Phase der Institutionalisierung und Juridifizierung von multilateralen, regionalen und plurilateralen Handelsinstitutionen. Durch ihre juristischen Mechanismen lösen diese Institutionen Handelskonflikte effektiver als jemals zuvor. Diese Phase betrifft auch die Europäische Union, welche seit dem 20. Jahrhundert untrennbar mit deutscher Handelspolitik

verknüpft und somit mittelbarer Gegenstand dieser Forschung ist. Da die Außenhandelspolitik der EU-Mitglieder in der Regel ausschließliche Kompetenz der EU ist, ist es an dieser Stelle angebracht, einen kurzen Überblick zur Handelspolitik der Europäischen Union und der Rolle Deutschlands darin zu geben.

2.2 Handelspolitik der Europäischen Union

Seit ihren Anfängen war es der Zweck der europäischen Institutionen, durch Handelspolitik die nationalen Wirtschaften der Mitgliedsstaaten miteinander zu verknüpfen. Mit dem Vertrag von Lissabon 2007/2009 wurde die gemeinsame Handelspolitik der EU-Mitglieder mit Drittstaaten ausschließliche Kompetenz der Europäischen Union. Die EU-Handelspolitik hing seit ihrem Beginn auch mit der Entwicklung des gemeinsamen Binnenmarktes zusammen, welcher heute mit mehr als einem Viertel des globalen Bruttoinlandsproduktes sowie über 16 Prozent der weltweiten Importe und Exporte den größten Wirtschaftsraum der Welt bildet (Europäische Kommission 2016b). Die Kommission schätzt, dass ca. 31 Millionen Arbeitsplätze in der EU von der Exportwirtschaft abhängen, womit eine effiziente Handelspolitik schon immer im Interesse der Europäischen Union gelegen sei (ebd.). Gleichzeitig wird prognostiziert, dass in den kommenden Jahrzehnten der Großteil des globalen Wirtschaftswachstums außerhalb Europas stattfinden wird (vgl. Hawksworth et al. 2017). Aus diesem Grund sind die EU und Deutschland darauf bedacht, die juristischen, ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen für internationalen Handel in ihrem Interesse zu regulieren. Neue Handelsabkommen mit Industrieländern sowie mit aufstrebenden Schwellenländern könnten das eigene Wirtschaftswachstum und den Wohlstand steigern und neue Arbeitsplätze schaffen, so die generelle Argumentation (Europäische Kommission 2016b). Durch die fortschreitende Institutionalisierung und Juridifizierung bilden die Verhandlungen von Handelsabkommen zwischen der EU und Drittstaaten mittlerweile ein äußerst komplexes Unterfangen. Dieses umfasst eine Vielzahl unterschiedlicher AkteurlInnen, welche direkt oder indirekt am politischen Prozess beteiligt sind. Zur Übersicht können sie in drei Gruppen unterteilt werden:

1.) EU-Institutionen: Der Rat der Europäischen Union, die Europäische Kommission sowie das Europäische Parlament üben direkten Einfluss auf die gemeinsame Handelspolitik aus. Im Ministerrat, welcher die Mitgliedstaaten vertritt, liegt die Entscheidungsgewalt europäischer Handelspolitik. Durch ihn wird das Mandat für Verhandlungen an die Kommission erteilt und von ihm wird ein Abkommen in seiner endgültigen Form beschlossen. Die Kommission ist als ausführende Instanz die Hauptakteurin bei den Verhandlungen mit Drittstaaten. Nach dem Vertrag von Lissabon hat auch das Europäische Parlament handelspolitisch an Bedeutung gewonnen, da es Art. 218 AEUV folgend einem von Kommission und Ministerrat ausgehandelten Vertrag zustimmen muss. Zwar war das Parlament schon vor Lissabon am Prozess beteiligt, dennoch erweiterte diese neue juristische Kompetenz eindeutig seinen Einfluss. Sichtbar wurde dies unter anderem an der Ablehnung des Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) durch das EU-Parlament (Larsén 2017; Woolcock 2010).

2.) Mitgliedsstaaten der EU: Die Mitglieder der EU üben nicht nur direkt durch den Ministerrat Einfluss auf die gemeinsame Handelspolitik aus, sondern behalten sich Handlungsoptionen über ihre eigenen diplomatischen Kanäle zu Brüssel oder zu Drittstaaten vor. Es ist naheliegend, dass die Bundesregierung aufgrund der wirtschaftlichen Vormachtstellung Deutschlands in Brüssel erheblich mehr Einfluss ausüben kann, als kleinere EU-Mitglieder.

3.) Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft: Neben den EU-Institutionen und den Mitgliedsstaaten sind auch die Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft für europäische Handelspolitik von Relevanz. Es wird vermutet, dass Brüssel europaweit die höchste Dichte an LobbyistInnen hat (vgl. Mahony 2015). Mittlerweile werden durch Handelsabkommen auch soziale und ökologische Rahmenbedingungen für Produktion und Export von Handelsgütern beeinflusst. Dies ist für Unternehmen und ArbeitgeberInnen auf der einen sowie KonsumentenInnen und ArbeitnehmerInnen auf der anderen Seite von hohem Interesse. In diesem Sinne versuchen nicht-staatliche Organisationen auf unterschiedliche Weise Handelsabkommen und deren öffentliche Wahrnehmung zu beeinflussen (vgl. Hüttemann 2015)

In allen drei Gruppen übt deutsche Politik und Zivilgesellschaft im Zusammenhang von TTIP und CETA erheblichen Einfluss aus. Erstens hat die Bundesregierung direkt durch ihre Kompetenzen und Entsandten innerhalb der Union und indirekt durch das nationalstaatliche Agieren Auswirkungen auf europäische Handelspolitik. Als größter Beitragszahler zum EU-Haushalt und

mit Blick auf sein wirtschaftliches und politisches Gewicht in Europa befindet sich Deutschland in einer besonderen Position, seine Interessen durchsetzen zu können. Allein das bei weitem höchste BIP Europas (Weltbank o.J. [2018]) verdeutlicht, mit welcher Verhandlungsmasse die Bundesrepublik in EU-interne Verhandlungen treten kann. Zweitens kommt hinzu, dass das bevölkerungsreichste Land Europas mit 96 Abgeordneten die weitaus meisten Sitze im Europäischen Parlament hat. Im Kontext von TTIP und CETA ist dies besonders relevant, da die Abkommen vom Europäischen Parlament sowie den nationalen Parlamenten gebilligt werden müssen. Weil sich besonders aus der deutschen Zivilgesellschaft eine breite Front gegen die Freihandelsabkommen gebildet hat, konnte diese auf die deutschen PolitikerInnen, die Kommission sowie das EU-Parlament einen nicht unerheblichen Einfluss ausüben (Eliasson/Huet 2018; Bauer 2016). Tatsächlich war die Ablehnung von TTIP in Deutschland und Österreich europaweit am höchsten (vgl. Europäische Kommission 2016a). Im Gegenzug waren die Bevölkerungen vieler anderer EU-Mitgliedsstaaten mehrheitlich für den Abschluss der Abkommen, worauf die deutsche Regierung oft Bezug nahm (siehe 5.1.1).

Bei all diesen Einflussmöglichkeiten der Bundesrepublik auf EU-Handelspolitik kann jedoch nicht von einem Primat Deutschlands gesprochen werden. Denn die zwei zentralen Institutionen bei Verhandlungen zu Handelsabkommen mit Drittstaaten sind die Kommission, welche nicht an Weisungen der Bundesregierung gebunden ist, und der Ministerrat, in welchem in der Regel einstimmig abgestimmt werden muss (Art. 207 AEUV).

2.3 TTIP und CETA

Die 18. Legislaturperiode wurde als Analysezeitraum ausgewählt, da in diesen Jahren die Verhandlungen um die Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA bzw. Kanada ihre Höhepunkte fanden. Um die Forschungsfrage in Kontext zu setzen, wird an dieser Stelle ein kurzer Überblick zu TTIP und CETA gegeben.

Der offizielle Verhandlungsstart des transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP begann im Juni 2013, als der Rat der EU der Kommission das Verhandlungsmandat erteilte. Anfang Oktober 2016 fand die 15. und bisher letzte Verhandlungsrunde statt, ohne dass ein Abschluss des

Abkommens erzielt wurde. Bei vielen Punkten, wie etwa der Regulierung zum Schutz geistigen Eigentums, konnten sich die VerhandlungspartnerInnen weitestgehend einigen. Zu anderen Themen, wie Landwirtschaft, Verbraucherschutz und öffentliches Auftragswesen, konnten bisher keine Einigungen erzielt werden. Seit Antritt der Trump-Administration wurden die Verhandlungen pausiert, jedoch nicht offiziell beendet. Vorerst ist keine weitere Verhandlungsrunde in Sicht. Es gibt unterschiedliche Erklärungsansätze, warum die Verhandlungen zum Stillstand gekommen sind. Während einige unüberbrückbare Inhalte nennen (Etzold/Book 2016), führen andere das vorläufige Ende der Verhandlungen auf die starke Opposition der europäischen und vor allem deutschen Zivilgesellschaft zurück (Anna Cavazzini 2017). Die Hauptargumente der FreihandelsgegnerInnen lassen sich wie folgt zusammenfassen: 1) TTIP würde durch das Investor-State-Dispute-Settlement-Verfahren bzw. dem Investment Court System InvestorInnen die Möglichkeit geben, europäische Staaten zu verklagen, wenn sie ihre Investitionen durch Gesetze oder Maßnahmen bedroht sehen. Dies würde die demokratische Gesetzgebung unterlaufen und das Gemeinwohl maßgeblich bedrohen. 2) Durch die „Regulatorische Kooperation“ würden VertreterInnen großer Konzerne durch die Etablierung von ExpertInnengruppen direkten Einfluss auf Gesetzesentwürfe bekommen, was die Demokratie noch weiter untergraben würde.

3) Soziale-, ökonomische- und ökologische Standards in Europa könnten abgesenkt werden. Dies wäre besonders der Fall, wenn das in Europa gängige Vorsorgeprinzip vom amerikanischen Nachsorgeprinzip ersetzt werden würde.

Neben diesen Hauptkritikpunkten werden noch weitere Argumente aufgeführt, zum Beispiel, dass TTIP soziale Ungleichheit vergrößern und zu massiven Arbeitsplatzverlusten führen würde. Viele der gleichen Punkte werden auch gegen CETA angeführt.

Die Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und Kanada um CETA begannen im Juni 2009 und dauerten drei Jahre, bis sie erfolgreich abgeschlossen wurden. Im Oktober 2011 wurde bei der neunten und letzten Verhandlungsrunde die Übereinkunft in allen Sektoren des Abkommens erzielt. Im August 2014 erhielt die Bundesregierung die Dokumente des Abkommens (ca. 1520 Seiten) und im September 2014 setzten die EU und Kanada das geplante Inkrafttreten des Freihandelspakts zunächst für 2016 an. Nachdem der finale Vertragstext im

Februar 2016 veröffentlicht wurde, beschloss die EU-Kommission im Juli 2016 CETA als gemischtes Abkommen einzustufen, was bedeutet, dass auch die nationalen Parlamente dem Abkommen zustimmen müssen. Zunächst widersetzte sich das belgische Regionalparlament Walloniens CETA zu unterzeichnen, bis es nach innenpolitischen Verhandlungen im Oktober 2016 dem Abkommen zustimmte. Noch am 30. Oktober 2016 wurde CETA durch die EU und Kanada auf einem gemeinsamen Gipfel in Brüssel unterzeichnet. Obwohl noch nicht alle nationalen Parlamente das Abkommen zugestimmt haben, trat es wie regulär vorgesehen im September 2017 zu weiten Teilen vorläufig in Kraft. Bis heute haben eine Reihe von Parlamenten, auch der Deutsche Bundestag, CETA noch nicht gebilligt.

Zu beiden Abkommen hat sich mittlerweile eine Bandbreite an Forschungsliteratur aus juristischer, sozial-, wirtschafts- und politikwissenschaftlicher Perspektive gebildet. Da diese Arbeit den Forschungsgegenstand vor allem mithilfe der Rollen- und Metapherntheorie betrachtet, wird im Folgenden der hierfür relevante Forschungs- und Literaturstand vorgestellt.

2.4 Forschungs- und Literaturstand

Nach ihrem Einzug in die IB vor mehr als 50 Jahren kann die Rollentheorie mittlerweile eine breite Vielfalt an wissenschaftlicher Literatur vorweisen (für eine erste Übersicht vgl. Thies 2009). Tatsächlich macht diese Fülle einen präzisen Überblick fast unmöglich, jedoch lässt sich eine Schnittmenge der jüngeren, das heißt nach 1990 entstandenen, rollentheoretischen Forschungsarbeiten feststellen (vgl. Folz 2013: 24). Denn obwohl RollentheoretikerInnen keinen gemeinsamen Kanon an Grundannahmen, Hypothesen und Methoden gebildet haben (Aggestam 2004: 13, 56), teilen sie in der Regel gemeinsame Begrifflichkeiten (siehe 3.2). Im deutschsprachigen Raum kann in Bezug auf Rollentheorie und vergleichende Außenpolitikanalyse unter anderem auf die Arbeiten Sebastian Harnischs und Cornelia Thies verwiesen werden (vgl. Harnisch 2017; Harnisch et al. 2011; Harnisch/Schild 2014; Thies 2018; Thies 2009). Die vorliegende Arbeit baut zudem auf die reichhaltige Literatur zur Erforschung der außenpolitischen Rolle Deutschlands auf. An dieser Stelle kann auf drei besonders relevante Werke verwiesen werden, welche die Außenpolitik Deutschlands mit theoretischen Modellen

erfassen. Eine der ersten und bis heute prägendsten Arbeiten ist die Erörterung des Konzepts der *Zivilmacht*, mit welchem Hans Maull und Knut Kirste (1996) außenpolitische Grundzüge der Bundesrepublik erklären. Demnach agiert Deutschland im Sinne einer Zivilmacht, da es 1) versucht, die internationale Ordnung durch multilaterales Agieren zu zivilisieren – das heißt, sie zu pazifizieren – ; 2) dabei Bereitschaft zeigt, Souveränität an internationale Institutionen abzugeben und 3) die Realisierung einer zivilisierten internationalen Ordnung anstrebt, auch wenn dies gegen kurzfristige nationale Interessen verstößt. Maull und Kirste grenzen sich dabei vom Konzept des *Handelsstaats* ab, welches ursprünglich von Richard Rosecrance (1986) entwickelt wurde. Denn aus ihrer Perspektive verfügt der Handelsstaat über eine utilitaristische Staatsräson, während das Rollenkonzept der Zivilmacht ein komplexes Gefüge aus Normen und Werten beinhaltet (Kirste/Maull 1996: 304).

Michal Staack (2000) argumentiert hingegen, dass ein Großteil der Außenpolitik Deutschlands sich durch das Modell des Handelsstaats erklären lässt. Dies lässt sich daran erkennen, dass Deutschland 1) Bereitschaft zeigt, für multilaterale Kooperation Autonomieverzicht einzugehen; 2) die „Wohlfahrtsoptimierung“ regelmäßig über andere Politikziele stellt und 3) eine Präferenz für zivile Strategien und Instrumente bei der Verfolgung seiner Interessen aufzeigt (ebd.: 19).

Ein drittes theoretisches Modell wurde von Jan Techau und Leon Mangasarian (2017) entwickelt und stellt einen Vorschlag für künftige deutsche Außenpolitik dar. Mithilfe des ursprünglich von Robert Greenleaf entwickelten Konzept des *servant leadership* zählen Techau und Mangasarian zwölf Kernpunkte auf, die Deutschland zu einem *Servant Leader* machen könnten. An dieser Stelle genügt es, drei davon zu erwähnen: Deutschland müsse 1) einen Führungsstil besitzen, der auf Streben nach nationalem Prestige verzichtet, müsse sich aber dennoch seiner Vormachtstellung bewusst sein und danach handeln; Deutschland müsse 2) auf die Einbettung in multilaterale Strukturen ausgerichtet sein und sich 3) als Anwalt der kleineren, schwächeren und abhängigen AkteurInnen sehen.

Die Schnittmengen zwischen diesen Modellen sind ersichtlich, dennoch unterscheiden sich alle drei voneinander. Inwieweit die Ergebnisse der vorliegenden Forschungsarbeit mit den Rollenkonzepten der Zivilmacht, des Handelsstaates oder des *Servant Leaders* übereinstimmen, wird im Fazit angesprochen.

Neben der rollentheoretischen Literatur baut diese Arbeit auch auf metaphorentheoretische Werke auf. Dabei steht das Buch *Metaphors We Live By* von George Lakoff und Mark Johnson (1980) im Zentrum, da sich dieses noch immer als Grundlagenwerk der Metaphertheorie auszeichnet. Mittlerweile hat sich letztere in eine Vielzahl an Weiterentwicklungen geteilt, wobei im deutschsprachigen Raum vor allem auf die Arbeit Rudolf Schmitts verwiesen werden kann, welcher unter anderem etliche Arbeiten zu metaphorentheoretischen Methoden in der qualitativen Sozialforschung veröffentlicht hat (Schmitt 2017; 2014; 2011). Gleichermäßen kann auf weitere WissenschaftlerInnen verwiesen werden, zum Beispiel Wehling (2017), Junge (2011) oder Jäkel (2003).

Die theoretische Innovation der vorliegenden Arbeit besteht darin, rollentheoretische und metaphorentheoretische Literaturstränge in einer politikwissenschaftlichen Perspektive miteinander zu verbinden. Diese Verknüpfung ist naheliegend, da beide Theorien durch ihren dramaturgischen sowie narrativen Bezug eine Kompatibilität auszeichnet. Dass ihre Kombination einen Mehrwert für die vergleichende Außenpolitikanalyse darstellen kann, soll mit dieser Arbeit dargelegt werden.

3. Theoretischer Rahmen

Nachdem das vorherige Kapitel in den Kontext des Forschungsgegenstands eingeführt hat, wird als nächstes die zugrundeliegende Theorie dieser Arbeit erörtert. Hierfür werden die vergleichende Außenpolitikanalyse, die Rollentheorie sowie die Metaphertheorie vorgestellt.

3.1 Vergleichende Außenpolitikanalyse

Die vorliegende Arbeit lässt sich in den politikwissenschaftlichen Bereich der vergleichenden Außenpolitikanalyse (vAPA) einordnen. Als Teilgebiet der Studien der Internationalen Beziehungen¹ zeichnet sich die vAPA durch ihre Synthese von außen- und innenpolitischen Perspektiven auf politikwissenschaftliche Fragestellungen aus (Lantis/Beasley 2017: 2). Sie fokussiert sich somit zum einen auf die Art, wie Staaten in den Strukturen des internationalen Systems agieren und zum anderen, wie Regierungen funktionieren und mit innerstaatlichen Gruppen und Institutionen agieren. Aus dieser Synthese resultiert schlussendlich eine Verschiebung des ‚klassischen‘ IB-Fokus von der systemischen hin zu der subsystemischen und der individuellen Ebene. Dieses Öffnen der *black box* Nationalstaat bringt neue AkteurInnen und Strukturen in den Fokus und führt zu dem interdisziplinären Charakter der vAPA. Denn eine adäquate Analyse der Synthese von Außen- und Innenpolitik bedarf Theorien und Methoden, die nicht nur in der Politologie, sondern auch in den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften, der Geschichtsforschung, der Soziologie, der Psychologie et cetera angesiedelt sind. Im Rahmen der vAPA können somit, wo angebracht, Erkenntnisse von anderen Disziplinen genutzt werden, um die eigene Analyse zu bereichern. Den Arbeiten von Snyder, Bruck und Sapin (1954) folgend, bieten neben den politischen Strukturen auch die individuellen Hintergründe und Erfahrungen der EntscheidungsträgerInnen relevante Einflussfaktoren auf den außenpolitischen Prozess: „State action is the action taken by those acting in the name of the state. Hence, the state is its

¹ In der vorliegenden Arbeit wird Internationale Beziehungen als Teildisziplin der Politikwissenschaft groß- und der gleichnamige Untersuchungsgegenstand kleingeschrieben.

decision-makers“ (ebd.: 36-37). Natürlich bringt diese theoretische Perspektive ihre eigene Reduktion einer hyperkomplexen Realität mit sich. Dennoch folgen WissenschaftlerInnen der vAPA den Anspruch, durch ihre Modelle und Theorien wesentliche Faktoren innerhalb der Außenpolitik erklären zu können. Durch ihre theoretische Flexibilität lässt sich die vAPA auch mit der Rollentheorie, welche die theoretische Grundlage der Forschungsfrage dieser Arbeit bildet, verknüpfen.

3.2 Rollentheorie

3.2.1 Hintergrund

Seit mittlerweile einem halben Jahrhundert hat sich die Rollentheorie als Rahmenwerk bewiesen, um Wahrnehmungen und Handlungen innerhalb der internationalen Beziehungen verstehen und erklären zu können (Folz 2013). Obwohl die meisten RollentheoretikerInnen gemeinsame Begriffsdefinitionen teilen, kann sie dennoch nicht als Theorie im engeren Sinne bezeichnet werden, da sich noch kein Kanon an allgemeinen Grundannahmen, Hypothesen und Methoden herausgebildet hat (ebd.: 38). Die Rollentheorie ist demnach eher als ein analytischer Rahmen zu betrachten, der unterschiedliche theoretische Zugänge ermöglicht. Ursprünglich stammt sie aus der Sozialpsychologie, in welcher Rollentheorie zur Analyse von zwischenmenschlichen Beziehungen dient. Im Weiteren wurde sie auch von anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen, wie der Soziologie und der Anthropologie, übernommen und ausdifferenziert (eine umfassende Darstellung bietet u.a. Biddle 1986). Es war Kalevi Jaakko Holsti (1970), der die Rollentheorie zum ersten Mal auf die Analyse von nationalstaatlichen Außenpolitiken erweiterte. In seinem einschneidenden Zeitschriftenaufsatz verglich er die Rollenkonzepte von politischen EntscheidungsträgerInnen aus 71 Staaten im Zeitraum 1965 bis 1967 und stellte 17 unterschiedliche Rollenkonzepte zusammen. Qualitativ vorgehend, hatte er diese Rollenkonzepte aus insgesamt 972 Datenquellen destilliert und nach einer Skala in Bezug auf außenpolitische Aktivität bzw. Passivität geordnet. Seine Arbeit war inhaltlich sowie methodisch richtungsweisend, da Holsti einerseits nachwies, dass Staaten multiple Rollenträger sein können

und da er andererseits eine plausible Methode zur Ermittlung von nationalen Rollenkonzepten entwickelte (Folz 2013: 35-36). Nach etlichen Weiterentwicklungen (vgl. u.a. Walker 1979; Wish 1980; Jönsson/Westerlund 1982) findet sich in der politikwissenschaftlichen Literatur mittlerweile eine vielfältige Bandbreite an unterschiedlichen Anwendungsbereichen und Erkenntnisinteressen der Rollentheorie. Forschende beschäftigen sich etwa mit Herkunft, Kontinuität und Wandel von Rollenkonzepten, mit dem Zusammenspiel von Rollenkonzept und Rollenhandeln oder mit der Bedeutung und Konstruktion von Identität in Bezug auf Rollen.

Die Verortung der jüngeren Rollentheorie im Sozialkonstruktivismus kam mit dem „constructivist turn“ der Internationalen Beziehungen in den 1990ern zustande und geht mit der Kritik von Grundannahmen rationalistischer bzw. (neo-)realistischer Theorien einher (Folz 2013: 41). Während in den Modellen des Neorealismus RollenträgerInnen primär vom Bedürfnis nach Macht und Sicherheit geleitet kostenabwägende und nutzenmaximierende Entscheidungen treffen, geht der Sozialkonstruktivismus davon aus, dass verinnerlichte Normen, Ideen und Werte den Abwägungen und Entscheidungen einen Rahmen setzen (ebd.). Die zweckrationale *Logik der Konsequenzen*, welche in neorealistischen Modellen die Handlungen von EntscheidungsträgerInnen leitet, wird in sozialkonstruktivistischen Modellen durch eine *Logik der Angemessenheit*, das heißt erwartungsbasiertes Entscheiden und Handeln, ausgetauscht.

3.2.2 Definitionen und Begriffe

Der Begriff *Rolle* ist ursprünglich aus der Theaterwelt entnommen, in welcher von den SchauspielerInnen erwartet wird, sich einem vom Skript vorgegebenen Rollenkonzept entsprechend zu verhalten (Harnisch et al. 2011). Rollen beschreiben in den Sozialwissenschaften soziale Positionen innerhalb einer organisierten Gruppe, die einen Rahmen für Handlungsmöglichkeiten und Erwartungen bilden. Welche Rolle AkteurInnen einnehmen ergibt sich einerseits durch deren Selbstwahrnehmung sowie durch die Wahrnehmung der anderen Gruppenmitglieder. Verschiedenen Rollen können unterschiedliche Bewertungen und Einflussmöglichkeiten zugeschrieben werden. Sie werden jedoch nicht mechanisch oder automatisch eingenommen, sondern sind die Ergebnisse von einem ständigen Lern- und Sozialisationsprozess (Elgström 2007).

Rollenerwartungen in den internationalen Beziehungen sind die Erwartungen, die in diesem Prozess an die AkteurInnen gerichtet werden. Sie entstehen einerseits aus den Eigenerwartungen, das heißt aus den jeweiligen gesellschaftlichen und innenpolitischen Diskursen, sowie aus den Fremderwartungen, welche implizite oder explizite Forderungen von anderen internationalen AkteurInnen sein können (Harnisch et al. 2011: 8). Rollenerwartungen bestimmen, was ein der Rolle angemessenes Verhalten ausmacht. Für Staaten oder internationale Organisationen können diese stark divergieren. Sie bergen somit ein Konfliktpotential, da verschiedene Rollenerwartungen miteinander kollidieren können – sei das zwischen den Eigen- und Fremderwartungen oder innerhalb eines Rollenbündels einer AkteurIn. Der Begriff *Rollenkonzept* bezieht sich auf die Wahrnehmung einer AkteurIn über ihre soziale Position im Zusammenspiel mit den anderen Gruppenmitgliedern. Es besteht somit stets aus der Selbstwahrnehmung, das heißt den innergesellschaftlich gemeinsam sozialisierten Werten und Normen (Ego-part), sowie der Wahrnehmung der Anderen, das heißt den Erwartungen anderer Akteure des internationalen Systems (Alter-part) (Folz 2013: 45). Rollenkonzepte bergen somit grundsätzlich Konfliktpotential, da sich die verschiedenen Wahrnehmungen nicht selten widersprechen. Sie geben zudem einen Rahmen vor, der das Handeln einer AkteurIn maßgeblich beeinflussen und einschränken kann. Das nationale Rollenkonzept besteht genauer betrachtet aus mehreren zumeist politikfeldspezifischen Komponenten, die auch als *Rollensegmente* bezeichnet werden. Sie sind in Zusammensetzung, Bedeutung sowie Hierarchie situativ wandelbar und können sich auch widersprechen (Folz 2013: 43; Elgström 2007: 448-449; Kirste/Maull 1996: 285). Eine AkteurIn kann eine Vielzahl von situativen, durchaus auch widersprechenden Rollen gleichzeitig einnehmen, und ihr Rollenkonzept in einem komplexen *Rollenbündel* vereinen (Kirste/Maull 1996: 290).

Rollen, das heißt also die nationalen Rollenkonzepte samt den endo- und exogenen Rollenerwartungen, personifizieren sich in den *RollenträgerInnen*. Allen voran sind hiermit die politischen EntscheidungsträgerInnen bzw. die (außen)politischen Eliten gemeint, was unter anderem mit ihrem exklusiven Zugang zu relevanter Information und dem Einfluss auf öffentliche Meinungsbildung begründet wird (vgl. Snyder et al. 1954).

Die RollenträgerInnen wenden schließlich die (selbst) zugeschriebenen Rollen durch *Rollenhandeln* an. Sie haben das nationale Rollenkonzept im sozialen Diskurs internalisiert und als Rahmen ihrer

Denk- und Verhaltensstrukturen angenommen. In diesem Sinne gibt jenes zwar keine konkreten Anweisungen oder Entscheidungen vor, jedoch setzt es den Rahmen dessen, was im Selbstverständlichen liegt. Das Rollenkonzept ist somit als „standardisierte Handlungsanleitung etabliert, die politischen Entscheidungsträgern in konkreten Situationen außenpolitischer Interaktion ein angemessenes *Rollenhandeln* darlegt“ (Folz 2013: 43). Dies bedeutet natürlich auch, dass die Grenzen des angemessenen Handelns vorgegeben werden: Folz schreibt zutreffend von „roten Linien“, die Überschreitungen des legitimen Handlungsspielraumes ersichtlich machen. Da Rollenhandeln somit aus kollektiv verinnerlichten charakteristischen Entscheidungs- und Verhaltensmuster besteht (Aggestam 2006: 20-21), welche von RepräsentantInnen des Staates in internationalen Systemen realisiert werden (Gaupp 1983: 109), kann staatliches Handeln in Teilen vorhersehbar werden (Kirste/Maull 1996: 289).

Wenn sich die Rollensegmente eines nationalen Rollenkonzeptes einer AkteurIn selbst derart widersprechen, dass sie nicht mehr mit deren Rollenhandeln übereinstimmen, kommt es zu einem *Rollenkonflikt*. Diese kognitive Dissonanz wird auch als *Intra-Rollenkonflikt* bezeichnet. Ein *Inter-Rollenkonflikt* entsteht dann, wenn sich Eigen- und Fremderwartungen widersprechen bzw. wenn die Fremderwartungen externer AkteurInnen im Gegensatz zueinander stehen (Folz 2013: 44). Im Falle eines kurzfristigen Rollenkonfliktes kann eine AkteurIn somit situativ wechselnde Rollen einnehmen, während längerfristige bzw. intensivere Rollenkonflikte zu Rollenwandel führen können (Kirste/Maull 1996: 285).

Rollenwandel bezeichnet in diesem Sinne einen Wandel des gesamten Rollenkonzeptes hin zu einem neuen Kern aus Rollensegmenten, welches einen anderen Denk-, Entscheidungs- und Verhaltensrahmen produziert. In der Regel ist dies eher die Ausnahme, da selbst ein Regierungswechsel normalerweise keine erhebliche Veränderung eines zumeist langfristig internalisierten Rollenkonzeptes bringt (Nabers 2011).

Die Rollentheorie bildet Modelle, welche wesentlich auf die Vorstellung der Existenz feststellbarer außenpolitischer Rollen von staatlichen AkteurInnen aufbaut. Es scheint somit naheliegend, eine Verknüpfung zwischen ihr und der Metaphertheorie zu wagen. Denn die Idee einer außenpolitischen Rolle ist nichts anderes als eine metaphorische Konzeption eines Staates als ein individueller Rollenträger. Da diese Verknüpfung das theoretische Rückgrat der

vorliegenden Arbeit ausmacht, wird im abschließenden Teil dieses Kapitels auf Hintergrund sowie Vorgehensweise der Metaphertheorie eingegangen.

3.3 Metaphertheorie

„Wer auch immer kommuniziert, verwendet Metaphern, meistens unbemerkt, stillschweigend und ohne ihnen besondere Aufmerksamkeit zu *schenken*. Wir *bringen* einem anderen etwas *nahe*, *stehen* auf *Standpunkten*, *ziehen* uns *zurück*, sind *wahnsinnig* vor Glück, fühlen uns von Bemerkungen anderer *zutiefst getroffen* oder dringen *tief* in andere *ein*. Manchmal *trifft*, was wir sagen, *ins Schwarze*, manchmal geht es *daneben*. Wir *knüpfen* Kontaktfäden und *verstricken* uns dabei, und wenn wir auf andere *zugehen*, kommt es zu Berührungen – oder nicht. Und manchmal *funkt* es sogar“ (Lakoff/Johnson 2018: 7; Herv. im Original)

Diese Beispiele aus dem Vorwort der deutschen Ausgabe von *Metaphors We Live By* legen dar, wie Metaphern unsere alltägliche Sprache durchziehen¹. Laut George Lakoff und Mark Johnson (2018 [1980]) sind sie mehr als bloße Stilmittel, die bestimmte Ausdrucksweisen verzieren – ganz im Gegenteil: Metaphern dienen dazu, unserer Sprache ihre Struktur zu geben. Das Ziel der Metaphertheorie liegt darin, die metaphorische Strukturierung unserer Sprache aufzudecken. In diesem Sinn markiert *Metaphors We Live By* den Beginn der kognitiven Metaphernforschung in der US-amerikanischen Linguistik. Lakoff und Johnson argumentieren, dass Metaphern das zentrale Instrument sind, durch die Menschen ihre soziale und kognitive Welt verstehen – egal ob es ihnen bewusst ist oder nicht. Tatsächlich sind viele metaphorische Ausdrücke, wie die Beispiele aus dem obigen Zitat, *konventionalisierte* Metaphern. Diese werden von den meisten Menschen ohne zu hinterfragen als wörtliche Beschreibungen mentaler Phänomene gehalten (Lakoff/Johnson 2018: 39). Wenn die Bundesregierung zum Beispiel davon spricht, Zölle *abzubauen*, nutzt sie die Metapher **ZÖLLE SIND BAUWERKE**, welche abgebaut werden können. Hier wird das abstraktere Konzept Zoll durch das zugänglichere Konzept Bauwerk wahrgenommen.

¹ Um die relevanten Textstellen zu verdeutlichen, folgt diese Masterarbeit der Schreibweise in *Metaphors We Live By*. Die Wörter, die innerhalb eines Satzes den Bezug zu Metaphern aufzeigen, werden generell *kursiv* hervorgehoben. Die Metaphern selbst werden fett hervorgehoben und in Großbuchstaben geschrieben, zum Beispiel **AUFMERKSAMKEIT IST EIN GESCHENK**.

Diese Konzipierung ermöglicht zum einen, sich ein mental schwer fassbares Konzept als Bauwerk, wahrscheinlich als Mauer, vorzustellen und setzt zum anderen einen Rahmen, welche Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Denn eine Mauer kann auf- oder abgebaut werden; man kann sie durchbrechen; sie kann ein- und ausgrenzen; sie kann zum Schutz dienen et cetera. Man kann eine Mauer jedoch nicht lauter oder leiser machen; man kann nicht in ihr mit einstimmen; man kann sie nicht komponieren oder ihre Tonart ändern. Diese Tätigkeiten könnte man auf das Konzept Zoll übertragen, wenn man es durch das Konzept Lied versteht, also durch die Metapher **ZÖLLE SIND LIEDER**. Diese Konzipierung würde automatisch andere Handlungsmöglichkeiten mit sich bringen als die Metapher **ZÖLLE SIND BAUWERKE**. Würde man Zölle als Lieder konzipieren, würden sie als eine menschliche Aktivität verstanden werden, die unter anderem mit Harmonie verbunden ist. Nichtsdestotrotz könnte man auch innerhalb der Lied-Metapher die Verringerung der Menge an Zöllen einfordern. Zum Beispiel indem man plädiert, dass sie *leiser gesungen* werden sollen. Man könnte auch ihre Abschaffung verlangen, in dem man fordert, *zum Ende des Liedes* zu kommen. Warum sich im Endeffekt die Metapher **ZÖLLE SIND MAUERN** konventionalisiert hat, ist an dieser Stelle schwer zu sagen. Aus neoliberaler Sicht bringt sie jedenfalls rhetorische Vorteile, da die Vorstellung vom Abbau einer Mauer bei den meisten Menschen wahrscheinlich ein Gefühl der Offenheit und Freiheit impliziert, also als wünschenswert wahrgenommen wird.

Im Gegensatz zu konventionalisierten sind *unkonventionalisierte* Metaphern jene, die noch nicht in den Alltagsgebrauch übergegangen sind. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn die Bundesregierung die *Welt als einen Marktplatz* beschreibt, auf dem *Deutschland einen der prächtigsten Marktstände hat*. Hier strukturieren die Metaphern **DIE WELT IST EIN MARKTPLATZ** und **DEUTSCHLAND IST EIN MARKTVERKÄUFER** die Wahrnehmung der Regierung sowie des Publikums. In der Regel sind unkonventionalisierte Metaphern bewusst gewählt, weswegen sie eher auffallen als konventionalisierte.

Weil es die Aufgabe von Metaphern ist, das Verstehen eines Konzeptes zu ermöglichen, bilden sie die Leitlinien für das Denken und Handeln von Menschen (ebd.: 114). Diese Leitlinien können wiederum durch Sprachanalyse herausgearbeitet werden, da in der Sprache metaphorische Ausdrücke systematisch mit metaphorischen Konzepten verbunden sind (ebd.: 15, 136). Aus diesem Grund ist die Metapherntheorie auch für politikwissenschaftliche Fragestellungen

nützlich. Denn mithilfe des Fokus auf die Frage, wie Metaphern in einem Beitrag genutzt werden, können manifeste sowie latente Wahrnehmungen aufgedeckt werden, die ohne eine metaphorentheoretische Perspektive möglicherweise nicht erkannt werden würden.

Metaphern repräsentieren Konzepte, das heißt mentale Gestalten, die aus der menschlichen Erfahrung heraus entstehen und „Begriffe von etwas“ (Folkersma 2010: 85) sind. Konzepte sind grundsätzlich offen und können mit anderen Konzepten verknüpft werden. In diesem Sinne werden sie von Menschen genutzt, um andere Konzepte darzustellen und die eigenen Erfahrungen der Welt zu strukturieren. Lakoff und Johnson sind der Ansicht, dass die meisten Konzepte partiell von anderen Konzepten her verstanden werden. Manche abstrakte Konzepte sind sogar fast vollständig metaphorisch strukturiert, wie etwa das Konzept Liebe (**LIEBE IST EINE REISE, LIEBE IST EIN PATIENT, LIEBE IST PHYSIK...**; vgl. Lakoff/Johnson 2018: 70, 102). Konzepte, die nicht unmittelbar in unserer Erfahrung vorhanden sind, müssen demnach über Metaphern verstanden werden, die sich an unseren Erfahrungen anlehnen. Diese Erfahrungen sind das Produkt unserer körperlichen und kulturellen Prägung. Sie werden geformt durch die Rahmenbedingungen unseres Körpers (Wahrnehmung und Motorik, geistige Fähigkeiten, emotionale Organisation et cetera), unsere Interaktionen mit unserer physischen Umgebung (Bewegung, Manipulation von Objekten et cetera) und unsere Interaktionen mit anderen Menschen in unserem Kulturkreis (ebd.: 137). Einfache natürliche Konzepte sind z.B. physische Orientierungen, Objekte, Nahrung, Gebäude et cetera. Die elementaren Raumkonzepte wie **OBEN, UNTEN, HINTEN, VORNE** entwickeln sich zum Beispiel aus der konstanten Raumerfahrung des Menschen (ebd.: 70). Sie werden regelmäßig benutzt, um komplexere Konzepte metaphorisch darzustellen. Zum Beispiel: „Deutschland landet in puncto Vernetzung ganz *oben* in der Gesamtwertung“ (St/R/2014: 28; Herv. SN)¹. Diese einfachen Konzepte helfen somit Komplexität zu reduzieren, indem sie „das Nichtphysische *in Begriffen* des Physischen“ (Lakoff/Johnson 2018: 73; Herv. im Original) konzeptualisieren. Dadurch, dass wir Erfahrungen auf eine bestimmte Weise in Begriffe fassen, greifen wir die uns wichtig erscheinenden Aspekte einer Erfahrung heraus. Schlussendlich können wir sie damit kategorisieren, verstehen und uns an sie

¹ Die Zitierung von Textstellen aus dem Datensatz der vorliegenden Arbeit beginnt mit dem Kürzel des jeweiligen Regierungsmitglieds, gefolgt von der generellen Art des Beitrags –entweder Rede (R) oder Interview (I)–sowie dem Erscheinungsjahr und zuletzt der Absatzzahl. Die Absatzzahlen beziehen sich auf die Rohtexte der Beiträge, die in das Codierprogramm MAXQDA eingespeist wurden. Siehe dazu Anhang 1 und 2.

erinnern. Gleichzeitig schränken wir dadurch unsere Erwartungshaltung und Handlungsmöglichkeiten ein. Denn wenn wir einen Zoll als eine Mauer verstehen, können wir ihn nicht zur selben Zeit als Lied verstehen und umgekehrt. Lakoff und Johnson bezeichnen dies als *highlighting* und *hiding* (ebd.: 18ff).

Bestimmte Anordnungen von Konzepten bzw. Metaphern können auch Systeme bilden, in denen die jeweiligen Teile reziprok zusammenhängen. Zum Beispiel zeigt diese Arbeit auf, dass zwei Metaphernsysteme die Beiträge der Bundesregierung zu Handelspolitik wesentlich strukturieren. In diesen beiden Systemen stehen die Leitmetaphern **HANDEL IST WETTKAMPF** und **HANDEL IST KRIEG** im Zentrum eines Bündels weiterer Metaphern (siehe Kapitel 6).

Metaphertheorie erweist sich somit als hilfreiches Mittel für die Beantwortung der rollentheoretischen Forschungsfrage dieser Arbeit. Denn sie ermöglicht es, Aspekte von Rollenkonzepten aufzudecken, die ohne eine metaphortheoretische Perspektive nicht ersichtlich wären. Würde man handelspolitische Beiträge nicht dezidiert nach Kriegsmetaphern durchsuchen, würde man wahrscheinlich nicht erkennen, wie die Bundesregierung das Konzept Handel partiell durch das Konzept Krieg versteht.

4. Methode und Methodologie

Im Folgenden werden Methode und Methodologie der vorliegenden Arbeit behandelt und mit dem theoretischen Rahmen verknüpft. Da diese Masterarbeit handelspolitischen Diskurs erforscht, werden zunächst der Diskursbegriff und die Diskursanalyse innerhalb der Internationalen Beziehungen behandelt. Darauffolgend wird die hier angewandte Grounded Theory zusammen mit ihren zentralen Konzepten als Forschungsstil und Methode vorgestellt. Im letzten Teil des Kapitels wird der konkrete Forschungsablauf dieser Arbeit dargelegt.

4.1 Diskursanalyse

4.1.1 Diskursbegriff

Von der rein sprachwissenschaftlichen Definition von Diskurs als der „Gesamtheit der von einem Sprachteilhaber tatsächlich realisierten sprachlichen Äußerungen“ (Duden o.J.) sowie der bildungssprachlichen Definition von Diskurs als eine „methodisch aufgebaute Abhandlung über ein bestimmtes Thema“ (ebd.) oder von Diskurs als das Führen einer Erörterung bzw. Diskussion, lässt sich der philosophische Diskursbegriff unterscheiden. Wie genau dieser Begriff definiert werden soll, lässt sich jedoch nicht abschließend festhalten (Holzscheiter 2014: 3). In den IB herrscht kein durchweg gemeinsames Verständnis von Diskurs und der Methodik seiner Erforschung (Milliken 1999). Manche WissenschaftlerInnen argumentieren, dass dies ohnehin weder wünschenswert noch berechtigt wäre: „[...] considering the profoundly social constructivist legacy of the notion of discourse and the overall acknowledgment that discourse is not only about essentially contested concepts, but is itself such a contested concept“ (Holzscheiter 2014: 2). Trotz keiner umfassend geteilten Definition von Diskurs kann festgehalten werden, dass DiskurstheoretikerInnen in den IB in der Regel mit dem Begriff Diskurs jenen Raum bezeichnen, in dem Menschen die materielle Welt erfassen, ihr Sinn zuschreiben und in welchem sinngeladene Repräsentationen jener materiellen Welt sich überhaupt erst manifestieren können

(ebd.: 3). Dies bedeutet somit, dass die Existenz materieller Realität nicht abgestritten wird, dass sich jedoch menschliches Denken und Handeln ohne Diskurs nicht mit ihr in Beziehung setzen können. In anderen Worten: Diskurs ist die Voraussetzung, dass sich materielle und soziale Realität wechselseitig und für Menschen verständlich konstruieren können.

Diskursanalyse bezeichnet somit die Auseinandersetzung mit den linguistischen und kommunikativen Prozessen, durch welche die materielle Welt *in, durch* und *mit* der sozialen Welt konstruiert wird. Ein rein linguistischer Fokus auf den Text reicht jedoch nicht aus, um Diskurs erfassen zu können. Zu der Sprachebene müssen auch die relevanten Zusammenhänge zwischen Akteurs- und Strukturebene hinzugezogen werden: der Text muss in Kontext gesetzt werden. Diese holistische Perspektive macht die Diskursanalyse zu einem geeigneten Instrument, um Wissen über Wahrnehmungen von AkteurInnen zu generieren und wurde aus diesem Grund ausgewählt, um die Forschungsfrage dieser Arbeit zu beantworten.

4.1.2 Diskurstheorie in den Internationalen Beziehungen

Mittlerweile hat eine Vielzahl an diskurstheoretischen Arbeiten das Forschungsfeld der IB bereichert (Holzscheiter 2014). Idealerweise führt die Analyse von Diskursen zu einem besseren Verständnis von den grundsätzlichen Rahmenbedingungen der internationalen Politik, ihren Vorgängen, Ereignissen, Strukturen und Grenzen sowie den Strategien und Wahrnehmungen der in ihr agierenden AkteurInnen. Die Offenheit des Begriffes Diskurs lässt eine große Anzahl intellektueller Traditionen sowie analytischer und methodischer Rahmen zu, hat jedoch zu dem Punkt geführt, dass es unmöglich ist, eine umfassende Übersicht von Diskurstheorie(n) in den IB zu geben. Tatsächlich muss man zu dem Schluss kommen, dass es wahrscheinlich so viele unterschiedliche methodologischen Rahmen geben muss, wie es Fallstudien gibt (ebd.). Dieser Zustand ist per se weder positiv noch negativ: Die Offenheit von Diskurstheorie in den IB birgt eine Vielzahl an Möglichkeiten, das Forschungsfeld empirisch und theoretisch zu bereichern. Gleichzeitig trägt sie das Risiko, durch unreflektierten Umgang mit diskurstheoretischen Begriffen und Konzepten zu dessen Aushöhlung beizutragen. Um dem wissenschaftlichen Ideal der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit zu entsprechen, verlangt jeglicher Umgang mit

Diskurstheorie somit eine präzise, transparente und begründbare Auswahl an Konzepten und Begrifflichkeiten.

Die Möglichkeit der Diskurstheorie, sich – zumindest theoretisch – an jedes empirische Forschungsobjekt anpassen zu können und diesem eine idiosynkratische Vorgehensweise ‚maßzuschneidern‘, ist ein erheblicher Vorteil dieser Theorie (Wodak/Meyer 2009). Mittlerweile haben sich DiskurstheoretikerInnen mit einer Vielzahl an Themen und Perspektiven der IB, von mikro-interaktionistischen bis hin zu makro-strukturellen Studien, beschäftigt (Holzscheiter 2014: 10-13). Die vorliegende Forschungsarbeit kann dem mikro-interaktionistischen Feld eingeordnet werden, da sie sich auf die Beiträge und damit zusammenhängenden Wahrnehmungen von Mitgliedern der deutschen Bundesregierung zu einem bestimmten Thema in einem klar begrenzten Zeitraum von mittlerer Länge (vier Jahre) fokussiert. Ein weiterer Vorteil der Diskurstheorie liegt in ihrer Offenheit für unterschiedliche Forschungsmethoden. Diese Arbeit wurde im methodischen Rahmen der Grounded Theory durchgeführt, welche auf Grund ihrer flexiblen und iterativen Vorgehensweise sich als besonders geeignet erwies, um die explorative Forschungsfrage zu beantworten. Weil es sich bei der Grounded Theory um mehr als nur eine Methode handelt, sondern auch um einen Forschungsstil, das heißt um eine grundsätzliche Herangehensweise an Forschung, wird sie im Folgenden näher umrissen und in Kontext gesetzt.

4.2 Grounded Theory

4.2.1 Forschungsstil

Die Anfänge der Grounded Theory lassen sich in der Veröffentlichung von *The Discovery of Grounded Theory* (Glaser/Strauss 1967) verorten. Auch wenn das Buch von Barney Glaser und Anselm Strauss keine abschließende methodische Vorgehensweise umfasst, kann es dennoch als Grundlagenwerk gesehen werden (Strübing 2018: 28). Wie bei dem Diskursbegriff lässt sich auch die Definition von Grounded Theory nicht eindeutig und abschließend einfangen. Das liegt einerseits an der aus sozialkonstruktivistischer Sicht fluiden Natur von Sozialforschung, in denen Begriffe jeden Tag von neuem umkämpft, ausgehandelt, abgelehnt oder angenommen werden.

Andererseits entspringt es der Tatsache, dass sich die Grounded Theory seit ihren Anfängen vor einem halben Jahrhundert in eine Vielzahl unterschiedlicher, sich teilweise widersprechender Stränge weiterentwickelt hat (für eine erste Übersicht siehe Pentzold et al. 2018). Das in dieser Arbeit verwendete Konzept von Grounded Theory beruht hauptsächlich auf *The Discovery* sowie weiteren Schriften Anselm Strauss, welche er zunächst zusammen mit Barney Glaser und später mit Juliet Corbin verfasst hat. Zudem folgt diese Arbeit der Argumentation Strübing (2018: 18), für den Grounded Theory nicht nur ein methodisches Vorgehen darstellt, sondern grundlegende wissenschafts- und erkenntnistheoretische Ansichten umfasst. Die Grounded Theory entspringt somit der Annahme, „dass empirische Methoden aus bestimmten Denkschulen und Wissenschaftstraditionen heraus entstehen und daraus ihre Funktionsbestimmung und Legitimation beziehen“ (Strübing 2018: 31). Es ist daher essentiell, erkenntnistheoretische Vorannahmen von Forschungsarbeiten transparent darzulegen, denn: „So wenig Theorien von der empirischen Welt unabhängig sind, so wenig sind empirische Methoden theorie- und gegenstandsneutrale ‚Instrumente‘ des Forschens. Jedes strukturierte Denken über methodische Wirklichkeitszugänge impliziert neben epistemologischen und wissenschaftstheoretischen immer auch sozialtheoretische Grundannahmen“ (ebd.: 36). Das damit einhergehende Verständnis von Gesellschaft ist das eines „Universums von enormer Fluidität“ (ebd.), in welchem gesellschaftliche Phänomene sich beständig wandeln und erst *durch* und *in* Handlung entstehen können. Es ist das Ziel der Grounded Theory, aus der Empirie dieses ‚Universums‘ heraus Theorie zu generieren. Genau dies soll mit dem Wort *grounded* bezeichnet werden – eine in der Empirie verankerte, also aus den Daten entwickelte Theorie. Hierbei spielt die Beziehung zwischen Forschenden und Forschungsgegenstand eine besondere Rolle. Statt der Idee, dass sich die ‚gute Forschende‘ dem realen Gegenstand bloß auf eine unpersönliche Distanz nähert und die objektiven Daten frei von ‚Verunreinigung‘ durch ihre subjektive Beeinflussung ‚aufsammelt‘ (Realismus), und statt der Vorstellung von Daten als pure soziale bzw. subjektive Konstrukte (Idealismus) folgt Strauss der Vorstellung, dass Daten in einem interaktiven Prozess aus der empirischen Welt ‚herausgemeißelt‘ werden: „In dieser Perspektive, die gegenüber dem Realismus und dem Idealismus einen dritten, vermittelnden Weg repräsentiert, bietet es sich also an, anstatt von ‚Datenerhebung‘ oder ‚Datensammlung‘ eher von ‚Datengenerierung‘ zu sprechen. Daten sind demnach das prozesshafte Produkt der Interaktion von Forschenden und Feld, die

durch die sich ebenfalls entwickelnde Forschungsfrage als ‚Problem‘ strukturiert wird“ (Strübing 2018: 34; Herv. im Original). Dieses Verständnis von Daten als prozesshafte Produkte deutet darauf hin, dass Empirie weder rein objektiv erfahrbar noch komplett subjektiv konstruiert ist. Sie zeigt zudem die Bedeutung von Prozess für Grounded Theory auf, welcher wiederum auf zwei Aspekte bezogen werden kann: den eigentlichen Forschungsprozess sowie der Vorstellung von Theorie als Prozess. Mit ersterem ist der gleichzeitige, fließende, stets ineinander greifende Prozess von Datenerhebung, Kodierung und Analyse gemeint. Eine Abtrennung dieser einzelnen Operationen, wie sie zum Beispiel in sogenannten quantitativen Forschungsmethoden oder der Qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring die Regel ist, behindert der Grounded Theory zufolge das Ziel der Theoriegenerierung (Glaser und Strauss 1998: 52). Der zweite Aspekt von Prozess betrifft die grundsätzliche Vorstellung von Theorie als unbegrenzt fortlaufend, da empirisch verankerte Theorie nie abgeschlossen ist, sondern sich in permanenter Entwicklung befindet. Nur ein solches Verständnis von Theorie werde der sozialen Wirklichkeit und deren latenten Strukturen einigermaßen gerecht (ebd.: 41). Das Verständnis von Daten als aus Interaktion entstehendem prozesshaften Produkt wird auch als ein von Forschenden und Feld vollzogener „Dialog mit Daten“ bezeichnet (vgl. Berg/Milmeister 2008). In diesem Sinne steht die Grounded Theory in einem wissenschaftlichen Kontext, in welchem der narrative Charakter von Theorie – das Erzählen – als für alle Formen der Wissenschaft notwendig angesehen wird (ebd.: 9). Weil Daten nicht von selbst ‚reden‘ können, benötigt es InterpretInnen, die in einem dialogischen Verhältnis mit den Daten deren Sinn in den wissenschaftlichen Diskurs übersetzen. Die DateninterpretInnen sind dabei auf ein eigenes Vorverständnis und ein für andere nachvollziehbares Vokabular angewiesen. Damit kommt die Bedeutung des Vorwissens der Forschenden ins Spiel. Glaser und Strauss zufolge sollte die Verwendung bereits etablierter Theorien sowie deren Konzepte vor Beginn des Forschungsprozesses möglichst vermieden werden, damit aus den Daten hervortretende Kategorien nicht durch a priori entwickelte Konzepte „kontaminiert“ werden (Glaser und Strauss 1998: 47). Dass wissenschaftliches Arbeiten jedoch notwendigerweise auf Vorwissen basiert, ist ihnen selbstverständlich bewusst. Forschende beginnen ihren Forschungsprozess stets mit apriorischen theoretischen Annahmen und der Entscheidung, ein gewähltes Thema aus einer allgemeinen soziologischen Perspektive heraus zu betrachten und zu erzählen (ebd.: 43). Sie wissen aber zu Beginn noch nicht um die

Relevanz bereits etablierter Konzepte für ihr zu erforschendes Problem, denn „das Problem muß [sic] sich erst herauskristallisieren“ (ebd.: 53). Es gilt somit, theoretisch flexibel zu bleiben und sich zwischen Theorie und Empirie am Forschungsgegenstand entlang zuarbeiten.

Während Grounded TheoretikerInnen naives Interpretieren kritisieren, verneinen sie die Existenz einer absoluten intersubjektiven Nachvollziehbarkeit (ebd.: 75). Weil sie aber das Problem von subjektiver Beliebigkeit und Verzerrung durchaus anerkennen, schlagen sie verschiedene Gütekriterien vor, mit denen versucht werden kann, dies soweit wie möglich zu vermeiden. Ein Kriterium ist das der *methodologischen Transparenz* (Berg/ Milmeister 2008: 47). Vor allem für eine im Rahmen von Grounded Theory produzierten Forschungsarbeit ist es unabdingbar, die relevanten Schritte des Forschungsprozesses offenzulegen, damit die Prozesse – zumindest im wesentlichen Ansatz – von anderen WissenschaftlerInnen repliziert werden können. Dies verlangt ein besonders hohes Maß an *Reflexivität* und *Introspektion* der Forschenden. Zumeist ist die Arbeit in einem Team das sicherste Vorgehen, weil dessen Mitglieder angehalten sind, Entscheidungen in Bezug auf Methodik und Vorgehensweise auszuhandeln und zu begründen (ebd.: 47). Gerade wegen ihrer Offenheit und Flexibilität verlangt Grounded Theory somit den Forschenden einen besonders hohen Aufwand ab, transparent und begründbar über Epistemologie, Methodologie, Methode und das Vermeiden von Bias in der Analyse zu reflektieren.

Neben methodischer Transparenz und Reflexivität fokussieren Glaser und Strauss (1998: 56) auf die Kriterien der theoretischen *Absicht* und *Relevanz*. Im Fokus steht also die transparente Reflexion der Forschenden, was ihre Absicht hinter einer bestimmten Vorgehensweise ist und wie relevant diese für die Beantwortung der Forschungsfrage ist. Sie betonen, dass das Ziel der Grounded Theory darin besteht, Theorie zu generieren und nicht Fakten zu verifizieren. Denn erst ihre Offenheit ermöglicht der Grounded Theory, die Datenerhebung „systematischer und ‚objektiver‘ zu kontrollieren, als es mit substantiell bestimmten, standardisierten, arbiträren oder ‚gegebenen‘ Kriterien möglich wäre“ (ebd.: 56). Die Kriterien der Absicht und Relevanz werden permanent modifiziert und reflektiert, um die Erhebung und Analyse von Daten anzuleiten, und schützen davor, wegen einer routinierten, vorab unflexibel festgelegten Vorgehensweise „in die falsche Richtung oder gar in Fallgruben“ (ebd.) gelockt zu werden.

Da Grounded Theory nicht an bestimmte Formen der Materialgewinnung und entsprechende Datentypen gebunden ist, können die Forschenden diese Offenheit vor allem für explorative Arbeiten gewinnbringend nutzen. Ob Interviewstudien, Text- oder Medienanalyse, Webnografien oder ethnografische Feldforschungen – keine dieser Methoden ist a priori ausgeschlossen. Doch bei aller Offenheit und Flexibilität bleibt das forschungsleitende Ziel stets, eine empirisch verankerte Theorie zu generieren, die brauchbar ist, um die ‚wirkliche‘ Welt erfassen zu können – denn „Theorie ist, was etwas erklärt oder vorhersagt“ (ebd.: 41, 51). Wurden die beschriebenen Gütekriterien eingehalten, sollte diese empirisch verankerte Theorie nichts anderes sein, als ein Ausdruck einer in den Daten latenten Ordnung (ebd.: 50).

4.2.2 Methode

Die einzelnen Forschungsphasen der Grounded Theory Methode finden iterativ statt, das heißt, dass Datenerhebung und -analyse im fließenden Wechselspiel fortwährend ineinander greifen. Dieser Prozess der Datenerhebung, welcher auf die Generierung von Theorie abzielt, wurde von Glaser und Strauss (1998: 53) **theoretisches Sampling** getauft. Dieses bezeichnet eine „Strategie einer sukzessiven Konstruktion der Auswahlgesamtheit und die fortgesetzte Iteration zweier einander abwechselnder Vergleichsmodi“ (Strübing 2018: 39). Sie ist eine Methode des ständigen Vergleichens um Übereinstimmungen und Differenzen auszumachen, was bedeutet, dass die Fähigkeit der relevanten Unterscheidung in den Forschenden angelegt ist (ebd.). Um ein empirisches Phänomen überhaupt erst als solches wahrzunehmen, benötigt sie eine Forschungsfrage, mit welcher sie in diesem explorativ-iterativen Prozess des theoretischen Samplings aus dem empirischen Material relevante theoretische Konzepte generieren kann. Mit welcher Theorie und Empirie die Forschungsfrage verknüpft wird, entscheidet sich durch die Beziehung von Forschenden und Material (ebd.: 40). Theoretisches Sampling wird durchgeführt, um Kategorien und ihre Eigenschaften zu entdecken und das interne Beziehungsgefüge einer Theorie zu entwerfen (Glaser und Strauss 1998: 79).

Um theoretisches Sampling adäquat durchzuführen, gilt es, die Vorgaben zu Auswahl und Vergleich der zu untersuchenden Fälle zu klären. Hierfür ist jene methodische Vorgehensweise der Grounded Theory grundlegend, die Glaser und Strauss als **komparative Analyse** bezeichnen.

In ihrer Definition des Begriffes meinen sie damit eine allgemeine Methode zur Theoriegenerierung, die auf soziale Einheiten jeglicher Größe angewandt werden kann (Glaser/Strauss 1998: 31). Relevante Fälle werden hierbei miteinander verglichen, um theoretische Konzepte und Kategorien zu entwickeln und Belege für diese zu finden. In der vorliegenden Arbeit sind diese Fälle unterschiedliche Beiträge der Bundesregierung zum Thema Handelspolitik. Die Auswahl der Fälle und deren Reihenfolge muss dem Kriterium der methodischen Transparenz entsprechend in der Forschungsarbeit intersubjektiv nachvollziehbar dargelegt werden, wobei die Forschenden, der Logik der theoretischen Sättigung (siehe unten) folgend, die Gesamtanzahl der ausgewählten Fälle bis zum Abschluss der Forschung nicht endgültig bestimmen können (Glaser und Strauss 1998: 58). Eine Zufallsauswahl der Fälle ist für theoretisches Sampling nicht notwendig (ebd.: 71). Da theoretisches Sampling nicht auf Verifikation, sondern auf die Generierung von Kategorien, Eigenschaften und Hypothesen abzielt, stellt sich bei der Fallauswahl die Frage, wie tief das Sampling sein muss, um eine zufriedenstellende Theoriegenerierung zu erreichen. Glaser und Strauss haben hierfür das Kriterium der **theoretischen Sättigung** entwickelt. Mit diesem Kriterium kann beurteilt werden, wann durch theoretisches Sampling eine Kategorie als ausreichend empirisch verankert, also gesättigt, angesehen werden kann (ebd.: 69,76). Sobald die Forschenden merken, dass sich die Beispiele für eine Kategorie wiederholen, werden sie davon ausgehen können, dass diese gesättigt ist. Im Gegensatz zu a priori festgelegten Vorgehensweisen, wie etwa bei statistischem Sampling, müssen die Forschenden beim theoretischen Sampling die Sensibilität, wann eine theoretische Sättigung erreicht wurde, erst noch erlernen. Doch: „Diese Fähigkeit zu erlernen verlangt Zeit, Analyse und Flexibilität, da theoretisch sensibel über die Sättigung zu urteilen niemals präzise ist“ (ebd.: 72). Eine Sättigung aller für eine Forschungsarbeit relevanten Kategorien ist jedoch nicht notwendig, weshalb die Tiefe des Samplings nicht für alle Kategorien gleich relevant ist. Vielmehr sollten allen voran die erklärungskräftigsten Kategorien – „Schlüsselkategorien“ – so vollständig wie möglich gesättigt werden. Bis die Forschenden erkennen, welches die Schlüsselkategorien sind, sollten sie mit der Sättigung aller Kategorien fortfahren (ebd.: 69–78).

Dieser Punkt verweist auf ein weiteres notwendiges Kriterium für die explorativ-iterative Vorgehensweise der Grounded Theory: die **theoretische Sensibilität** der Forschenden. Damit ist

jene Offenheit und Flexibilität gemeint, mit welcher verschiedene theoretische Zugänge zu den erhobenen Daten entwickelt, verglichen und getestet werden können. Im Idealfall testen die Forschenden möglichst viele verschiedene Theorien an ihren Daten, wodurch sich deren theoretische Sensibilität fortwährend verfeinert.

Die drei Schritte der Kategorienbildung, das heißt des Kodierens, werden in der Grounded Theory als **offenes**, **axiales** und **selektives Kodieren** bezeichnet. Es herrscht zwischen den Schritten keine hierarchische Rangfolge, denn das iterative und flexible Kodieren der Daten soll Perspektiven ermöglichen, die etwa in einer klassischen Inhaltsanalyse verwehrt bleiben würden. Das bedeutet, dass die unterschiedlichen Kodierungsschritte sich in unterschiedlichen Variationen überlappen und verzahnen können und die Übergänge zwischen ihnen fließend sind (Marx/Wollny 2009: 471).

Mit dem *offenen Kodieren* wird in der Textanalyse das erste Lesen des Materials gemeint. Es dient dazu, die Daten zu Beginn analytisch aufzubrechen (Marx/Wollny 2009: 471). Dabei wird der Text Zeile für Zeile durchgegangen, um „durch erste Interpretationen den Bedeutungsgehalt zu hinterfragen und in den Daten vorhandene Konzepte zu benennen“ (ebd.). Durch Memos werden fortwährend einzelne Erkenntnisschritte, wie Perspektiven, Hypothesen, Lesearten et cetera festgehalten.

Das *axiale Kodieren* hat vorrangig das Ziel, aus den bisher entwickelten Kategorien in einem weiteren Abstraktionsschritt Kernkategorien zu entwickeln. Die Kategorien werden hierbei sozusagen um eine ‚Achse‘ gebündelt, betrachtet, in verschiedenen Kombinationen miteinander verknüpft, neu gebündelt, wieder betrachtet et cetera bis die bis dahin entwickelten Kategorien und Hypothesen tragfähig sind. Die aus diesem Kodierschritt entstehenden Kernkategorien bilden bereits größere Teile der gegenstandsverankerten Theorie ab (Heindl 2015: 287f). Durch die Verwendung eines theoretischen Analyserahmens kann vor allem das axiale Kodieren erheblich erleichtert werden, „da eine derartige Suchheuristik hilft, das empirische Datenmaterial zu strukturieren und sinnvolle (Kern-)Kategorien zu entwickeln“ (ebd.).

Durch *selektives Kodieren* sollen schließlich die bisherigen (Kern-)Kategorien und Hypothesen anhand der empirischen Daten erneut auf ihre Tragfähigkeit überprüft sowie abschließende Schlüsselkategorien, die ausschlaggebend für ein relevantes Merkmal des Forschungsobjekts

sind, entwickelt werden. „Letztlich geht es dabei um den ‚roten Faden‘ eines Diskurses oder eines Argumentes, durch den der Inhalt – in Form von Deutungsmustern oder Narrationen und *story-lines* – mehr oder weniger umfassend erfasst und erzählerisch zusammengefasst wird“ (Heindl 2015: 289; Herv. im Original).

4.3 Forschungsablauf

Um der Forschungsfrage nachzugehen, welches Rollenkonzept die deutsche Bundesregierung der 18. Legislaturperiode von Deutschland als handelspolitischer Akteur hat, wurden Daten aus 36 relevanten Interviews, Reden, einer Regierungserklärung sowie einem Zeitungsartikel gesammelt, die von zehn Mitgliedern der Bundesregierung gehalten bzw. verfasst wurden. Das übergeordnete Ziel der Forschungsarbeit lag darin, durch die komparative Analyse von diesen Fällen und Typen öffentlicher Beiträge die Wahrnehmung der Bundesregierung nachzuvollziehen. Mit der ineinandergreifenden Erhebung und Analyse von Daten aus dem homogenen Politikfeld Handelspolitik wurden Schlüsselkategorien und deren internes Beziehungsgefüge aufgedeckt um daraus eine Theorie zu entwickeln, welche den Sinn der generierten Daten in den wissenschaftlichen Diskurs übersetzt.

Das theoretische Sampling, das heißt die Suche nach geeigneten Texten für die Beantwortung der Forschungsfrage, begann auf der öffentlichen Internetseite der Bundesregierung, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, des Bundestags sowie den persönlichen Internetseiten der Regierungsmitglieder¹. Mit den folgenden Suchwörtern wurde eine Anzahl von rund zweihundert relevanten Texten aus dem Recherchezeitraum 01. September 2013 bis 31. August 2017 identifiziert, die Bezug auf deutsche Handelspolitik nehmen:

Handel, Freihandel, Handelsabkommen, Freihandelsabkommen, Handelspolitik, handelspolitisch, Handelsbeziehungen, TTIP, CETA, Transatlantic Trade and Investment Partnership, Comprehensive Economic and Trade Agreement. Diese Texte wurden nach Passagen und Aussagen durchsucht, die zur Beantwortung der Forschungsfrage dienlich sein könnten.

¹ www.bundesregierung.de; www.bmwi.de; www.bundestag.de sowie u.a. www.sigmar-gabriel.de; www.wolfgang-schaeuble.de; www.monika-gruetters.de

Es stellte sich schnell heraus, dass ein Großteil der auf diesen Internetseiten online abrufbaren Beiträge der Bundesregierung zum Thema Handelspolitik von Angela Merkel und Sigmar Gabriel stammen. Um etwaige individuelle Verzerrungen durch den Fokus auf diese beiden Personen zu vermeiden, wurde bevorzugt nach weiteren Beiträgen von anderen Regierungsmitgliedern gesucht. Aus dem gleichen Grund wurde der Analysefokus auf Kabinettsmitglieder um zwei Nicht-Kabinettsmitglieder erweitert. So wurden auch Beiträge von Monika Grütters, der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, sowie von Hans-Peter Friedrich, des ehemaligen Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft 2013-2014 und im Recherchezeitraum Abgeordneter des Bundestags, hinzugezogen. Auch wurden mehrere Texttypen mit unterschiedlichen Rahmensituationen ausgesucht. Mit einer größeren Anzahl von Regierungsmitgliedern an verschiedenen Orten – z.B. Reden im Bundestag, in Washington DC oder Brüssel – sowie vor unterschiedlichem Publikum – z.B. Abgeordnete, ausländische PolitikerInnen oder VertreterInnen aus der Privatwirtschaft – sollen verzerrende Einflüsse von individuellen und kontextabhängigen Faktoren eingeschränkt werden. Weil Reden und Regierungserklärungen in der Regel planvoll vorgefertigt sind, bieten sie den Vorteil, dass sie die offizielle Haltung der Bundesregierung repräsentieren. Ihr Nachteil ist, dass sie nicht unbedingt die tatsächliche Wahrnehmung der Regierung beschreiben, sondern diese aus strategischen bzw. rhetorischen Gründen gewisse Formulierungen benutzen. Auch deswegen wurden zusätzlich Interviews hinzugezogen, da diese spontanere Meinungsäußerungen enthalten können. Als weitere Ausweitung des Fokus wurde zusätzlich eine von Angela Merkel gehaltene Regierungserklärung (M/R/2016) sowie ein von Sigmar Gabriel verfasster Zeitungsartikel (G/R/2016b) in die Analyse einbezogen.¹

Als der Punkt der theoretischen Sättigung erreicht wurde, waren schlussendlich 36 Texte identifiziert, deren Informationen relevant für die Beantwortung der Forschungsfrage sind. Die restlichen Texte, welche mit den oben aufgelisteten Suchbegriffen gefunden wurden, wurden nicht in die Analyse einbezogen, da die in ihnen enthaltenen Passagen zu Handelspolitik nicht

¹ An dieser Stelle sei auf die Vor- und Nachteile einer Textanalyse offizieller Regierungsbeiträge hingewiesen: Weil Reden nicht immer (komplett) von den Regierungsmitgliedern selbst verfasst werden und weil Interviews in der Regel von journalistischer Seite redigiert werden, sind sie mit Vorsicht zu genießen – ihre Inhalte sind weniger vertrauenswürdig als Aussagen, die in qualitativen Interviews aufgenommen werden. Dennoch werden die Reden und Interviews in der Regel von den Regierungsmitgliedern autorisiert, was bedeutet, dass sie die Texte ggf. (um)formulieren können und sie als ihre offiziellen Aussagen akzeptieren.

genügend relevante Information enthielten oder weil diese in bereits ausgewählten Texten ausreichend repräsentiert wurde. Die Sättigung wurde auch durch stichprobenartige Vergleiche mit Beiträgen aus der vorherigen Legislaturperiode festgestellt.

In einem nächsten Schritt wurden die ausgewählten Texte in die Analysesoftware MAXQDA eingespeist und mithilfe dieser kodiert. Dabei wurde chronologisch vorgegangen, der erste analysierte Text war die Rede vom 2. Mai 2014 (M/R/2014) und der letzte die Rede vom 11. Juli 2017 (M/R/2017). Mittels einer Vorgehensweise angelehnt an Grounded Theory wurden aus den Texten Ober- und Unterkategorien generiert, welche die Beiträge thematisch strukturieren und erste Rückschlüsse auf die Wahrnehmung der Bundesregierung in Bezug auf die Forschungsfrage zulassen. Im nächsten Schritt wurden die Kategorien und die kodierten Textstellen mithilfe der Software Microsoft Excel tabellarisch aufgelistet und in ein Codebuch zusammengefasst. Unter Kapitel 5 werden die Kategorien ausführlich in Fließtext zusammengefasst.

Anhand der Rohtexte, dem Codebuch und der in Fließtext verfassten Zusammenfassung der Kategorien wurden in einem iterativen Prozess mithilfe der Metaphertheorie (siehe 3.3) die für die Forschungsfrage relevanten Metaphern aufgedeckt. Daraus haben sich schlussendlich zwei zentrale Metaphernsysteme ergeben, die in Kapitel 6 ausführlich dargestellt werden.

Der gesamte Forschungsablauf fand im Sinne der Grounded Theory in einem iterativen und flexiblen Prozess statt, welcher sich über ein Jahr lang hermeneutisch zwischen Datenerhebung, Kodierung und Analyse bewegte. Natürlich war es nicht möglich, eine geeignete Forschungsfrage zu konstruieren, ohne den Forschungsstand über Theorie und Praxis des untersuchten Feldes zu beachten. Dennoch wurde, bis auf die rollentheoretische Perspektive der Forschungsfrage sowie der sozialkonstruktivistischen Ontologie der Arbeit, zunächst auf einen theoretischen Rahmen verzichtet, um im Dialog mit den Daten eine Rezeptionsituation möglichst frei von Vorannahmen zu gewähren. Als die Ober- und Unterkategorien während des offenen, axialen und selektiven Kodierens generiert wurden, haben sich bereits besonders anschauliche Metaphern – wie zum Beispiel Deutschland als Marktstand oder als Fußballmannschaft – gezeigt. Im Sinne der theoretischen Sensibilität wurde die Nutzung unterschiedlicher Theorien erwägt und schlussendlich entschieden, eine metaphertheoretische Forschungsperspektive einzunehmen und der Beantwortung dieser Unterfragen nachzugehen: *Auf welche Weise nutzt die deutsche*

Bundesregierung der 18. Legislaturperiode Metaphern in ihren Beiträgen zu Handelspolitik? Wie strukturieren diese Metaphern die Wahrnehmung der Regierung von Deutschland als handelspolitischer Akteur? Diese Fragen sollen mithilfe der Metaphertheorie zur Beantwortung der Forschungsfrage beitragen. Als die erste, deskriptive Ebene dieser Forschungsarbeit abgeschlossen war, wurde somit eine zweite, analytische Ebene eröffnet. Die in Kapitel 5 vorgestellten Kategorien sowie die in Kapitel 6 dargelegten Leitmetaphern haben folglich das Ziel, eine empirisch verankerte Theorie abzubilden, welche Ausdruck einer in den Daten latenten Ordnung ist.

5. Beschreibung der Daten

Gestützt auf das theoretische und methodische Fundament dieser Arbeit wird in Kapitel 5 eine Zusammenfassung der analysierten Beiträge gegeben. Hierfür werden jene Kategorien erläutert, welche das Fundament der Beiträge der Bundesregierung zu Handelspolitik bilden. Dabei sind fünf Oberkategorien erkennbar, um die sich ein Großteil der Inhalte bündelt. Diese können weiterhin in eine Reihe von Unterkategorien aufgeteilt werden. An dieses Kapitel anknüpfend werden in Kapitel 6 die ausgewerteten Daten und ihre Kategorien aus einer metaphortheoretischen Perspektive analysiert.

5.1 Kategorien

Tabelle 1: Ober- und Unterkategorien

Oberkategorie	Unterkategorie	
Deutschland	Deutschlands Erfolg	Geschichte Deutschlands
	Deutschlands Ziele und Herausforderungen	Deutschland in Europa
	Deutschlands Werte	Deutschland in der Welt
Europa	Europas Erfolg	Bild der EU Institutionen
	Europas Ziele und Herausforderungen	Gemeinsames Europa
Globalisierung	Wesen und Entwicklung der Globalisierung	Globalisierung gestalten
	Aufstieg neuer Kraftzentren	Asien als Bedrohung
	Globalisierung als Bedrohung	Asien als Chance
	Chancen der Globalisierung	
Trans-atlantische Beziehungen	Ziele und Herausforderungen für TTIP	Unterschiede zwischen USA und Europa
	Ziele und Herausforderungen für CETA	Kanada und USA im Vergleich
	Mit TTIP/CETA Globalisierung gestalten	Kritik an USA
	Gemeinsamkeiten zwischen USA und Europa	Neue Art von Abkommen
Öffentlicher Diskurs	Bild des Diskurs	Verständnis mit Bevölkerung
	Kritik an Gegner	Bevölkerung benötigt Aufklärung

5.1.1 Deutschland

Im Zentrum der Beschreibung der Bundesrepublik steht **Deutschlands Erfolg**. Das Land besitze hohe kulturelle Standards (Gr/I/2015: 27) und „brillante junge Forscher. Weltbekannte Industrie-Champions. Und den ‚German Mittelstand‘, um den uns alle beneiden“ (St/R/2014: 57). Deutsche Produkte zeugen von höchster Qualität, deutsche Marken seien weltweit beliebt und erfolgreich (Z/I/2017a: 20; G/I/2014a: 15; G/I/2015: 10; G/R/2016b: 3) und im Gegensatz zu anderen Ländern, in denen „Technologie von der Stange“ (G/I/2014a: 15) produziert werde, können deutsche Unternehmen maßgeschneiderte Lösungen anbieten, was dazu führe, dass in der Regel „das beste Produkt“ (F/R/2014: 4) aus Deutschland komme. In diesem Sinne seien nicht nur deutsche Firmen Weltmarktführer (St/R/2014: 47), sondern das ganze Land „Exportführer“ (ebd.: 59; St/R/2014: 47; Ma/I/2015: 27; G/R/2014b), eine der wirtschaftlich erfolgreichsten Industrienationen (G/I/2014b: 9) und der „Ausrüster der Welt“ (G/R/2016b: 10). Im Jahr der Fußballweltmeisterschaft 2014, als das deutsche Team das Turnier gewann, zieht Steinmeier einen Vergleich zwischen der Nationalmannschaft und Deutschlands Wirtschaft: Es seien die grundlegende Erneuerung des Teams, Inklusion von neuen Spielern mit Migrationshintergrund sowie „deutsche Tugenden wie Fleiß und Disziplin“ (St/R/2014: 55) gewesen, die den Deutschen zum Sieg verholfen haben. Steinmeier lobt „deren eingespieltes Miteinander und die Fähigkeit, sich kreativ an neue Rahmenbedingungen anzupassen“ (ebd.: 56) und schließt die Metapher **DEUTSCHE WIRTSCHAFT IST EINE FUßBALLMANNSCHAFT**: „Dank kluger Industriepolitik und gut aufgestellten, wettbewerbsfähigen deutschen Unternehmen gibt es kaum eine Volkswirtschaft in der Welt, in der die Wertschöpfungskette noch so komplett erhalten geblieben ist wie in der deutschen Volkswirtschaft“ (ebd.: 57). Der „Erfolg unserer Handelspolitik“ (M/R/2015a: 15) habe zu diesem Fortschritt Deutschlands geführt.

Gleichzeitig schildert die Bundesregierung **Deutschlands Ziele und Herausforderungen**. Für Deutschland und Europa stehen hierbei die Auswirkungen der Globalisierung im Zentrum: „Die Welt ist viel zu verwoben, als dass die Sicherheit, der Wohlstand, die Prosperität unserer Bürgerinnen und Bürger nicht von all dem abhängt, was wir in den internationalen Beziehungen tun, was dort stattfindet“ (M/R/2016: 59). In diesem Sinne spreche sich die Regierung für „einen

möglichst offenen, multilateralen Handel“ (Z/I/2017a: 14) aus und setze auf den Abbau von „Handelsschranken“ bzw. „Handelshemmnissen“ (M/R/2014: 29). Die Probleme, die den globalen Welthandel betreffen, sind vielfältig: Neben zu hohen Zöllen (G/R/2014a: 13) werden KonkurrentInnen deutscher Unternehmen unfair bevorteilt (G/I/2016a: 52; M/R/2015a: 25). Staatlich beherrschte ausländische Unternehmen investieren in Europa und Deutschland, um sich zur „geopolitischen Machterweiterung“ wichtige Technologien anzueignen (G/R/2016b: 41). Marktzugang für deutsche Unternehmen wird ohne Legitimation verwehrt (G/R/2014b: 28) und Staaten wie China bauen Überkapazitäten auf (G/R/2016b: 14). Die Ursachen für diese Missstände seien unter anderem „Korruption, fehlende Rechtssicherheit oder marktverzerrendes Eingreifen staatlicher Akteure“ (St/R/2014: 35). Daher brauche es starke, global dominierende Standards. Doch: „Wer Standards für die Globalisierung fordert, darf nicht glauben, dass diese Standards vom Himmel fallen“ (G/I/2016a: 62). Weil Deutschland das Land sei, das mehr als alle anderen vom Freihandel lebe, „werden wir uns verdammt noch mal anstrengen müssen, eine Regelung zu finden“ (G/R/2015: 26), verlangt Gabriel. Im Zentrum der Beiträge stehen deswegen die Verhandlungen um die transatlantischen Handelsabkommen. Die Bundesregierung versuche in den Verhandlungsprozess „alle relevanten Stimmen einzubeziehen“ (G/I/2015:19). Es sei jedoch ein großer Fehler gewesen, nicht für mehr öffentliche Transparenz zu sorgen (G/I/2016b: 20). Dies habe dazu geführt, dass sich trotz der erfolgreichen Handelspolitik viele Menschen nun Sorgen machen: „Kein Land ist so verflochten mit der Welt wie unseres – und gleichzeitig wünschen sich fast 2/3 unserer Bürgerinnen und Bürger, dass wir uns aus dieser Welt raushalten? Das, meine Damen und Herren, ist das Spannungsfeld, in dem sich deutsche Außenpolitik gegenwärtig bewegt“ (St/R/2014: 30). Die Regierung versichert jedoch, dass sie sich für nachhaltige Entwicklung als maßgebliches Verhandlungsziel einsetzen wolle – dazu gehören hohe Arbeits-, Umwelt- und VerbraucherInnen- und Datenschutzstandards, die hohe Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge und kulturelle Vielfalt in Europa (G/R/2014a: 18).

Um Deutschlands Ziele und Herausforderungen zu verdeutlichen, greift Steinmeier in einem Beitrag zu einer weiteren Metapher: die **WELT IST EIN MARKTPLATZ**. Auf diesem habe Deutschland einen der prächtigsten Stände, und besonders die Bundesrepublik habe Interesse daran, dass auf diesem Marktplatz Ordnung herrscht (St/R/2014: 39). Doch wenn sich der „friedliche Marktplatz“ etablieren soll, müsse Deutschland durch seine Handelspolitik „helfen, die Welt etwas gerechter

und humaner zu machen“ - das verlangen auch seine PartnerInnen (St/R/2016: 45f). Es gehe bei den Verhandlungen über Handelsabkommen somit darum, „vernünftige Spielregeln“ für die Globalisierung zu entwickeln. Man müsse auch eine neue Welle des weltweiten Protektionismus verhindern (G/R/2016b: 45). Es dürfe „keine Einschränkung unserer freiheitlichen, offenen und toleranten Lebensweise geben“ (Sch/R/2016: 12).

Neben den Zielen und Herausforderungen beschreibt die Regierung auch **Deutschlands Werte** (G/R/2014a: 22). Das Land stehe für Offenheit, insbesondere für offene Märkte, denn: „Es macht keinen Sinn, in einer globalisierten Welt neue Mauern zu errichten, im Gegenteil: Alle werden dabei verlieren“ (Z/I/2017a: 27). Man könne mit einer re-nationalisierten Wirtschaft in einer globalisierten Welt nicht bestehen und brauche deswegen statt einer neuen „Biedermeier-Zeit“ (G/I/2016a: 80) mehr internationale Kooperation. Wirtschaftlicher Protektionismus sowie AusländerInnenfeindlichkeit und Nationalismus seien zwei Seiten einer Medaille (St/R/2016: 37). Deshalb setze Deutschland sich für ein multilaterales Handelssystem ein, das auf den Regeln der Welthandelsorganisation beruhe, welches aber auch durch bilaterale und regionale Handelsabkommen ergänzt werden könne (M/R/2017b: 31; Mü/R/2014: 22). Deutschlands Politik setze „auf Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit in den globalen Wertschöpfungsketten“ (Mü/R/2014: 16). Auch demokratische Grundprinzipien seien für Freihandel von entscheidender Bedeutung (G/R/2015: 25; M/R/2015a: 11). Denn zum Schluss müsse ein gutes Abkommen vorliegen, das von Regierungen und Parlamenten mitgetragen werde (ebd.) und mit welchem „die Schattenseiten der Globalisierung“ (G/R/2017: 26) bekämpft werden sollen. Deutschlands Werte – Offenheit, Nachhaltigkeit, Liberalisierung, fairer Handel, Multilateralismus und demokratische Prinzipien – „auch das ist ‚Made in Germany‘“ (St/R/2016: 46).

Einige der Beiträge verweisen auch auf die **Geschichte Deutschlands**. Der früheste Zeitpunkt, auf den Bezug genommen wird, ist die Zeit der „ersten Industrialisierung“ (G/I/2016a: 90), in welcher der Ausbau des Sozialstaates im Zentrum gestanden habe. Anfang des 20. Jahrhunderts habe sich Deutschland zu einem modernen Industriestaat entwickelt (M/R/2015b: 7), und seit einem halben Jahrhundert befinde es sich in der glücklichsten Phase seiner Geschichte (Sch/R/2016: 75). Heute, in der „zweiten Industrialisierung“ (G/I/2016a: 90), müsse der globale Kapitalismus gebändigt

werden, was aber nicht mehr allein durch einen starken nationalen Sozialstaat, sondern nur international gehe (G/I/2016b: 26). Auch bei den Verhandlungen um transatlantische Abkommen zieht die Bundesregierung Analogien zur deutschen Geschichte: Nach den Weltkriegen und dem Fall der Berliner Mauer dürfe Deutschland nie vergessen, welcher Schatz Frieden und Freiheit seien (M/R/2014: 50). Genauso gelte es bestimmte Prinzipien in Freihandelsabkommen zu schützen, wie zum Beispiel das der staatlichen Kulturförderung: „Das ist eine Lehre aus unserer Vergangenheit im 20. Jahrhundert mit den zwei Diktaturen“ (Gr/I/2015: 23).

Im Zusammenhang mit Handelspolitik zeigt sich in den Beiträgen der Bundesregierung auch, wie sie die Position **Deutschlands in Europa** wahrnimmt. Zum einen gehe mehr als die Hälfte der deutschen Exporte in die Märkte der EU, was die Vorteile eines einheitlichen Binnenmarktes sowie gemeinsam entwickelter Standards zeige (M/R/2017b: 33; G/I/2015: 12; M/R/2017a: 21). Zum anderen sei Deutschland eng mit dem europäischen Kontinent verflochten, was dazu führe, dass jede Krise der NachbarInnen auch eine Krise für die Bundesrepublik bedeute (St/R/2014: 50). Dem Land könne es somit nur gut gehen, wenn es auch Europa gut gehe (M/R/2017b: 38). Dafür sei es notwendig, dass beide offen bleiben und sich nicht abschotten (G/R/2014a: 24). Selbst das „starke Deutschland“ könne keine Stimme haben, falls es nicht gemeinsam mit den anderen Mitgliedern spreche (G/R/2017: 34). Dennoch betont die Bundesregierung die Vorreiterrolle ihres Landes: „Unsere Wirtschaftskraft kommt auch der wirtschaftlichen Entwicklung unserer europäischen Partner zugute. Deshalb nennt man uns ‚Lokomotive‘. Wenn man ihre Politik machen würde, wäre man wahrscheinlich eher im Bremserhäuschen“ (Sch/R/2016: 25). Es sei wichtig, „dass wir Europa fit machen“ (M/R/2017b: 34).

Dass aus Deutschland viel Kritik an den Freihandelsabkommen komme, kritisiert die Regierung: „Ehrlich gesagt sehen nur Deutschland und Österreich CETA kritisch. Auch in der Handelspolitik ist die Devise ‚am deutschen Wesen soll Europa genesen‘ eine Haltung, die viele andere in Europa den Kopf über uns schütteln lässt“ (G/I/2016b: 19). Man komme den Deutschen sogar entgegen, wo es nur ginge (ebd.: 22).

Im Zusammenhang mit deutscher Handelspolitik steht auch die Beschreibung **Deutschlands in der Welt**. Kaum ein anderes Land sei so stark in der Welt „vernetzt“ bzw. „verflochten“ (M/I/2014:

59; M/R/2017a: 10) wie Deutschland. Mittlerweile sei der Anteil der Menschen in Deutschland, die im Ausland geboren wurden genau so groß „wie im sprichwörtlichen Einwanderungsland schlechthin, den USA“ (St/R/2014: 28). Gleichzeitig befänden sich in dem Land die weltweit drittmeisten ausländischen Studierenden und die zweitgrößten internationalen Datenströme (ebd.). Deutschlands weltweit vernetzte, boomende Exportwirtschaft zeige zwar, welche Vorteile der freie Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Kapital mit sich bringe (M/R/2017a: 18). Gleichzeitig bedeute es jedoch, dass alle geopolitischen Veränderungen die deutsche Wirtschaft empfindlich berühren (ebd.). „Der Erfolg unseres Landes ist deshalb auch immer der Erfolg anderer Länder. Das ist zumindest unser Ansatz in der Betrachtung weltweiter Verflechtungen. Wir bekommen mit unserer relativ hohen Außenhandelsquote das Auf und Ab auf den internationalen Märkten deutlich zu spüren“ (ebd.). Ein „Abkoppeln“ (G/R/2014b: 37) von den Weltmärkten würde viele Hunderttausend Menschen ihren Job kosten. Ohne offene Märkte hätte Deutschland auch bloß die Hälfte seines Wohlstandes (F/R/2014: 4). „Wer, wenn nicht wir, muss deshalb für fairen und freien Handel einstehen“, fragt Zypries (Z/R/2017). So gelte Deutschland grundsätzlich als „ehrlicher Makler“ (St/R/2016: 33) der Außenpolitik, was das Land zu einem interessanten Partner „bei der Gestaltung von neuen Elementen der globalen Ordnung“ (ebd.) mache.

5.1.2 Europa

Wie bei der Beschreibung Deutschlands verweist die Bundesregierung oft auf **Europa als Erfolg**: Sei es das friedensstiftende Gesellschaftsmodell, welches nicht nur Demokratie und Freiheit verbinde, sondern zu ökonomischem Erfolg führe (G/R/2015: 21); seien es die hohen ökologischen, sozialen und gesundheitlichen Schutzstandards (G/R/2014a: 15,27) oder der Fleiß, die Innovationskraft und Leistungsbereitschaft der europäischen Bevölkerung (M/R/2015a: 38). Das „Koppeln von Freiheit und Verantwortung, Freiheit und Solidarität, das ist das besondere europäische Angebot“ (G/R/2017: 23), befindet Gabriel. Neben seinem erfolgreichen Gesellschaftsmodell habe Europa als größter Handelsraum der Welt (G/R/2016a: 10) auch immense handelspolitische Erfolge erzielt – egal ob in bi- oder multilateralen Verhandlungen

(M/R/2014: 29,37; M/R/2017b: 31). In der Tat: „Europa ist eine handelspolitische Großmacht“ (G/R/2017: 28).

Die Bundesregierung definiert auch **Europas Herausforderungen und Ziele**. Es gelte, den europäischen Wirtschaftsraum dauerhaft zu stabilisieren und „Europa auch industriepolitisch neu aufzustellen“ (St/R/2014: 18), die kulturelle Vielfalt Europas zu schützen (G/R/2014a: 27) und einen gemeinsamen digitalen Binnenmarkt aufzubauen (M/R/2017b: 60). Der Kontinent müsse zudem seine Industrie ausbauen und seine Unternehmen, insbesondere „europäische Champions“ (G/I/2016a: 14), auf dem globalen Markt fördern, denn vor allem „die Internet-Giganten aus den USA“ (ebd.: 18) zwingen Europa immer mehr in ihre Abhängigkeit. Europa müsse auch für private InvestorInnen attraktiver gemacht werden – „Sonst werden wir international zurückfallen“ (Sch/R/2016: 17). Hierfür müssen auch sicherheitsrelevante Technologien geschützt werden (G/R/2016b: 40). Schlussendlich müssen für Firmenbeteiligungen, Übernahmen und Marktzugang faire „Spielregeln“ (G/R/2016b: 47) für alle HandelspartnerInnen gelten. Insbesondere werden die wirtschafts- bzw. handelspolitischen Maßnahmen aus China als Beispiele für unfaire Handelspraktiken genannt. Dessen staatlich subventionierte Importe nach Europa verdrängen die europäische hochmoderne und energieeffiziente Produktion durch Dumpingpreise – „ein eklatanter Verstoß gegen den fairen Wettbewerb und die internationalen Regeln des Welthandels“ (G/R/2016b: 16). Europa dürfe „Foulspiel von Handelspartnern“ (ebd.: 11) nicht einfach hinnehmen. Um sich diesen Herausforderungen stellen zu können, müsse der Kontinent zuvorderst mit einer Stimme sprechen (G/R/2017: 23). Außerdem: „Wenn wir – und zwar in Verantwortung für diejenigen, die nach uns kommen, für unsere Kinder – die Balance halten wollen, müssen wir doch Partner suchen“ (G/R/2015: 19). Die wichtigsten Partner für Europa seien eindeutig die USA und Kanada (ebd.). Wenn mit ihnen Freihandelsabkommen „auf Grundlage unserer hohen europäischen Standards“ (M/I/2014: 63) abgeschlossen werden, könne der europäische Wohlstand gesichert sowie die europäischen Standards global gesetzt werden (G/I/2016b: 24). Zusätzlich könnten bestehende Regelungen, wie der Investitionsschutz, verbessert werden (G/I/2014b: 57). Es gelte diese Chance nicht zu verpassen (ebd.), doch man müsse die Abkommen zügig abschließen, warnt die Kanzlerin: „Ich will auch daran erinnern, dass nicht nur wir, die Europäische Union, Freihandelsabkommen verhandeln“ (M/R/2015a: 16). Die

transatlantischen Handelsabkommen würden wahrscheinlich nicht optimal ausfallen – „Aber sie werden allemal besser sein als alles, was Amerika und China aufschreiben würden“ (G/R/2014b: 34). Zudem habe auch Europa nicht nur Vorzeigeländer vorzuweisen, was etwa den Rechtsschutz angehe. So betont die Bundesregierung, dass es bei TTIP auch um Länder wie Rumänien und Bulgarien gehe, in denen selbst deutsche Unternehmen Schwierigkeiten haben, ihre Investitionen rechtlich zu sichern (G/R/2014b: 18).

In den Beiträgen der Bundesregierung zeichnet sich auch ihr **Bild der EU-Institutionen** ab. Einerseits werden die Institutionen gelobt, zum Beispiel als die EU-Kommission „Zähne gezeigt“ (G/R/2016b: 18) und Antidumpingzölle auf Stahlerzeugnisse aus China und Russland eingeführt habe, oder als sie einen „interessanten Vorschlag“ (M/R/2015a: 32) über die Möglichkeit eines festen internationalen Schiedsgerichtshof gemacht habe. Gleichzeitig merkt die Bundesregierung an, dass manche Verhandlungen mit Drittstaaten leichter seien, als „mit manchem Hardcore-Ideologen in der EU-Kommission“ (ebd.: 38). Die Kritik an den Institutionen führt hin bis zu Forderungen eines grundlegenden Politikwechsels: „Das Europa der 28 Mitgliedstaaten, das über die EU-Kommission Mikromanagement betreibt und die großen Fragen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik oder einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik unbeantwortet lässt, hat nach meiner Überzeugung keine Zukunft. Die EU, die sich an Detailfragen abarbeitet, ist an ihre Grenzen gestoßen“ (G/I/2017: 12). Was jetzt gebraucht werde, ist nicht „mehr Europa“ (ebd.: 10), sondern eines, das sich gemeinsam in der Welt aufstelle.

Dieses **gemeinsame Europa** umfasse nicht nur einen Binnenmarkt sondern mit der Grundrechtecharta der Europäischen Union gleichzeitig auch ein geteiltes Wertefundament (M/R/2015b: 28). Denn auch wenn Europa sich besonders durch den gemeinsamen, offenen Markt attraktiv mache (G/I/2016b: 29), sei der Kontinent mehr „als nur ein Wirtschaftsprojekt. Europa hat unmittelbar mit Krieg und Frieden zu tun“ (M/R/2017b: 35). Auch um das gemeinsame europäische Projekt zu wahren, sei es sinnvoll, dass Europa seine Kräfte bündele und mit seinen PartnerInnen Handelsabkommen schließe (M/I/2017: 21). Deswegen betont die Bundesregierung, dass die Verhandlungen mit den USA bzw. Kanada auf dem Mandat beruhen, welches alle EU-

Mitgliedsstaaten gemeinsam beschlossen haben (M/I/2014: 63). Mit den Abkommen sollen somit möglichst viele europäische Interessen durchgesetzt werden (M/I/2014: 65). Doch dass die Verhandlungen zu europaweiten Debatten geführt haben, zeigt auf, dass es eine gemeinsame europäische Diskussion zu dem Thema gebe, die ernst zu nehmen sei (G/R/2014b: 11,20).

In Reaktion auf die neue US-Administration fordert die Bundesregierung eine gemeinsame europäische Antwort auf die Bedrohung multilateraler Projekte und des Freihandels durch die USA: „In Zeiten, in denen in Nordamerika Mauern gebaut werden und mit protektionistischen Schutzzöllen gedroht wird, ist es wichtiger denn je, dass wir Europäer uns einig sind: Wir stehen zusammen, und wir stehen gemeinsam für faire und für offene Handelsbeziehungen“ (Z/R/2017: 10). Auf dem G20-Gipfel vertreten die EU-Mitgliedsstaaten und Institutionen deswegen ihre geteilten Überzeugungen gemeinsam gegenüber protektionistischen und isolationistischen Ideen (M/I/2017: 19). Nur ein geeintes, starkes und soziales Europa könne sich „in der Welt behaupten“ (Z/I/2017a: 42).

5.1.3 Globalisierung

Das Thema der Globalisierung steht in fast allen Beiträgen zu Handelspolitik im Zentrum. Hierbei zeigt sich die Wahrnehmung der Bundesregierung von **Wesen und Entwicklung der Globalisierung**. Aufbauend auf dem Fortschritt der Vergangenheit befindet man sich nun in „einem aufgeklärtem Jahrhundert“ (G/R/2014a), in welchem man zum Beispiel über Freihandelsabkommen nicht mehr „quasi Geheimverhandlungen“ (ebd.) führen könne. Die Globalisierung sei zudem grenzenlos sowie allumfassend, was sich unter anderem im Internet zeige, welches „immer mehr unseres Lebens bestimmt“ (Z/I/2017b: 24). „Ob wir es wollen oder nicht“, bemerkt die Kanzlerin, die „Globalisierung ist Tatsache“ (M/R/2017b: 17). Denn gegen sie, stimmt Gabriel zu, „kann man so wenig vorgehen wie gegen das Wetter von morgen“ (G/I/2016a: 80). Weil die globalisierte Welt auch globale Probleme hervorbringe und weil sich die AkteurInnen im internationalen System immer mehr vernetzen, werden sie immer abhängiger voneinander – sie müssen „an einem Strang ziehen“ (St/R/2014: 36). Zudem verlange die hohe Geschwindigkeit der Globalisierung, dass sich Staaten und Unternehmen dem schnell voranschreitenden Wandel beständig anpassen (M/R/2017b: 7).

Mit der Globalisierung geht auch der **Aufstieg neuer Kraftzentren** einher, die „eine größere Teilhabe an den Institutionen, an den Schalthebeln der internationalen Ordnung beanspruchen“ (G/R/2017: 16). Diese neuen Mächte streben „mit Selbstbewusstsein, mit Stolz auf Traditionen und Lebensweisen“ (St/R/2016: 14) empor und „beweisen große Ambitionen und schließen auf“ (G/R/2016b: 6). Einerseits wachse das Gewicht der Schwellenländer in der Weltwirtschaft und in den internationalen Beziehungen, andererseits seien die Industrieländer von der Finanz- und Wirtschaftskrise geschwächt worden (M/R/2014: 24). Dass die aufsteigenden neuen AkteurInnen nicht nur wirtschaftlich stark seien, sondern die internationale Ordnung mitbestimmen wollen, Sorge für „unruhige Zeiten“ (St/R/2016: 14). Es sei somit im „Interesse unserer Arbeitsplätze und unseres Wohlstands“, dass der transatlantische Freihandel mit dem pazifischen „Schritt hält“ (M/I/2015: 49,55).

In einem Großteil der Beiträge beschreibt die Bundesregierung die **Globalisierung als Bedrohung**: „Vieles von dem, was uns über die vergangenen Jahrzehnte vertraut geworden ist, geht gerade zu Bruch oder ist gefährdet – und wir haben es bislang nicht geschafft, diesen Prozess zum Halten zu bringen“, meint Steinmeier (St/R/2016: 14). Gabriel stimmt ihm zu, denn die Globalisierung, der technische Wandel und ein endloser Strom aus Informationen „machen die Welt zu einem Brummkreis, der sich scheinbar immer schneller dreht“ (G/R/2017: 10). Auch Schäuble beschreibt das „Innovationsschwungrad globalisierter Märkte“ (Sch/R/2016: 9), welches zur Überforderung führe. So habe die Globalisierung bereits ihre GewinnerInnen und VerliererInnen geschaffen: Jene seien das reichste Prozent der Weltbevölkerung sowie die Mittelschicht der Schwellenländer, diese die Unter- und Mittelschichten der Industrieländer (St/R/2016: 35). Zudem werden nicht nur der wirtschaftliche und handelspolitische Erfolg Deutschlands, sondern auch seine sozialen und ökologischen Standards durch die Globalisierung bedroht (M/I/2015: 51; G/I/2014b: 9; G/I/2016b: 17). Abhilfe könne nur im wirtschaftlichen Wachstum gefunden werden, denn wer „auf Wachstum verzichten will, wird schnell Verteilungskonflikte erleben, bei denen in der Regel nicht Familien und Arbeitnehmer die Gewinner sind“ (G/I/2014b: 11).

Doch die Globalisierung wirkt nicht durchgehend bedrohlich, zum Beispiel, wenn Steinmeier davon spricht, dass sich die Unternehmen im internationalen Wettbewerb permanent weiterentwickeln und ihr Spiel anpassen müssen (St/R/2014: 54). Tatsächlich wird auch beschrieben, wie die **Chancen der Globalisierung** neue Möglichkeiten bieten. In diesem Sinne könne die Globalisierung auch genutzt werden, um „nicht Reichtum für wenige, sondern Gerechtigkeit für alle“ (G/I/2016a: 80) zu erreichen. „Das klingt heute noch wie eine unerreichbare Vision. Aber der menschliche Fortschritt hat immer so begonnen“ (ebd.). Wirtschaftliche Chancen seien überall enorm, besonders in Afrika, betont Steinmeier 2014 (St/R/2014: 42). Für Deutschland und Europa bleiben jedoch die transatlantischen Handelsbeziehungen die wichtigsten.

Über die Legislaturperiode unverändert steht die Bundesregierung zu ihrer Sicht, „dass demjenigen, der sich auf die Globalisierung einlässt, auch Chancen offen stehen“ (M/R/2017b: 17). Diese Chancen müssen auch genutzt werden, denn die „Regellosigkeit des Welthandels“ sei Grund für „mangelnde Nachhaltigkeit, Umweltzerstörung, soziale Ausbeutung und mangelnde Kontrolle und Regulierung, z.B. von Finanzmärkten“ (G/R/2014a: 17). Schlussendlich, gibt sich die Bundesregierung sicher, werde es Regeln geben, doch: „Besser wir bestimmen mit als dass über uns bestimmt wird“ (G/I/2016a: 76).

Die Regierung führt in ihren Beiträgen auch aus, wie die **Globalisierung gestaltet** werden kann. Hierfür beschreibt sie zwei handelspolitische Wege: bi- und multilaterale Handelsabkommen. Erstere intensivieren zum einen den Handel (M/R/2014a: 14), zum anderen können durch sie gemeinsame Standards gesetzt werden, da mittlerweile nicht mehr nur Zölle, sondern auch nicht-tarifäre Regelungen verhandelt werden (G/I/2016b: 20). Daneben verweist die Bundesregierung auch auf die Wichtigkeit multilateraler Handelspolitik, ohne jedoch konkrete Maßnahmen zu nennen: die G20 seien sich einig, dass Freihandel besser als Protektionismus sei (Sch/R/2016: 28); die von Weltbank und UN angestoßene internationale Debatte zum grundsätzlichen Aufbau des Welthandels dürfe nicht ignoriert werden (St/R/2016: 44); globale Aufgaben erforderten globale Antworten (M/R/2017b: 18). In diesem Sinne betont die Bundesregierung abermals, dass Abschottung oder Unilateralismus keine Lösung darstellen (M/R/2017b: 18; G/I/2016b: 26). In diesem Sinne brauchen offene Märkte gute Regeln, sie dürfen nicht regellos sein, sonst „führt das in die Katastrophe“ (G/R/2016a: 13). Europa und die USA dürfen nicht die Chance verpassen, die

globalen wirtschaftlichen Standards zu setzen (G/I/2016a: 78). Deutschland müsse sich hierfür „an die Spitze der Bewegung“ (Z/I/2017b: 24) setzen und durch ein transatlantisches Freihandelsabkommen „die Handelsarchitektur der Welt“ (G/R/2015: 34) mitgestalten.

Die ambivalente Wahrnehmung des Aufstiegs neuer Kraftzentren und die Globalisierung als gleichzeitige Bedrohung und Chance finden sich auch in den Beschreibungen der Bundesregierung über Asien wieder. Einerseits wird **Asien als Bedrohung** oder zumindest als Gegner beschrieben, andererseits wird immer wieder auf **Asien als Chance** verwiesen. Vor allem, wer sich die Aktivitäten Chinas anschaut, der wisse „wohin die Reise geht“ (M/R/2015b: 43): Die Volksrepublik habe bereits Handelsabkommen mit der Schweiz und Island verhandelt „und sagt uns anderen Europäern natürlich: Ihr habt euch ja noch nicht einmal gedanklich mit dem Thema beschäftigt“ (M/R/2015a: 16). Zudem sei China nicht bereit, ein fairer Partner auf Augenhöhe für Investoren zu sein (G/I/2017: 20) und bremse deutsche Firmen zugunsten heimischer Unternehmen aus (G/R/2016b: 25,28,30). Auch das TPP-Abkommen, welches ohne China verhandelt wurde, beschreibt die Bundesregierung als ein Beispiel für das befürchtete Herabsenken sozialer und ökologischer Standards (G/I/2016a: 62). Angesichts des wachsenden Einfluss Asiens stellt Gabriel die Frage: „Haben wir als Europäer, als Deutsche eigentlich noch Anschluss an diese Region, oder sagen wir: 'Wir sind uns selbst genug?'“ (G/R/2014b: 33).

Gleichzeitig bieten die Länder Asiens auch eine Chance: „Wir können gerade in Asien sehr viele Beispiele dafür finden, wie sich durch eine bessere Einbindung in die Weltwirtschaft Armut verringern und Wohlstand aufbauen lässt“ (M/I/2017b: 29). Vietnam sei eines der dynamisch wachsenden Länder Südostasiens und ein wichtiger Handelspartner für Deutschland, meint Gabriel 2014 im Interview mit einer vietnamesischen Zeitung (G/I/2014a: 5). Es gelte somit die bedrohlichen Herausforderungen durch die Globalisierung und durch Asien anzuerkennen, aber auch die Chancen des globalen Wandels zu nutzen: „Die Welt verschiebt sich gerade. Wenn die Asiaten sagen, wir leben in einem pazifischen Jahrhundert, dann ist das kein überzogener Anspruch. Deshalb müssen wir Europäer uns ins Zeug legen, dass wir dabei noch eine Rolle spielen. Wir sollten da keine Angst haben“ (G/I/2014b: 61).

5.1.4 Transatlantische Beziehungen

In den Beiträgen beschreibt die Bundesregierung oft die **Gemeinsamkeiten zwischen den USA und Europa**. Demnach beruhen die transatlantischen Beziehungen auf gemeinsamen Werten, sie seien der Schlüssel zu Frieden, Freiheit und Sicherheit (M/R/2014: 9; 49) und man könne sich „füreinander jeweils keinen besseren und verlässlicheren Partner wünschen“ (ebd. 22; M/R/2015a: 38). Die Bevölkerungen der USA und Europa teilen nicht nur den gleichen Fleiß (M/R/2015a: 38), sondern auch ähnliche Sorgen und Debatten im Kontext von TTIP (G/R/2014a: 18). Zudem können die großen wirtschaftspolitischen Herausforderungen der Globalisierung nur gemeinsam gelöst werden (M/R/2014: 9). Die Bundeskanzlerin betont: „Die transatlantischen Beziehungen sind für uns in vielen Bereichen von existenzieller, von überragender Bedeutung“ (M/R/2015a: 38).

Die transatlantischen Partner teilen auch Interessen und Ziele: Für beide sei es wichtig, bei der Gestaltung der Globalisierung „vorn mit dabei zu sein“ (ebd. 35), beide verfügen über dichte Netze von Freihandelsabkommen mit Drittländern (M/R/2014: 29) und im Gegensatz zu anderen Staaten haben es weder die europäische noch die amerikanische Wirtschaft nötig, Dumping auf anderen Märkten zu betreiben (F/R/2014: 4). Zudem sei für beide der transatlantische Handel von besonderer Bedeutung, da die USA der größte Absatzmarkt der EU seien, und letztere der wichtigste Handelspartner der USA (G/I/2015: 15, M/I/2015: 55; G/R/2014a:13; M/R/2015b: 40). Auch weil diese Beziehungen auf beiden Seiten des Atlantiks Millionen Arbeitsplätze sichern (M/R/2014: 23), kritisiert Gabriel anti-amerikanische Tendenzen im öffentlichen Diskurs: „Als ob es irgendein Land auf der Welt gäbe, dem wir Europäer näherstehen“ (G/I/2016a: 78).

Neben den Gemeinsamkeiten beschreibt die Bundesregierung auch **Unterschiede zwischen den USA und Europa**, welche sie vor allem in den verschiedenen Rechtstraditionen, Verwaltungsstrukturen und kulturellen Gegebenheiten verwurzelt sieht (G/R/2014a: 15; S/I/2014: 26; Gr/I/2015: 13). Hervorstechendes Beispiel im Rahmen von TTIP ist das Thema der unterschiedlichen Lebensmittelstandards, die sich nur schwer vereinheitlichen lassen (S/I/2014: 30). Obwohl man mit manchen Standards durchaus die gleichen Ziele verfolge (G/R/2014a: 15), dürfe man eine komplette Angleichung amerikanischer Standards an europäische bzw. deutsche

nicht erwarten (F/R/2014: 4). In diesem Sinne komme es während der Verhandlungen auch zum Dissens: „TTIP so, wie es sich die Amerikaner vorstellen, darf und wird es nicht geben“ (G/R/2016a: 18), fordert Gabriel 2016. Besonders mit der neuen US-Administration 2017 werden die wahrgenommenen Unterschiede zwischen den USA und Europa deutlich. In der Vergangenheit habe man ein gemeinsames Bild von der Welt geteilt, „das ist derzeit nicht überall der Fall“ (M/I/2017:25).

In einigen Beiträgen stehen **Kanada und USA im Vergleich**. Im Kontext von CETA ist die Bundesregierung sogar der Auffassung, dass „uns in unseren Überzeugungen niemand so nahe steht wie die Kanadier“ (G/I/2016b: 22). Wären die Kanadier nur ein paar Kilometer dichter an Europa, würden sie vermutlich EU-Mitgliedschaft beantragen, vermutet Gabriel (G/I/2016b: 38). In diesem Sinne diene CETA auch als „Schutz gegen ein schlechtes Abkommen mit den USA“ (ebd.: 22), weil mit diesem bessere Standards verankert werden und Kanada sich aus „der Nafta-Abhängigkeit“ (ebd.: 24) befreien könne – etwas, wofür die Amerikaner die Kanadier deutlich kritisieren (G/R/2016a: 21). Denn die Standards in den TTIP-Verhandlungen seien noch weit entfernt von den Standards, die man mit CETA gesetzt habe (St/R/2016: 41).

Unter anderem führen die „handelsfeindlichen Äußerungen“ von Donald Trump und Hillary Clinton während des US-Wahlkampfes (St/R/2016: 36; G/I/2016a: 72) zu **Kritik an den USA**. Dass die AmerikanerInnen an ihrer *Buy-American*-Idee festhalten wollen, könne Europa nicht akzeptieren (G/I/2016a: 68). Nach dem Antritt Trumps wird die Kritik nicht weniger: „Manche Überlegungen von Trump sind unvereinbar mit den Regeln der Welthandelsorganisation WTO“ (Z/I/2017a: 15). Die AmerikanerInnen würden sich mit hohen Importzöllen nur „ins eigene Fleisch schneiden“ (ebd.: 18). Das habe man „Herrn Trump ja inzwischen auch erklärt“ (ebd.: 14). Die Bundesregierung suche deswegen das Gespräch mit geeigneten GesprächspartnerInnen in der US-Administration, „die Argumenten zugänglich sind“ (ebd.:17). Doch um an Lösungen zu kommen, müsse man warten, bis die neue Administration kompetente Verantwortliche eingesetzt habe, „die von Handel und Wirtschaft was verstehen“ (ebd.: 18).

Dieses ambivalente Bild des amerikanischen Handelspartners geht im größten Teil der Beiträge mit **Zielen und Herausforderungen für TTIP** einher. Einerseits solle mit dem Freihandelsabkommen ein gemeinsamer Wirtschaftsraum geschaffen werden (M/R/2015a: 19), der Europa und die USA stärken soll (M/R/2014: 28). Durch den Abbau von Zöllen, nicht-tarifären Handelshemmnissen und Doppelregulierungen sollen deutsche Exporte deutlich gesteigert (S/I/2014: 36; M/R/2014: 30; G/R/2014a: 15) sowie mehr Wohlstand, Wachstum und Arbeitsplätze für beide Regionen generiert werden (M/I/2014: 57; M/I/2016: 89). Zusätzlich könne der Investitionsschutz durch TTIP reformiert werden (F/R/2014: 4). Insgesamt können beide Seiten viel voneinander lernen – Deutschland und Europa einiges bei der Förderung junger, innovativer Unternehmen und die USA vom deutschen System der dualen Berufsausbildung (ebd.: 44). Ein weiteres Ziel der Bundesregierung, um „ein wirklich ehrgeiziges Abkommen zu erreichen“, sei die Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen und die Vergabe öffentlicher Aufträge sowie eine bessere Kooperation bei der Entwicklung von Zukunftstechnologien (M/R/2014: 32). Sie betont, dass nicht nur große Unternehmen, sondern insbesondere kleine und mittelständische Firmen von einem erleichterten Eingang „in einen hochdynamischen, wachsenden Markt in Amerika“ profitieren würden (M/R/2015a: 34), da diese oft „gar nicht den ersten Schritt über den Atlantik machen“ (G/R/2014a: 14). Aber auch den VerbraucherInnen würden niedrigere Preise und eine breitere Produktpalette zugunsten kommen (M/R/2015a: 34). In diesem Zusammenhang versichert die Bundesregierung wiederholt, dass in Europa und den USA keine Standards durch TTIP geschwächt, sondern lediglich freiwillig angeglichen oder gegenseitig akzeptiert werden würden (M/R/2015a: 28,33; F/R/2014: 4; M/R/2015b: 42; G/R/2014a: 22). Noch 2014 beschreibt die Bundesregierung TTIP als „eine der wichtigsten wirtschaftspolitischen Entscheidungen, wahrscheinlich für die nächsten Jahre“ und als „Schlüsselvorhaben unserer transatlantischen Zusammenarbeit“ (F/R/2014: 4). Doch neben diesen Zielen beschreibt die Bundesregierung TTIP auch als eine große Herausforderung (G/R/2014a: 22). Das liege unter anderem daran, dass solch ein grundlegendes Handelsabkommen auch die demokratische Legitimation des Europäischen Parlaments sowie der nationalen Parlamente benötige, aber gleichzeitig die Verhandlungen nicht öffentlich transparent genug seien (ebd.: 9). Als 2016 die Verhandlungen immer langsamer voranschreiten, vergleicht Gabriel TTIP mit dem Märchen von des Kaisers neuen Kleidern: „Alle Befürworter rufen Oh und Ah, in Wirklichkeit ist der Kaiser aber ziemlich nackt. Denn nach drei

Jahren und 14 Verhandlungsrunden sind EU-Kommission und US-Seite bei den wirklich wichtigen Themen keinen Schritt vorangekommen“, weswegen der Wirtschaftsminister einen Erfolg von TTIP für unwahrscheinlich halte (G/I/2016b: 34). Die Kanzlerin wiederum halte auch 2017 die Verhandlungen nicht für gänzlich verloren: „Auch ein transatlantisches Abkommen bleibt für mich auf der Tagesordnung“ (M/R/2017b: 32).

Neben dem Freihandelsabkommen mit den USA beschäftigen sich die Mitglieder der Bundesregierung in ihren Beiträgen auch mit den **Zielen und Herausforderungen für CETA**. So fordern sie, weil Europa seinen Markt schon geöffnet habe, dass Kanada das Gleiche tun soll (G/I/2016b: 29). Im Gegensatz zu den AmerikanerInnen seien die KanadierInnen auch zu besseren Vereinbarungen bereit, wie etwa der Abschaffung privater Schiedsgerichte, Einhaltung von Standards bei öffentlichen Ausschreibungen und dem Vorsorgeprinzip (G/I/2016b: 22). Ein erfolgreicher Abschluss von CETA sei somit von herausragender Bedeutung, denn wie würde die Welt auf Europa blicken, wenn die Verhandlungen scheitern würden, fragt sich Gabriel: „Niemand würde uns Europäer mehr ernst nehmen, wenn wir nicht mal mit Kanada klar kämen“ (G/I/2016b: 15).

Weil die ‚alten‘ Handelsabkommen keine waren, „die uns wirklich gleiche Chancen, gleiche Möglichkeiten gegeben haben und die menschliche Gestaltung der Globalisierung auch in anderen Teilen der Welt möglich gemacht haben“ (M/R/2016: 61), betont die Bundesregierung die Bedeutung von TTIP und CETA als **neue Art von Abkommen**. Es gehe mit diesen nicht mehr bloß um klassische handelspolitische Themen, wie das Absenken von Zöllen, sondern auch um Standards und um Themen wie VerbraucherInnen- und Umweltschutz (M/R/2015b: 41). Das mache die Verhandlungen und Abkommen sehr viel komplizierter, weil neben den klassischen Handelsfachleuten andere ExpertInnen miteinbezogen werden müssen (M/R/2015a: 27). Es Sorge auch dafür, dass im Kontext von TTIP die öffentliche Debatten weitaus heftiger und die demokratische Beteiligung durch die Parlamente um einiges intensiver seien als bei allen bisherigen Handelsabkommen (M/R/2015a: 8). Im Fall von CETA betont die Bundesregierung, dass dieses nicht bloß ein progressives Abkommen sei (G/R/2016a: 22), welches mehr Transparenz und Rechtsstaatlichkeit enthalte als alte Investitionsschutzabkommen (Ma/I/2015: 31). Es sei

zudem „wahrscheinlich das beste und fortschrittlichste Handelsabkommen, das die EU jemals ausgehandelt hat“ (St/R/2016: 41).

Neben den klassischen handelspolitischen Aspekten beschreibt die Bundesregierung in ihren Beiträgen, was sie mit den transatlantischen Freihandelsabkommen bezwecken möchte: Sie will mit **TTIP und CETA die Globalisierung gestalten**. In einer Zeit, die von einem „dramatisch verändernden Welthandel“ (G/R/2015: 11) geprägt sei, gehe es der Bundesregierung darum, globale Normen für Handelspolitik zu setzen (F/R/2014: 4). Jedoch sei es unwahrscheinlich, „Spielregeln in der Weltwirtschaft“ zu erreichen, sollten diese nicht in einem Handelsabkommen mit den USA zustande kommen (G/R/2014a: 16). Vor allem die Möglichkeit, dass letztere mit pazifischen Ländern statt mit Europa Abkommen abschließen „ist doch für unseren Kontinent keine gute Aussicht“ (M/I/2016: 89). In diesem Sinne schenkt die Bundesregierung den multilateralen Foren nur noch wenig Zuversicht auf grundlegende handelspolitische Fortschritte, betont jedoch, dass die bilateralen Verhandlungen zwischen USA und Europa keineswegs hinderlich für multilaterale Verhandlungen in der WTO seien (G/R/2014a: 20; M/R/2014: 37,46). Die BürgerInnen Europas und Amerikas haben nun „die Chance, die Standards für die restliche Welt – für China, Afrika, Südamerika – zu setzen, die dann dort befolgt werden müssen“ (F/R/2014: 4). Denn weil Normen die „Sprache des Welthandels“ seien, könne diejenigen, die die Normen setzen, den Welthandel maßgeblich beeinflussen (F/R/2014: 4). Diese Normen können auch als „Reisepässe für Waren und Güter“ gesehen werden, und: „Wir, die Europäer, und die Amerikaner können diejenigen sein, die die Reisepässe ausstellen“ (F/R/2014: 4).

Als die Verhandlungen zu TTIP ins Stocken geraten, richtet die Bundesregierung den Fokus in ihren Beiträgen zunehmend auf CETA. Dieses gebe der Globalisierung gute Regeln (G/I/2016b: 22; Z/R/2017: 11) und entspreche als neuer Typ von Handelsabkommen „all den Anforderungen, die wir an Globalisierung stellen“ (M/R/2016: 64).

5.1.5 Öffentlicher Diskurs

Die Bundesregierung zeichnet größtenteils kein positives **Bild des Diskurses** zu Freihandel. So beschreibt sie diesen als grundsätzlich mit Ängsten und Hysterie unterfüttert (S/I/2014: 34).

Gleichzeitig basieren die Argumente der GegnerInnen von TTIP bzw. CETA auf Unwissen oder seien irreführend und die Art, wie diskutiert wird, sei „holzschnittartig, schwarz und weiß“ (F/R/2014: 4). Es sei der Regierung klar, dass der Grund für die starke Kritik an TTIP und CETA darin liege, dass es in den Freihandelsabkommen nicht nur um klassische Freihandelsthemen gehe (G/R/2014a: 16). Aber gleichzeitig gebe es schon seit Jahrzehnten „einen starken Ruf danach, globalisierte Weltwirtschaft auch sozusagen Regeln zu unterziehen“ (ebd.). Statt also über die Inhalte der Abkommen, diskutiere die Öffentlichkeit Themen, die nichts mit den Gegenständen der Verhandlungen zu tun haben (M/R/2015a: 13) und zu irreführenden Symboliken führen: „Monatelang hat Deutschland über ein Chlorhuhn debattiert, das gar nicht Gegenstand dieses Handelsabkommens ist“ (G/R/2014b: 35). Vielmehr solle über den Erfolg der deutschen Firmen und den Nutzen eines transatlantischen Freihandelsabkommens gesprochen werden: „Wir sollten einmal an unsere Interessen in diesem Zusammenhang denken, an die Frage, woher unser Wohlstand kommt und wie er erwirtschaftet wird“ (M/R/2015a: 12).

Die Bundesregierung betont, dass noch kein bisheriges Freihandelsabkommen so viel öffentliche Aufmerksamkeit erfahren und so heftige Diskussionen generiert habe wie TTIP (M/R/2015a; M/R/2015b). Dabei haben Themen wie Investitionsschutz „in der deutschen Öffentlichkeit viele Jahre lang eigentlich niemanden interessiert“ (M/R/2015a: 29). Im Diskurs herrsche grundsätzlich zu viel Unwissenheit: „Kürzlich bat mich ein Mann auf der Straße, doch noch Nein zu CETA zu sagen. Auf die Frage, ob er weiß, was in dem Text steht, sagte er mit entwaffnender Offenheit: Nein. Er plädiert dafür, CETA abzulehnen, weiß aber gar nicht was drinsteht“ (G/I/2016b: 36). Dies sei der Grund, warum nicht rational diskutiert werde, sondern sich GegnerInnen und BefürworterInnen ihre Argumente vorhalten ohne einander zuzuhören (G/R/2014a: 9).

Ihre eigene offizielle Position ändert die Bundesregierung während der Legislaturperiode nicht. Sie bleibt pro-TTIP und pro-CETA, was auch in ihre **Kritik an den Gegnern** der Freihandelsabkommen mündet: Im Gegensatz zu ihnen sei die Bundesregierung der Ansicht, dass man über das Thema eine „ganz rationale und gelassene Debatte führen kann“ (G/R/2014b: 22). So brüskiert sich Friedrichs über den „Unfug“, der von FreihandelsgegnerInnen behauptet werde (F/R/2014: 4). Auch die Bundeskanzlerin wundert sich, dass diejenigen, die in der Vergangenheit gegen einfache Zollabkommen protestierten, weil diese Umwelt- und Sozialstandards nicht

berücksichtigt haben, nun genauso lautstark gegen die Freihandelsabkommen demonstrieren, die dies täten (M/R/2016: 64). „Viele bekommen fast glänzende Augen, wenn sie von einer Freihandelszone von Wladiwostok bis Lissabon reden. Nur mit Amerika wollen sie sie nicht. Irgendetwas kann hier nicht richtig sein“, befindet Schäuble (Sch/R/2016: 30). In diesem Diskurs, der von Unwissenheit und Hysterie geprägt sei, solle stattdessen „deutlich aber unaufgeregt“ (Ma/I/2014: 36) verhandelt werden. Die FreihandelsgegnerInnen sollen aus dem Diskurs „doch nicht immer eine Debatte über die Frage des Untergangs des Abendlandes“ machen (G/R/2015: 14).

Neben der Kritik an den GegnerInnen und dem Unverständnis für die gegnerischen Argumente zeigt die Regierung auch **Verständnis mit der Bevölkerung**. Sie nehme die Angst um die sozialen und ökologischen Standards innerhalb der Bevölkerung wahr (M/I/2015: 51) und könne die Sorgen um die Kulturgüter nachvollziehen (Gr/I/2016: 19). Diese Ängste liegen zu einem großen Teil daran, dass viele Menschen das Gefühl haben, wegen der Globalisierung „abgehängt“ zu sein (St/R/2016; G/I/2016b: 25): „Wir leben in widersprüchlichen Zeiten. Es geht uns in Deutschland gut; das ist den Menschen auch bewusst. Wirtschaftlich geht es uns so gut wie nie zuvor. [...] Dennoch und zugleich machen sich viele Menschen in unserem Land Sorgen um die Zukunft. Sie fragen sich, ob es uns auch weiter gut gehen wird“ (Sch/R/2016: 7).

Es müsse in Deutschland also eine „aufgeklärte Diskussion über Freihandel“ (G/R/2014b: 35) geführt werden – die **Bevölkerung benötige Aufklärung**. Vorurteile zu den Freihandelsabkommen können nur abgebaut werden, indem die Öffentlichkeit umfassend informiert werde (G/I/2015: 18). Es sei zudem wichtig, „dass wir diese Sorgen ernst nehmen und die richtigen Antworten finden“ (M/R/2017b: 16). Doch die Chance eines transatlantischen Freihandelsabkommens müsse genutzt werden: „Verpassen wir diese Chance, indem wir eine zum Teil hysterische Debatte um diese Dinge zu [sic] führen, werden uns vermutlich unsere Kinder verfluchen“, befürchtet Gabriel (G/I/2014b: 55). In Bezug auf die Globalisierung müsse die Bevölkerung also über ihre Möglichkeiten aufgeklärt werden, welche im Grunde genommen nur zwei seien: „Entweder folgt man dem spontanen Schutzreflex und schottet sich ab, oder aber, das

ist die Alternative, man nimmt die Herausforderung an und gestaltet den Wandel mit. Vor diesen Optionen stehen wir.

5.2 Wahrnehmungsebenen

Aus den analysierten Beiträgen und deren Einteilung in Ober- und Unterkategorien lassen sich drei Ebenen erkennen, auf welchen die Bundesregierung ihre Wahrnehmung von Deutschland als handelspolitischer Akteur beschreibt: die globale, regionale und innenpolitische Ebene. In der Empirie haben diese Ebenen *fuzzy borders* – sie überlappen sich und können nur in der Theorie strikt voneinander getrennt werden. Dennoch umschließen sie die hier dargelegten empirisch verankerten Kategorien und rahmen somit das Rollenkonzept Deutschlands als handelspolitischer Akteur ein.

Auf der globalen Ebene nimmt die Regierung Europa als eigenständigen Akteur wahr, der in Beziehung zu anderen Staaten und Regionen steht. Im Kontext von Handelspolitik sind dies vor allem die USA, Kanada, Asien und China. Es fällt auf, dass die Begriffe „Europa“ und „Europäische Union“ meist vermischt werden und in der Regel gleichbedeutend sind. Auf der regionalen Ebene nimmt die Regierung Deutschland als handelspolitischen Akteur innerhalb der EU wahr. Hier beschreibt die Regierung vor allem die Rolle der Bundesrepublik in Europa und ihre Wahrnehmung über das Wesen der EU-Institutionen. Es ist wichtig zu erkennen, dass die globale und regionale Ebene sich in den Beiträgen oft überlappen. Zum Beispiel spricht die Bundesregierung mal von den deutsch-chinesischen, mal von den europäisch-asiatischen, dann wieder von den deutsch-asiatischen oder den europäisch-chinesischen Handelsbeziehungen. In diesem Sinne vermischen sich auch hier die Konzepte „Europa“ bzw. „EU“ und „Deutschland“. Auf der innenpolitischen Ebene beschreibt die Bundesregierung vor allem ihre Wahrnehmung der FreihandelsgegnerInnen und deren Einfluss auf die Bevölkerung.

5.3 AkteurInnen und Themen

Aus den Beiträgen lässt sich zudem schließen, welche AkteurInnen und Themen für die Bundesregierung der 18. Legislaturperiode im Kontext von Handelspolitik von zentraler Bedeutung waren. Gleichzeitig lässt sich erkennen, welche AkteurInnen und Themen in der Regel *nicht* erwähnt werden. Dies ist notwendig, um verstehen zu können, wie die Regierung Deutschland als handelspolitischen Akteur konzipiert. Den drei Wahrnehmungsebenen folgend, kann dies auf globale, europäische sowie innenpolitische AkteurInnen und Themen unterteilt werden.

Auf der globalen Ebene werden Staaten, Regionen und internationale Organisationen genannt, wobei vorwiegend die USA, China und Kanada erwähnt werden. China dominiert die Beiträge der Bundesregierung über Asien. Sporadisch werden die Freihandelsabkommen mit Japan und Südkorea sowie in Nebensätzen Länder wie Indien und Indonesien erwähnt. Dass Vietnam in Relation zu den anderen Staaten in der Region vergleichsweise oft erwähnt wird, darf nicht missinterpretiert werden. Diese Verzerrung liegt an der Fallauswahl, da einer der analysierten Beiträge ein Interview mit Gabriel in einer vietnamesischen Zeitung ist. Andere Staaten, die Handelsabkommen mit der Europäischen Union haben, werden nur selten erwähnt. Dies zeigt, dass sie aus Sicht der Bundesregierung für den öffentlichen Diskurs zu Handelspolitik kaum von Relevanz waren. Besonders auffallend ist, dass neben Südafrika kein anderes afrikanisches Land erwähnt wird. Dies ist interessant, da die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) aus handelspolitischer Sicht eine besondere Rolle spielen. Im öffentlichen Diskurs in Deutschland scheinen sie jedoch im Vergleich zu transatlantischen Handel und den Beziehungen zu Asien kaum relevant zu sein. Überhaupt werden neben TTIP und CETA, welche die handelspolitischen Ausführungen deutlich dominieren, bis auf NAFTA und TPP kaum andere Freihandelsabkommen erwähnt. Die Regierung äußert sich lediglich einmal, in einem Beitrag des Entwicklungsministers Müller (Mü/R/2014), zu den afrikanischen EPA. Auch Lateinamerika wird im Kontext von Handelspolitik nur sporadisch erwähnt.

In Bezug auf das Thema Multilateralismus ist es interessant aufzuzeigen, welche internationalen Organisationen auf welche Art in den Beiträgen vorkommen. Es lässt sich festhalten, dass der Internationale Währungsfond, die Weltbank und die OECD fast nicht erwähnt werden. Das gleiche gilt für die Vereinten Nationen. Im Gegensatz dazu kommen die WTO, G7 und G20 in relativ vielen Beiträgen vor. Bis auf ASEAN werden andere regionale Organisationen, mit welchen

die EU handelspolitische Beziehungen pflegt, wie etwa ECOWAS oder SADC, in keinem Beitrag erwähnt.

Auf der regionalen Ebene fällt auf, dass trotz der häufigen Erwähnung von Europa und der EU andere Mitgliedstaaten nur selten konkret beschrieben werden. Am ehesten wird die Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich dargestellt. Rumänien und Bulgarien werden nur an einer Stelle als Beispiele für Länder mit schlechten Investitionsschutz erwähnt. Der Großteil der restlichen EU-Mitglieder wird dagegen nur als Ganzes unter der Kategorie „Europa“ erwähnt. Auf den Kontinent bezogen werden lediglich Russland und die Ukraine beschrieben, meist im Kontext des Ukraine-Konfliktes.

Auf der innenpolitischen Ebene wird einerseits von der Zivilgesellschaft als Ganzes gesprochen, andererseits erwähnt die Regierung auch die Bedeutung von Städten und Gemeinden. Besonders auffällig ist der Fokus auf jene gesellschaftlichen Gruppen, die laut der Bundesregierung von TTIP bzw. CETA profitieren würden: ArbeitnehmerInnen, KonsumentInnen, DienstleisterInnen, KünstlerInnen, Familien, klein- und mittelständische Unternehmen. Die Streitthemen, welche den öffentlichen Diskurs zu TTIP und CETA auszeichnen, werden von der Regierung durchaus aufgenommen. So äußert sie sich teilweise zu Transparenz, Investitionsschutz, Standards und Regulatorische Kooperation. Es fällt jedoch auf, dass sie nicht besonders tief auf die Argumente der transatlantischen FreihandelsgegnerInnen eingeht, sondern deren Kritik als hyperemotional und unvernünftig denunziert.

6. Datenanalyse

Im Folgenden werden aus den in Kapitel 5 beschriebenen Inhalten und Wahrnehmungsebenen jene Metaphern expliziert, welche die Wahrnehmung der Bundesregierung von Handelspolitik wesentlich strukturieren. Im Laufe der Forschung konnten dabei zwei dominierende Metaphernsysteme festgestellt werden, die beide mit einer Reihe von weiteren Metaphern verknüpft sind. Das erste System baut auf der Leitmetapher **HANDEL IST WETTKAMPF** auf. Diese Metapher bündelt den größeren und offensichtlichen Teil der Ausführungen der Bundesregierungen zu Handelspolitik. Das zweite System umfasst die Leitmetapher **HANDEL IST KRIEG**. Die Metaphern dieses Systems sind weniger offensichtlich, doch ihre Implikationen für Handelspolitik sind weitaus tiefgreifender. Denn die Wahrnehmung von Handel als Krieg impliziert gravierendere Auswirkungen, als die Wahrnehmung von Handel als Wettbewerb. Beide Systeme sind letztendlich reziprok miteinander verknüpft, denn ihre Metaphern zeigen sich meist als zwei Perspektiven auf die gleiche Sache. Wie eine Medaille zwei Seiten hat, können die Metaphern des Systems 2 als Pendant zu den Metaphern des System 1 gesehen werden.

Bevor in 6.2 mithilfe von Beispielen veranschaulicht wird, wie die zwei Metaphernsysteme die außenpolitische Wahrnehmungsebene der Bundesregierung strukturieren, werden unter 6.1 die Konzepte Wettkampf und Krieg in ihrer idealtypischen Form erläutert. Dabei werden auch typische Formulierungen vorgestellt, wie sich diese Konzepte in konventionalisierter Sprache abbilden. Weil die aus den Daten entwickelte Oberkategorie *Öffentlicher Diskurs* vor allem die innenpolitische Ebene betrifft, wird in 6.3 ein kurzer Übersicht über die wahrgenommenen Rollen der innenpolitischen AkteurInnen gegeben. Im Zentrum dieser Arbeit steht jedoch nach wie vor die Frage, wie die Bundesregierung Deutschlands Rolle auf der regionalen und globalen Ebene konzipiert. Aus diesem Grund werden in 6.4 die aus den Metaphernsystemen abgeleiteten Rollen von Deutschland als handelspolitischer Akteur dargelegt.

6.1 Die Konzepte Wettkampf und Krieg

Zunächst kann festgehalten werden, dass die idealtypischen Konzepte Wettkampf und Krieg miteinander verwandt sind, da sie einige Begriffe und Ausdrücke teilen. So treten in einem idealtypischen Wettkampf mindestens zwei *GegenspielerInnen* an. Man kann seine Mannschaft *aufstellen* und sie *Spielzüge* ausführen lassen. In vielen Formen des Wettkampfes können die GegenspielerInnen einander *angreifen* oder sich *verteidigen*. Ein Wettkampf endet in der Regel mit einem *Sieg*, einer *Niederlage* oder einem *Unentschieden*. Auch in einem Krieg stehen sich mehrere *Feinde* gegenüber. Man kann seine *Truppen aufmarschieren* lassen, sie *Manöver durchführen* lassen oder sie *schützen*, indem sie eine *Verteidigungsposition* einnehmen. Ein idealtypischer Krieg endet in der Regel mit einem *Sieg* über den Feind, einer *Niederlage*, einer *Kapitulation* oder einem *Waffenstillstand*. Ein markanter Unterschied zwischen den beiden Konzepten liegt im jeweiligen Ziel. Denn während es bei einem Wettkampf in der Regel um *Gewinnen* geht, ist das Ziel von Krieg *Überleben*. Das Hauptkriterium der Unterscheidung zwischen beiden Konzepten liegt somit im Umgang mit Gewalt. Wie der Begriff *Kämpfen* schon verdeutlicht, ist Gewalt zwar nicht zwingend und vollständig aus dem Konzept Wettkampf verbannt. Dennoch unterliegt es typischerweise einem mehr oder minder ausführlichen Regelwerk, welches gegebenenfalls durch SchiedsrichterInnen durchgesetzt wird. Im Konzept Krieg steht Gewalt jedoch im Zentrum der Tätigkeit und kann bisweilen ins Grenzenlose ausufern. In diesem Sinne kann die Verwandtschaft der Konzepte auch dadurch erklärt werden, dass Wettkampf einen Schaukampf darstellt, also einen Schein-Krieg, in welchem die für Krieg typische ausufernde Gewalt eingeschränkt wird. Welche Auswirkungen die metaphorische Konzipierung von Handel als Wettkampf bzw. Krieg haben wird im Folgenden erläutert.

6.2 Außenpolitische Wahrnehmungsebene

6.2.1 Metaphernsystem 1: Handel ist Wettkampf

Im Zentrum des ersten Systems steht die Leitmetapher **HANDEL IST WETTKAMPF**, welche sich in den Beiträgen durch die metaphorischen Konzipierungen der Oberkategorien – Europa, Asien, transatlantischer Handel, öffentlicher Diskurs – zusammensetzt.

Die Beschreibung durch Raummetaphern ist wesentlich für die Ausführungen der Bundesregierung zu Europa: Es sei der größte Handelsraum der Welt (G/R/2016a: 10); er habe *hohe* Standards (ebd.) und ruhe auf dem gemeinsamen Wertefundament der EU-Mitglieder (M/R/2015b: 28); dieser europäische Wirtschaftsraum müsse *stabilisiert* werden (G/R/2014a: 27); ein gemeinsamer digitaler Binnenmarkt müsse *aufgebaut* werden (M/R/2017b: 60); handelspolitische Entscheidungen werden von *höchster Stelle in* Europa erklärt (F/R/2014: 4); ein Problem seien die US-Zölle auf Exporte *aus* Europa (G/R/2014a: 14) et cetera. Diese räumliche Wahrnehmung Europas drückt sich in der Metapher **EUROPA IST EIN GEBÄUDE** aus. Dies impliziert spezifische Rahmenbedingungen. So besitzt ein Gebäude in der Regel Mauern und Wände; es steht auf einem Fundament; es hat vielleicht auch Türen, Fenster und unterschiedliche Räume; es kann stabil sein und Schutz geben; es kann aber auch durch Witterung oder menschlichen Einfluss zu Bruch gehen, was die BewohnerInnen zu Obdachlosen machen würde; et cetera. Durch die Metapher **EUROPA IST EIN GEBÄUDE** versucht die Bundesregierung somit einerseits ihre Politik zu veranschaulichen und zu legitimieren. Gleichermäßen gibt sie dadurch den Rahmen der politischen Handlungsmöglichkeiten vor.

Zusammen mit der Gebäudemetapher durchzieht auch die Metapher **EUROPA IST EINE PERSON** die Beiträge: Europa *habe Erfolg und Ziele*, aber es dürfe sich nicht *mit sich selbst zufrieden geben* (G/R/2015: 26); Europa müsse *attraktiver* gemacht werden (Sch/R/2016: 17) und *stark sein* (G//2016a: 90); es müsse *selbstbewusst* auftreten (G//2016b: 40); mit einer Stimme *sprechen* (G/R/2017: 23), dürfe nicht die großen Fragen *unbeantwortet lassen* (G//2017: 12) und könnte sogar seine *Stimme verlieren* (G/R/2015: 19); Europa *stehe* vor riesigen Herausforderungen (M/R/2015b: 29); et cetera. Zum einen schafft die Bundesregierung mithilfe der Metapher **EUROPA IST EINE PERSON** einen personifizierten Bezug für das Publikum, mit dem dieses sich identifizieren kann.

Zum anderen unterstreicht die Personifikation die Vorzüge, welche der Regierung zufolge eine Union der EU-Mitglieder mit sich bringt. Gleichzeitig situiert diese Metapher die **PERSON EUROPA** in einer Welt, in welcher der Kontinent *sich behaupten muss* (Z/I/2017a: 42). Diese zwei Metaphern zeigen eine Wahrnehmung von Europa, die mit Heimat und Schutz sowie mit Persönlichkeit und Intimität verbunden ist. Europa wird in den Beschreibungen zu einem Ort, mit dem sich das Publikum persönlich verbunden fühlt. Mehr als ein pragmatischer Wohnort ist Europa die Stätte, in der man zuhause und beheimatet ist. Schlussendlich bündeln sich diese Metaphern zu Europa somit in der Leitmetapher, welche die Ausführungen zum europäischen Kontinent strukturieren: **EUROPA IST EINE HEIMSTÄTTE.**

Wie in Kapitel 6 dargelegt, stehen die Globalisierung und ihre Auswirkungen auf die internationale Ordnung im Zentrum der Beiträge. Strukturiert werden diese durch die Metaphern **GLOBALISIERUNG IST EIN NATURPHÄNOMEN** und **GLOBALISIERUNG IST EIN OBJEKT**, welches sich immer schneller bewegt: Die Globalisierung sei so unausweichlich *wie das Wetter von morgen* (G/I/2016a: 80); die *tektonischen Platten* der Weltpolitik *verschieben sich* (St/R/2016: 14); das Umfeld Europas *wandele sich* dramatisch (M/R/2015b: 7); die Globalisierung *habe eine hohe Geschwindigkeit* (M/R/2017b: 7); die Welt, in der sich Europa befindet, werde zu einem immer schneller drehenden *Brummkreisel* (G/R/2017: 10) und die globalisierten Märkte zu einem *Innovationsschwungrad* (Sch/R/2016: 9). Mithilfe dieser Metaphern erklärt die Bundesregierung, welche Gefahr von der Globalisierung für das **GEBÄUDE EUROPA** ausgeht: *Die Fliehkräfte zerran an der Europäischen Union und vieles, was vertraut geworden ist, geht zu Bruch* (St/R/2016: 14). Gleichzeitig überlappen sich diese Raum- und Objektmetaphern mit der Metapher **GLOBALISIERUNG IST EINE PERSON** und beschreiben die Gefährdung für die **PERSON EUROPA**: Die *Kräfteverhältnisse* der Weltordnung verschieben sich (M/I/2017: 17); es bestehe die *große Gefahr*, dass Europa *massiv unter Druck* gerät, wenn es nicht die Globalisierung mitgestalte (G/I/2016b: 31); Deutschland und Europa werden sich vielleicht *beugen* und anderen Standards *unterordnen* müssen (G/I/2016b: 17). Doch die metaphorische Konzeption der Globalisierung wirkt nicht ausschließlich bedrohlich. Denn der **PERSON EUROPA** stehen auch Chancen offen, sich an sie *anzupassen* und sie sogar zu *gestalten* – falls sie sich *auf sie einlasse* (M/R/2017b: 17f). Hierfür müsse Europa sich *an die Spitze der Bewegung setzen* (Z/I/2017b: 24); der transatlantische

Freihandel müsse mit dem pazifischen *Schritt halten* (M/I/2015: 55); Europa müsse *aufpassen*, dass es nicht *den Anschluss verliere* und *zurückfalle* (Sch/R/2016: 17). Egal ob Europa als Person konzipiert wird, die nicht abgehängt werden darf oder als Gebäude, das der Witterung durch das Naturphänomen Globalisierung widerstehen muss – all diese Formulierungen lassen sich mit der Leitmetapher verknüpfen, welche die Globalisierung in *Gewinner und Verlierer teilt* (Sch/R/2016: 9): **GLOBALISIERUNG IST EIN WETTLAUF.**

Auch dieser Wettlauf wird durchaus ambivalent betrachtet, denn die Globalisierung und andere Staaten werden nicht nur negativ beschrieben. Dennoch wirken viele der Formulierungen direkt und indirekt wie Bedrohungsszenarien. Wenn die Bundesregierung zum Beispiel fordert: „Wir sollten keine Angst haben“ (G/I/2014b: 61), impliziert sie, dass es durchaus einen Grund gebe Angst zu haben. Wenn sie betont, „dass nicht nur wir, die Europäische Union, Freihandelsabkommen verhandeln“ (M/R/2015a: 16), ohne konkret zu nennen, wen sie damit meint, konstruiert sie die Existenz klandestiner HerausforderInnen, die durch ihre Anonymität umso bedrohlicher wirken.

Weil nur Asien als einziger nicht-westlicher Kontinent relevante Aufmerksamkeit erfährt, kommt diesem im System 1 eine besondere Bedeutung zu. Zunächst fällt auf, dass im Großteil der Beiträge die Bundesregierung Asien anhand räumlicher Metaphern als Raum oder Bereich strukturiert: Entwicklungen *in* Asien werden als gute Beispiele für die Chancen der Globalisierung genannt, andererseits streben *aus* Asien neue Mächte – also neue GegenspielerInnen – empor. Insgesamt wird deutlich, dass die Bundesregierung Asien als Pendant zu Europa und den USA wahrnimmt, weswegen die Metaphern des Systems 1 in mittelbaren Kontext miteinander gesetzt werden müssen. Wenn also Europa und Deutschland *richtige* und *hohe* Standards besitzen (Z/R/2017: 13); M/R/2015a: 26); wenn sie *modern* und *entwickelt* sind (M/R/2015: 7) und um ihre Erfolge *beneidet* werden (St/R/2014: 57); wenn in der Welt nur die EuropäerInnen gleichzeitig *Freiheit, Verantwortung und Solidarität anbieten* können (G/R/2017: 23); wenn sie, im Gegensatz zu anderen, grundsätzlich *auf gerechten, nachhaltigen und fairen Handel setzen* (Mü/R/2014: 16,22); wenn die europäische und US-amerikanische Bevölkerung sich durch besonderen *Fleiß* und *Disziplin* auszeichnen (M/R/2015a: 38); wenn die Wertschöpfungskette in Deutschland im Gegensatz zu vielen anderen Ländern der Welt *komplett erhalten* geblieben ist; wenn die *Offenheit* Deutschlands und Europas betont wird (G/R/2016b: 30) – dann impliziert dies eine fast

antagonistische Wahrnehmung Asiens und des Nicht-Westens. Während der europäische Kontinent als ein Raum der Stabilität, Ordnung, Offenheit und Tugend konstruiert wird, bedeutet dessen Gegenteil einen Raum der Ungewissheit, Unordnung, Geschlossenheit und Tugendlosigkeit. Tatsächlich wirkt das Umfeld Europas bedrohlich (M/R/2015b: 7); dort seien die sozialen, ökologischen und ökonomischen Standards *schlechter* (G/I/2016a: 62); die dortige Rechtsordnung biete oft *nicht ausreichend Schutz* (G/R/2014a: 18); Europäer sehen sich *unfairen und aggressiven* Handelspraktiken gegenüber (G/R/2016b: 45); weltweit *wachsen Widerstände* gegen Freihandel; Märkte *verschließen sich* (G/R/2016b: 44) et cetera. Mit dieser antagonistischen Wahrnehmung wird die **PERSON ASIEN** schließlich zum **GEGENSPIELER** der **PERSON EUROPA**. Gleichzeitig wird das Umfeld der **HEIMSTÄTTE EUROPA** zu einem ungebändigten, bedrohlichen Gebiet. Hier zeigt sich somit die Leitmetapher **ASIEN IST WILDNIS**, welche die Beiträge wesentlich strukturiert.

Zusammen mit der Regellosigkeit der Globalisierung stellt die Unordnung Asiens eine Bedrohung für Europa dar, welche sogar *zur Katastrophe führen* könne (G/R/2016a: 13). Doch wenn Asien und der Rest der Welt als eine Wildnis wahrgenommen werden, bietet diese theoretisch auch Möglichkeiten, denn das Wilde kann gezähmt und beherrscht werden – ihm können *gute Regeln gegeben werden* (G/I/2016b: 22; Z/R/2017: 11). Gemeinsam mit seinen PartnerInnen sei es somit die Aufgabe Europas, *vernünftige Spielregeln* für die Globalisierung zu finden (St/R/2016: 38). An dieser Stelle entblößt sich die Ansicht der Bundesregierung, dass Deutschland und Europa gegenüber den übrigen Staaten der Welt einen führenden Zugang zu Vernunft, Rationalität, Moral und Werten besitzen. Dadurch kommt den EuropäerInnen eine zivilisatorische Erziehungsrolle zu, die sich auch in den Beiträgen zeigt: So rügt die Bundesregierung, wenn sie fordert, dass die globalisierte Welt noch *lernen* müsse, den gleichen Spielregeln zu *folgen* (G/R/2016b: 3); an anderer Stelle lobt sie, weil ein Land mit Liberalisierungsschritten *den richtigen Weg eingeschlagen* habe (G/I/2014a: 11); woanders wiederum *motiviert* sie asiatische Unternehmen, in Europa zu investieren (G/I/2014a: 7). Doch die zu erziehenden Staaten der Welt sind keinesfalls ungefährlich für Europa und Deutschland. Wenn Gabriel seine ZuhörerInnen auffordert, „nach Osten zu schauen“ (G/R/2017: 16), um die von dort *aufstrebenden* Mächte zu sehen, welche größere Teilhabe *beanspruchen*, konstruiert er eine Distanz und Fremdartigkeit, welche ein Bedrohungsgefühl auslösen. Schließlich erscheinen die Staaten aus diesem fernen und

fremden Osten wie HerausforderInnen, welche im **WETT LAUF GLOBALISIERUNG** gegen Europa und Deutschland antreten. Und tatsächlich: die Europäer werden *weniger*, die anderen werden *mehr* (G/R/2017: 23); während die Industrieländer von der Finanz- und Wirtschaftskrise *geschwächt* worden seien, *wachse* das Gewicht der Schwellenländer (M/R/2014: 24); sie *beweisen Ambitionen* und *schließen* auf (G/R/2016b: 6); sie *blockieren* die Verhandlungen in der WTO (G/R/2015: 11) oder *verwehren* deutschen Unternehmen Marktzugangsmöglichkeiten (G/R/2014b: 28).

Der wichtigste dieser HerausforderInnen ist China, welchem in den Beiträgen eine besondere Rolle zukommt. Wo die Volksrepublik früher nur die *verlängerte Werkbank der Welt* war, habe sie nun einen oberen Platz in der Weltordnung *erobert* (G/R/2016b: 6). Hier drückt der metaphorische Wandel von **CHINA IST EIN OBJEKT** zu **CHINA IST EINE PERSON** die Anerkennung der Bundesregierung vor dem Aufstieg des chinesischen Staats aus. Doch die **PERSON CHINA** agiert nicht nur zum Wohlgefallen Deutschlands: Die Volksrepublik *baue* Überkapazitäten auf und *werfe* ihre Produkte zu Schleuderpreisen auf den Weltmarkt (G/R/2016b: 14); China *gehe* mit einer langen Liste von interessanten Unternehmen in Europa *auf Einkaufstour* (G/R/2016b: 30), *bremse* deutsche Firmen im eigenen Land *aus* (G/I/2017: 20); es *komme seinem Ziel näher* (G/R/2016b: 6); *belehre* Europa (M/R/2015a: 16) und sei nicht bereit, ein Verhandlungspartner *auf Augenhöhe* zu sein (G/I/2017: 20). In diesen Formulierungen zeigt sich die Leitmetapher **CHINA IST EIN GEGENSPIELER**, welche zusammen mit der Metapher **ASIEN IST WILDNIS**, aus welcher China *emporstrebt*, die Beiträge der Bundesregierung zu Handelspolitik mit Asien strukturiert. Die Regierung deutet auch die führende Rolle Chinas im **WETT LAUF GLOBALISIERUNG** an, denn dessen *Aktivitäten zeigen, wohin die Reise gehe* (M/R/2015b: 43).

Angesichts dieser Wahrnehmung von Globalisierung und Asien ist das Interesse Europas und Deutschland eindeutig: Man brauche internationale PartnerInnen, denn kein Land könne die Globalisierung allein *gestalten* (M/R/2017b: 18). Es ist offensichtlich, wer in den Augen der Bundesregierung der wichtigste *Partner* für Europa ist. So beschreibt die Regierung mit der Metapher **USA IST EINE PERSON** ihre dominierende Wahrnehmung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten: diese seien ein *verlässlicher Partner* (M/R/2014: 22); man *teile* die gleichen Werte, Ziele und Herausforderungen (G/R/2014a: 15; M/R/2014: 26) und könne *voneinander lernen* (F/R/2014: 4). Die Leitmetapher **USA IST EIN PARTNER** ist von wesentlicher Bedeutung, denn die

Beziehungen mit den USA seien für Europa von *überragender* Bedeutung (M/R/2015a: 38). In diesem Licht muss die an manchen Stellen formulierte Konzipierung der USA als Wettbewerber als zweitrangig betrachtet werden.

Auffällig ist jedoch die unüblich scharfe Kritik der Bundesregierung an der Handelspolitik der USA im Jahr 2017. Aus rollentheoretischer Perspektive lässt sich die Hypothese aufstellen, dass sich mit der Wahl der Trump-Administration ein Rollenwandel in den (handels)politischen Wahrnehmungen und Beziehungen zwischen Europa und den USA vollzogen hat. Die in der vorliegenden Arbeit analysierten Beiträge lassen diesen Schluss – zumindest für die 18. Legislaturperiode – nicht zu. Denn obwohl die Kritik der Bundesregierung an ihrem amerikanischen Partner durchaus schärfer wird, richtet sie sich weniger an die USA per se, sondern viel öfter direkt an den US-Präsidenten: Manche Überlegungen von *Trump* seien unvereinbar mit WTO-Regeln (Z/I/2017a: 15); deswegen könne man *Trump* dort verklagen (ebd: 20); *Präsident Trump und die amerikanische Administration* bewerten die Globalisierung anders als die Deutschen (M/I/2017: 17); *Trump* könnte einen Handelskrieg mit Asien und Südamerika beginnen (G/I/2017: 10) et cetera. Im Gegensatz dazu richten sich die Beiträge der vorherigen Jahre meistens an die USA als Ganzes und selten direkt an Präsident Obama. Somit lässt sich schlussfolgern, dass die Bundesregierung die komplizierten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten im Analysezeitraum weniger als grundsätzlichen Rollenwandel der USA wahrnimmt und [noch?] mit dem unüblichen Wesen der Trump-Administration begründet.

Kanada, welches zu Beginn der Legislaturperiode noch relativ wenig Aufmerksamkeit erhält, wird zum Höhepunkt der öffentlichen Diskussionen um CETA von der Bundesregierung als wichtiger Partner, sogar als quasi-Europäer beschrieben (G/I/2016b: 38). Tatsächlich wird Kanada an manchen Stellen sogar als wichtigster Partner Europas dargestellt (G/I/2016b: 22), was jedoch eher als rhetorisches Mittel und nicht als tatsächliche Wahrnehmung der transatlantischen Beziehungen betrachtet werden sollte. Die Leitmetaphern **USA IST EIN PARTNER** und **KANADA IST EIN PARTNER** strukturieren somit die Beschreibungen der Bundesregierung zu den transatlantischen Handelsbeziehungen. In diesem Sinne muss die **PERSON EUROPA** mit seinen **PARTNERN USA UND KANADA** zusammenarbeiten, um im **WETTlauf GLOBALISIERUNG** und gegen den **GEGENSPIELER CHINA** bestehen zu können.

6.2.2 Metaphernsystem 2: Handel ist Krieg

Um die Wahrnehmung von Handel als Krieg nachvollziehen zu können, werden zunächst einige Elemente des idealtypischen Konzepts Krieg in Erinnerung gebracht: In einem Krieg stehen sich mindestens zwei *feindliche* Parteien gegenüber; in der Regel *kämpft* man um *Herrschaft* über *Territorium*; man kann *angreifen*, eine *Position halten*, *Truppen aufmarschieren* lassen oder *Manöver* durchführen; man kann *Allianzen* und Militärkooperationen schmieden; man kann den Feind *besiegen*, *kapitulieren*, einen *Waffenstillstand* erreichen oder selbst *besiegt* werden; man kann im Krieg *überleben* oder *sterben*; et cetera.

Bereits in manchen Metaphern des System 1 lässt sich die Konzeption von Handel als Krieg indirekt erfassen. Denn wenn es darum geht, im Wettlauf der Globalisierung zu *bestehen* und sich in der Welt durch Handelspolitik zu *behaupten* (Z/II/2017a: 42) impliziert dies, dass auch das Gegenteil eintreten kann. Was nicht bestehen kann, *stirbt*. Was sich nicht *behauptet*, wird *enthauptet*. Die Globalisierung zu verlieren bedeutet somit, nicht nur ein Spiel, sondern seine Existenz zu verlieren. Die Wahrnehmung der Bundesregierung von Handelspolitik ist somit von der Vorstellung geprägt, dass Globalisierung auch eine Frage des Überlebens ist. Dies zeigt sich in ihren Ausführungen: Deutschland *lebe* vom Freihandel (G/R/2015: 26); Europa und insbesondere Deutschland *leben* von Offenheit (G/R/2014a: 24); Deutschlands Abhängigkeit von Freihandel sei seine *Achillesferse* (St/R/2014: 14); wer hohe Importzölle einführe, *schneide sich ins eigene Fleisch* (Z/II/2017b: 18); wer internationale Wertschöpfungsketten *durchtrennt*, *schade allen* (M/R/2017b: 30). Freihandel und Handelsflüsse werden somit zu überlebenswichtigen Adern, die man nicht durchschneiden darf. Auch andere indirekte Metaphern implizieren die Konzeption von Handel als Krieg: Wenn man das Ziel hat, den Welthandel als einen *friedlichen* Marktplatz (St/R/2015: 46) zu gestalten, impliziert dies, dass dieser auch kriegerisch verlaufen kann. Wenn es *zur Katastrophe komme*, sollten der Globalisierung keine Regeln gegeben werden (G/R/2016a: 13), beschreibt man eine lebensbedrohliche Situation. Weil jedoch weder Handel noch Wettkampf idealtypischerweise mit dem Konzept Überleben in Verbindung stehen, entblößt sich an dieser Stelle das Konzept Krieg. Dieser Wahrnehmung zufolge geht es bei Handelspolitik nicht mehr nur darum zu gewinnen, sondern zu überleben. Die Leitmetapher **HANDEL IST KRIEG** zeigt sich auch direkt durch kriegstypisches Vokabular. Zum Beispiel, wenn beschrieben wird, dass China sich *mit Innovation*

und Hightech einen oberen Platz in der globalen Wertschöpfung erobert habe (G/R/2016b: 6). Hier wird die Metapher **CHINA IST EIN EROBERER** begleitet von der Metapher **INNOVATION UND HIGHTECH SIND WAFFEN**, mit welchen sich die Volksrepublik seinen Platz erkämpft habe. Gleichzeitig werden in den Beiträgen Unternehmen implizit als Truppen konzipiert: sie müssen sich täglich am Markt behaupten (G/R/2014a: 14); sie haben mit hartem Gegenwind zu kämpfen (St/R/2014: 35); werden von anderen Staaten ausgebremst (G/R/2016b: 25) und getroffen (M/R/2015a: 31); die europäischen Unternehmen seien im globalen Vergleich klein (G/I/2014b: 27), weswegen Europa sie besser aufstellen müsse (St/R/2014: 18); ohne Unternehmen könne Europa die globalen Herausforderungen nicht bewältigen (St/R/2016: 33); man müsse den Investitionsschutz für seine Unternehmen sicherstellen (G/R/2014b: 18); et cetera. In diesem Kontext wird das Aufstellen von Unternehmen zum Truppenaufmarsch und ihre Förderung zur Aufrüstung. Gleichzeitig werden andere Staaten und deren Unternehmen als Gefährdung für Europa und Deutschland beschrieben (G/R/2016b: 41; Gr/R/2015: 28). Die europäischen Standards dienen deshalb zum eigenen Schutz, was immer wieder durch die Metapher **STANDARDS SIND MAUERN** beschrieben wird: man habe sehr hohe Standards (M/R/2015a: 25), sie seien viel höher, als die der anderen (ebd.) und sie werden nicht abgesenkt (M/R/2015b: 42) – Standards werden in diesem Sinne zu einem Mittel der Verteidigung gegenüber feindlichen AkteurInnen. Aber so wie Mauern gewartet werden müssen, müssen Standards sichergestellt (G/R/2014a: 18) und auch verteidigt werden (Gr/I/2015: 27). Dies verdeutlicht das handelspolitische Ziel der Bundesregierung. Eine ehrgeizige Handelspolitik der Europäischen Union sei notwendig, um die eigenen Unternehmen zum Erfolg zu führen (M/R/2015a: 14). In diesem Sinne wird – neben den Unternehmen als Truppen, den Standards als Mauern und den Waffen wie Innovation und Hightech – Handelspolitik als Militärstrategie konzipiert: Freihandel sei die beste Marschrichtung, während Abschottung stets zu Verlusten führe (M/R/2017a: 19); Europa müsse schnell an einer neuen Asienstrategie arbeiten (G/I/2017: 10); China habe die Absicht, sich strategische Schlüsseltechnologien anzueignen (G/R/2016b: 30); geplante Freihandelsabkommen haben strategische Bedeutung (G/I/2014a: 9). In Anbetracht der idealtypischen Elemente des Konzeptes Krieg sind die Parallelen erkennbar. Denn um einen Krieg gewinnen zu können, muss man seine Truppen aufstellen und bewaffnen, sich und seiner Armee Verteidigungspositionen ermöglichen und eine Strategie entwickeln, die zum Sieg führt. Somit

zeigt sich die Wahrnehmung der Globalisierung im System 2 durch die Leitmetapher **GLOBALISIERUNG IST WETTRÜSTEN**.

Im Kontext des Krieges wird das gemeinsame *Aufstellen* und *Aufbauen* der EU zu einer Befestigung der **HEIMSTÄTTE EUROPA**. Es gehe darum, in Europa die kulturelle Vielfalt und die europäischen Standards zu *schützen* (G/R/2014a: 27); man müsse *die eigene Lebensweise in Europa bewahren* (Sch/R/2016: 12); dafür müsse man um Handelsabkommen *kämpfen*, die *Recht und Regeln schützen und stärken* (G/R/2016a: 16). Der Kontinent wird somit zu einer Bastion des Rechts, in welcher die europäische Ordnung Schutz findet und die EuropäerInnen überleben können. Im Metaphernsystem 2 wird die Wahrnehmung des Kontinents wesentlich durch die Leitmetapher **EUROPA IST EINE FESTUNG** strukturiert.

Auch die handelspolitischen Beziehungen zwischen Europa und den USA wandeln sich in diesem Zusammenhang. Sie übersteigen die bloße Partnerschaft und werden zu einer Allianz. Transatlantische Handelspolitik wirkt somit weniger wie die Regulierung von Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalaustausch, sondern mehr wie eine Militärkooperation: Die Beziehungen zu den USA seien für Europa *existenziell* (M/R/2015a: 38); die transatlantischen Beziehungen *sichern* Millionen Arbeitsplätze (M/R/2014: 23) und *stärken* beide Partner (M/R/2014: 19). In diesem Sinne wird der *transatlantische Schulterschluss* (Gr/I/2016: 11) zum kameradschaftlichen Wappnen auf die globalen Herausforderungen, denen man *nur gemeinsam begegnen könne* (M/R/2014: 26). Denn die transatlantischen Beziehungen sind im Metaphernsystem 2 überlebenswichtig für Europa. Die Wichtigkeit dieser Beziehungen wird durch die Leitmetapher **USA IST EIN ALLIIERTER** ausgedrückt.

Die **WILDNIS ASIEN** hingegen wandelt sich im Metaphernsystem 2 zu einem Raum, in und um welchem gekämpft wird: die *Räume*, die Amerika dort freimache, müsse Europa jetzt *nutzen* (G/I/2017: 10); wenn sich *in Asien* Chancen auftun, sollte Europa *zugreifen* (G/I/2017: 20); deutsche Unternehmen seien bereits *stark* bei Investitionen *in Asien*, aber Deutschland *strebe* keine *Einbahnstraße* an (G/I/2014a: 7); wenn Europa seine Chance verpasse, werden die sozialen, ökologischen und ökonomischen Standards *in Asien* gesetzt (G/I/2014b: 55). In diesem Sinne strukturiert die Leitmetapher **ASIEN IST EIN TERRITORIUM** die Wahrnehmung der Rolle Asiens und macht den Kontinent zu einem Gebiet, auf welchem die zukünftige Weltordnung entschieden

wird. In dieser Vorstellung der Welt, in welcher die Globalisierung als Wettrüsten und der Handel als Krieg verstanden wird, ist China mehr als nur ein Gegner für Europa: **CHINA IST EIN FEIND**. Es beansprucht mehr Teilhabe an den Schalthebeln der internationalen Ordnung (G/R/2017: 16) und versucht die Weltordnung nach seinem Willen zu gestalten. Wenn es damit Erfolg hat, komme dies auf Kosten der Europäer (G/R/2014b: 33). Handel wird aus dieser Perspektive zum Kampf um Macht und Herrschaft. Ganz nach der Clausewitzschen Definition von Krieg bekommt Handelspolitik somit das Ziel, „den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen“ (Clausewitz 2018: 23).

Die hier dargelegten Beispiele veranschaulichen, wie die Bundesregierung das Konzept Handel partiell durch das Konzept Krieg wahrnimmt. Dies liegt auch an der Ähnlichkeit zum Konzept Wettkampf, mit welchem die Regierung einen Großteil ihrer Beiträge strukturiert. Jedoch wenden sich die Metaphern an manchen Textstellen radikal und zeigen, dass es nicht mehr nur um das Gewinnen eines Spieles, sondern um das eigene Überleben geht. So wandelt sich in diesem Metaphernsystem der Wettlauf Globalisierung zu einem *Wettrüsten*; der Partner USA wird zum *Alliierten*; die Heimstätte Europa wird zu einer *Festung*; der Gegenspieler China wird zu einem *Feind* und die Wildnis Asien wird zum umkämpften *Territorium*.

Tabelle 2: Leitmetaphern der Metaphernsysteme

System 1: Handel ist Wettkampf	System 2: Handel ist Krieg
GLOBALISIERUNG IST WETTTLAUF	GLOBALISIERUNG IST WETTRÜSTEN
EUROPA IST EINE HEIMSTÄTTE	EUROPA IST EINE FESTUNG
USA IST EIN PARTNER	USA IST EIN ALLIIERTER
CHINA IST EIN GEGENSPIELER	CHINA IST EIN FEIND
ASIEN IST WILDNIS	ASIEN IST TERRITORIUM

6.3 Innenpolitische Wahrnehmungsebene

Angesichts dieser außenpolitischen Rollen Deutschlands ist auch die Perspektive auf die innenpolitische Wahrnehmungsebene interessant. Auf eine nähere Betrachtung dieser Ebene wurde jedoch zugunsten der Fragestellung im Rahmen der vAPA verzichtet. Nichtsdestotrotz soll hier eine kurze Übersicht über die Auswirkungen der beiden Metaphernsysteme auf die Wahrnehmung der Regierung vom öffentlichen Diskurs und den relevanten innenpolitischen AkteurInnen gegeben werden.

Wie bereits beschrieben fällt zunächst auf, dass die Bundesregierung kaum auf die Argumente der FreihandelsgegnerInnen eingeht. Tatsächlich scheint es ihr Ziel zu sein, die gegnerische Argumentation zu delegitimieren, indem sie diese als hyperemotional, irrational und unvernünftig dargestellt. Man halte eine zum Teil *hysterische* Debatte (G/I/2014b: 55) was dazu führe, dass die *Wahrnehmung* der **PERSON ÖFFENTLICHKEIT** konträr zur Realität sei (M/R/2015b: 44) und sie gegen Freihandel sei, ohne eigentlich zu *wissen*, was in den Abkommen stehe (G/I/2016b: 36). Dies liege auch daran, dass die FreihandelsgegnerInnen *Angst verbreiten* (G/R/2015: 18), den Leuten *Dinge einreden* (F/R/2014: 11) und dass sie die Abkommen aus ideologischen Absichten kritisieren (Sch/R/2016: 30), ohne bessere Vorschläge zu haben (G/R/2016a: 10-12). Durch die Beschreibung der Bevölkerung und der FreihandelsgegnerInnen als unklug und unwissend (G/R/2014a: 16; G/R/2014b: 62) entmündigt die Bundesregierung Erstere und konstruiert Zweitere als Bedrohung. Die Regierung müsse die Bevölkerung umfassend *informieren* (G/I/2015: 18) und die Vorteile der Handelsabkommen *betonen* (G/I/2016a: 74); dann könne man jene *beruhigen* (G/I/2014b: 53). In diesem Sinne wird die Wahrnehmung der Regierung durch die Leitmetaphern **BEVÖLKERUNG SIND ZÖGLINGE**, welche aufgeklärt und erzogen werden müssen sowie der Leitmetapher **FREIHANDELSGEGNER SIND IDEOLOGEN**, welche mit Scheinargumenten und ideologischen Absichten die Handelspolitik der Regierung kritisieren.

Diese Rollen verschieben sich im Metaphernsystem 2. Während zu Friedenszeiten Kritik an der Regierung noch toleriert werden kann, erscheint im idealtypischen Krieg extensive Kritik der Regierungsführung als mögliche Gefährdung für die Staatsgewalt. In diesem Sinne werden die FreihandelsgegnerInnen im System 2 zu GefährderInnen des Staates. Dies drückt sich durch die Leitmetapher **FREIHANDELSGEGNER SIND DEMAGOGEN** aus, vor welchen der Staat geschützt

werden muss. Die Implikationen dieser Metapher zeigen sich zum Beispiel, wenn die Regierung propagiert, dass sie die Diskussion *sehr offensiv führen* müsse (M/R/2015b: 44), weil die FreihandelsgegnerInnen TTIP *bekämpfen* (M/R/2015a: 27); oder wenn Gabriel gegenüber den GegnerInnen bemerkt: „Freihandel hat etwas mit der Chance auf Frieden und Zusammenarbeit zu tun“ (G/R/2015: 14), womit er implizit GegnerInnen von Freihandel mit FriedensgegnerInnen gleichstellt. Damit einhergehend wandelt sich auch die Wahrnehmung der Bevölkerung im System 2. Während im ersten System der Fokus auf dem Staat als Schutz- und Erziehungsinstanz der Bevölkerung liegt, verschiebt sich dieser im System 2 auf die Gefährdung der Staatsgewalt durch Dissens. Denn im Kontext des Krieges kann es von existenzieller Bedeutung sein, die Loyalität gegenüber dem Staat sicherzustellen. Dies drückt sich schlussendlich in der Metapher **DIE BEVÖLKERUNG IST GEFOLGSCHAFT** aus.

6.4 Rollenkonzept Deutschland als handelspolitischer Akteur

Aus den in Tabelle 2 aufgelisteten Leitmetaphern kann im letzten Schritt gefolgert werden, mit welchem Rollenkonzept die Regierung Deutschland als handelspolitischen Akteur wahrnimmt. Deutschland zeigt sich innerhalb dieses Politikbereichs als ein multipler Rollenträger. Je nachdem wie die Bundesregierung ihre Umwelt und die anderen AkteurInnen metaphorisch konzipiert, beeinflusst dies das eigene Rollenkonzept. In diesem Sinne zeigen die zwei Metaphernsysteme um die Leitmetaphern **HANDEL IST WETTKAMPF** und **HANDEL IST KRIEG** auf, welche Rollen Deutschland als handelspolitischer Akteur zukommen. Die Systeme unterscheiden sich unter anderem dadurch, wie offensichtlich diese Rollen aus ihnen zu lesen sind. Im System 1 sind die meisten metaphorischen Bezeichnungen manifest: Deutschland sei Exportnation (M/R/2015b: 29), Exportführer (St/R/2014: 59), der Ausrüster der Welt (G/R/2016b: 10) oder die Lokomotive Europas (Sch/R/2016: 25). Da Deutschland einen der prächtigsten Stände auf dem **MARKTPLATZ WELT** habe (St/R/2014: 39), ist es einer der erfolgreichsten HändlerInnen. Auch die oben dargelegten, manchmal weniger offensichtlichen Metaphern, teilen diese Wahrnehmung von Deutschland. Im Kontext des **WETTKAMPF HANDEL** wird Deutschland zu einem *Wettkämpfer* und *Verteidiger Europas*. Gleichzeitig zeigt Deutschland sich als tugendhafter *Mannschaftskapitän*, der

die anderen EU-Mitglieder gegen die GegenspielerInnen anführt und sich den USA als *guter Partner*, im Kontext des Wettkampfes also als *guter Mitspieler*, gibt. An anderen Stellen zeigt sich Deutschland auch als *globaler Erzieher*, also als *Schiedsrichter*, der den anderen SpielerInnen die Regeln von fairer Handelspolitik beibringt.

Die aus dem Metaphernsystem 1 entstehenden Rollen ignorieren jedoch das gewalttätige Wesen, welche die Bundesregierung globalem Handel beimisst. Denn die Regierung nutzt auch Kriegsmetaphern, die das Konzept Handel mit den Konzepten Gewalt, Herrschaft und Macht verknüpfen. Aus dieser Perspektive gibt es für europäische und deutsche Handelspolitik lediglich zwei Optionen: Entweder man bestimmt über die Anderen, oder man muss sich ihnen unterordnen (vgl. G/I/2016b:17, 31). Doch: „Europa ist eine handelspolitische *Großmacht*“ (G/R/2017: 28; Herv. SN) und auch die USA sei einer der größten Wirtschaftsräume der Welt (M/I/2015: 51). Das Ziel von TTIP liege somit darin, dass sich diese handelspolitischen Mächte zusammenschließen, damit sie die globalen Bedingungen für den Welthandel bestimmen können (G/R/2014a: 16): Sie könnten diejenigen sein, die den globalen Austausch von Waren und Gütern regulieren (F/R/2014: 4); man habe die Chance, globale Standards zu setzen, die *auf der ganzen Welt befolgt werden müssen* (F/R/2014: 4; M/R/2017b); die Abkommen seien *für die ganze Welt* (Z/R/2017: 12); et cetera. Auch die Bemerkung, dass Handelshemmnisse gegenüber europäischen Unternehmen bekämpft werden müssten, „weil auf heimischen Märkten die Wachstumschancen längst begrenzt oder ausgeschöpft sind“ (G/R/2014a: 14), ist kritisch zu lesen. Ihr kolonialistischer Unterton erinnert an die dunkelsten Kapitel deutscher und europäischer Geschichte.

In diesem Kontext wandelt sich Handel, welcher idealtypischerweise mit Frieden verknüpft ist, zu einem Konzept, das zu großen Teilen durch die Konzepte Gewalt und Herrschaft verstanden wird. Der globale Handel wird somit partiell als ein Krieg wahrgenommen und transatlantische Handelspolitik als ein Herrschaftsinstrument, mit welchem die *Großmacht Europa* den Welthandel bestimmen will. Wenn Handel aus dieser Leitmetapher wahrgenommen wird, ergeben sich auch die Bedingungen für mögliches Rollenhandeln Deutschlands: Man muss Handelspolitik betreiben, als wäre sie Kriegspolitik. Folglich ändern sich im Kontext des Metaphernsystems 2 auch die Rollen von Deutschland als handelspolitischer Akteur: Deutschland sieht sich als *Krieger*, der das globale Wettrüsten gewinnen muss. Als *Anführer Europas* wandelt es sich von einem Verteidiger zum *Eroberer*, denn es geht darum, den anderen Staaten den eigenen

Willen aufzuzwingen. In diesem Sinne erzieht es die anderen Staaten nicht als Schiedsrichter, sondern züchtigt sie als *Bändiger*. Dies kann Deutschland nur als *treuer Alliierter* innerhalb der transatlantischen Kooperation erreichen.

Tabelle 3: Deutschlands Rollen in Bezug auf die Metaphernsysteme

System 1: Handel ist Wettkampf	System 2: Handel ist Krieg
Wettkämpfer	Krieger
Mannschaftskapitän	Anführer
Verteidiger	Eroberer
Schiedsrichter	Bändiger
guter Mitspieler	treuer Alliierter

Diese Arbeit sieht sich als empirische Argumentation anhand eines Fallbeispiels für die epistemologische Perspektive, dass metaphorische Konzeptionen von Außenpolitik die Wahrnehmung von Rollen im internationalen System und davon ableitend die sozial-konstruierten Handlungsrahmen von staatlichen AkteurInnen wesentlich beeinflussen. Je nachdem wie die Bundesregierung Handelspolitik konzipiert, entspringen demnach unterschiedliche Handlungslogiken. Den Ergebnissen dieser Arbeit folgend kann somit festgehalten werden, dass die hier beschriebenen Metaphernsysteme das handelspolitische Rollenverständnis Deutschlands aus Sicht der Bundesregierung wesentlich einrahmen. Abschließend werden im Fazit mögliche Konsequenzen dieses Rollenverständnisses, weitere Forschungsperspektiven sowie die Verknüpfung der vorliegenden Ergebnisse mit bisheriger Theorie erörtert.

7. Fazit

Jede Erzählung findet über kurz oder lang ihren Schlusspunkt. Die vorliegende Arbeit wird an dieser Stelle mit einer Zusammenfassung der Forschungsergebnisse beendet. Doch die hier dargelegten theoretischen Modelle, die im Dialog mit den Daten generiert wurden, stellen keinen endgültigen Abschluss dar. Denn empirisch verankerte Theorie befindet sich in permanenter Entwicklung. Nichtsdestotrotz können diese Modelle helfen, bisherige Theorie zu adaptieren und zukünftige Forschungen zu unterstützen. Daher werden im Folgenden die Ergebnisse mit den unter 2.4 vorgestellten Rollenkonzepten verglichen, bevor abschließend ein Ausblick für weitere Forschungsmöglichkeiten gegeben wird.

Begonnen wurde diese Arbeit mit der Frage, was das Rollenkonzept der Bundesregierung von Deutschland als handelspolitischer Akteur ist. Der Fokus auf die 18. Legislaturperiode ermöglichte einen besonderen Einblick, da die in diesen Jahren stattfindenden Verhandlungen um TTIP und CETA von einem unüblich intensiven öffentlichen Diskurs zu Freihandel begleitet wurden. In diesem Kontext präsentierte die Bundesregierung ihre Wahrnehmung von Handelspolitik in einer Vielzahl an Beiträgen. Um aus diesen Beiträgen die relevanten Inhalte zu extrahieren, wurde eine explorative Vorgehensweise angelehnt an die Grounded Theory gewählt. Nachdem die Beiträge codiert und daraus Ober- und Unterkategorien entwickelt wurden, wurden die Daten mithilfe der Metapherntheorie nach Lakoff und Johnson analysiert. In einem letzten Schritt wurde die Forschungsfrage beantwortet, indem die wesentlichen metaphorischen Rollen Deutschlands dargelegt wurden.

Mit einem metapherntheoretischen Blick auf die Beiträge fällt zunächst die Vielzahl an metaphorischen Formulierungen auf. Besonders auffällig sind vor allem unkonventionalisierte Metaphern, wie **WELT IST EIN MARKTPLATZ**, **HANDELPOLITIK IST EIN (FUSSBALL)SPIEL** oder **GLOBALISIERUNG IST WETTLAUF**. Im Zusammenhang mit diesen können auch schon erste Rollen von Deutschland erkannt werden, wie zum Beispiel Deutschland ist ein *erfolgreicher Händler*, *ehrlicher Makler* oder *Exportführer*. Nach näherer Betrachtung stechen jedoch zwei Metaphern besonders ins Auge: **HANDEL IST WETTKAMPF** und **HANDEL IST KRIEG**. Diese Leitmetaphern hängen wiederum mit einer Reihe weiterer Metaphern zusammen und bilden zwei Systeme, welche die Beiträge wesentlich strukturieren. Je nachdem, mit welchen Leitmetaphern die Regierung ihr

Umfeld und Weltbild wahrnimmt, folgen daraus unterschiedliche Erwartungshaltungen und Handlungsmöglichkeiten für die Bundesrepublik. Schlussendlich entwickeln sich daraus verschiedene Rollen von Deutschland als handelspolitischer Akteur.

In dem ersten System sammeln sich Metaphern relativ flexibel um die Leitmetapher **HANDEL IST WETTKAMPF**. Hier konstruiert die Regierung noch eine friedliche internationale Bühne, in welcher Deutschland einen *Wettkämpfer, Mannschaftskapitän, Verteidiger, Schiedsrichter* und *guten Mitspieler* darstellt. Im zweiten System wird jedoch ersichtlich, wie sich diese Rollen wandeln, sobald die Bundesregierung Handelspolitik durch die Leitmetapher **HANDEL IST KRIEG** wahrnimmt: Hier wird Deutschland zum *Krieger, Anführer, Eroberer, Bändiger* und *treuen Alliierten*. In diesem Metaphernsystem wird Europa als eine Festung der Zivilisation wahrgenommen, während Asien als ein umkämpftes Territorium dargestellt wird. China wird zum Feind, gegen den sich die Europäische Union mit seinen nordamerikanischen Alliierten verbünden muss. Die Globalisierung wird zum Wettrüsten und Handel zu einem Krieg, welchen Deutschland gewinnen muss. Natürlich soll dies nicht durch tatsächliche Waffengewalt geschehen – dann würde Handel nicht nur partiell durch Krieg wahrgenommen werden, sondern beide Konzepte wären identisch. In diesem Sinne trifft das von Kirste und Maull entwickelte Konzept von Deutschland als Zivilmacht auch im Politikbereich Handelspolitik zu. Denn in keinem Beitrag lässt sich feststellen, dass die Regierung propagiert, Deutschlands nationale Interessen mit Waffengewalt durchzusetzen. Tatsächlich betont die Bundesregierung in ihrem Rollenverständnis als Schiedsrichter, wie wichtig es ist, die internationale Handelspolitik *zu zivilisieren*. Im Metaphernsystem 2 zeigt sich diese Vorstellung von globaler Zivilisierung durch Europa jedoch weniger als eine Idee der Pazifizierung und Gleichberechtigung, sondern mehr als Dominanzstreben aus eigenen Interessen. Denn die nicht-westliche Welt wird hier als ein Territorium wahrgenommen, aus welcher illegitime, semi-barbarische HerausforderInnen entspringen und die Zivilisation Europa bedrohen. Für die EuropäerInnen gilt es diese neuen Mächte zu besiegen und die (handelspolitische) Welt nach dem europäischen Abbild zu befrieden. Viel wichtiger erscheint somit der zweite Teil des Wortes *Zivilmacht*. Denn in diesem System geht es schlichtweg darum, die eigene Macht zu erhalten bzw. zu erweitern. Was Deutschland nicht alleine vollbringen kann, muss es somit als Teil der Europäischen Union schaffen: den Status als (handelspolitische) Großmacht verteidigen. In diesem Sinne sieht die Bundesregierung

multilaterales Agieren nicht als einen Selbstzweck, sondern als Mittel, um die nationalen Interessen durchsetzen zu können. Auch der Vergleich zwischen Staacks Modell von Deutschland als Handelsstaat und den Ergebnissen dieser Arbeit bringt ambivalente Ergebnisse. So zeigt die Bundesregierung wiederholt Bereitschaft, im Rahmen der EU auf nationalstaatliche Souveränität zu verzichten. Dies mag kaum überraschen, da die gemeinsame Handelspolitik sowieso seit dem Vertrag von Lissabon ausschließliche Kompetenz der EU ist. Zudem argumentiert die Regierung an einigen Textstellen, dass ihre Politik der Erhöhung der Wohlfahrt dient. Auch lässt sich klar eine Präferenz für zivile Strategien bei der Verfolgung von Deutschlands Interessen feststellen. Doch wenn man durch die Perspektive des System 2 auf Handelspolitik blickt, ändern sich diese Punkte. Durch diese Wahrnehmung steht nicht mehr die Wohlfahrt, sondern das eigene Überleben im Vordergrund. Damit werden zivile Strategien und Instrumente der Handelspolitik partiell als militärische Mittel wahrgenommen. Dies muss nicht unbedingt wesentliche Auswirkungen auf die Politik eines Staates haben. Weitere Forschung könnte sich jedoch mit der Frage beschäftigen, ob eine dominante Wahrnehmung von Handel als Krieg die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass es zwischen Staaten zu Handelskriegen oder sogar zu militärischen Konflikten kommt. Im Vergleich mit Techaus und Mangasarians Konzept des Servant Leaders werden weitere Widersprüche mit den vorliegenden Forschungsergebnissen sichtbar. Zum einen kann man sich die Frage stellen, ob die ständige Betonung des ökonomischen Erfolgs von Deutschland einen Führungsstil darstellt, der auf nationalem Prestige verzichtet oder ob dies weit über das Bewusstsein der eigenen Vormachtstellung hinausgeht. Das wesentliche Rollenverständnis eines internationalen Anwalts, der die schwächeren AkteurlInnen schützt, lässt sich in den Beiträgen zumindest nicht erkennen.

Somit zeigt sich die Wahrnehmung der Bundesregierung im Politikbereich Handelspolitik im Vergleich mit diesen drei Rollenkonzepten als ambivalent. Zum einen propagiert die Regierung regelmäßig die Wichtigkeit von Multilateralismus und Freihandel, um Wohlstand zu fördern. In diesem Sinne versteht sie Freihandel als Win-Win-Situation für alle AkteurlInnen. Andererseits konzipiert sie Handel als Wettkampf und teilweise sogar als Krieg. Dies impliziert eine Sicht von Welthandel als Nullsummenspiel und verdeutlicht, wie die deutsche Bundesregierung diesen grundsätzlich aus einer Konfliktperspektive wahrnimmt. Dabei könnten Handel und Handelspolitik auch auf eine andere Art metaphorisch konzipiert werden. Zum Beispiel könnten

Metaphern wie **HANDEL IST TANZ** oder **HANDEL IST MUSIZIEREN** die Wahrnehmung auf harmonische Aspekte und Synergiepotenziale des Konzeptes lenken. In diesem Sinne könnte sich weitere Forschung unter anderem mit der Entwicklung von alternativen Metaphernsystemen beschäftigen.

Die Verknüpfung von Rollen- und Metapherntheorie hat sich in dieser Arbeit als äußerst fruchtbar gezeigt. Weitere Überlegungen, wie diese beiden theoretischen Rahmen miteinander verbunden werden können, sind daher durchaus wünschenswert. Aus einer rollentheoretischen Perspektive stellt sich auch die Frage, wie sich die hier analysierte Selbstwahrnehmung Deutschlands als handelspolitischer Akteur im Vergleich mit der Fremdwahrnehmung anderer Staaten und internationaler Organisationen verhält. Zum Beispiel könnte man möglicherweise mit einem stärkeren internationalen Fokus Anzeichen von *Inter*-Rollenkonflikten erkennen. Im Kontext des eigenen Rollenbündels wäre es interessant zu untersuchen, inwieweit das handelspolitische Rollenkonzept Deutschlands mit anderen Rollensegmenten in Beziehung steht. Auch hier könnten möglicherweise Anzeichen eines *Intra*-Rollenkonflikts aufgedeckt werden. Denn es ist nicht unwahrscheinlich, dass die Regierung in Bezug auf andere Politikbereiche sehr unterschiedliche Wahrnehmungen von Deutschlands Rolle in der Welt hat. Auch die unter 5.2 dargelegten Wahrnehmungsebenen zeigen weitere mögliche Forschungsrichtungen an. Zum Beispiel könnte aus den hier entwickelten Kategorien der Fokus auf die innenpolitischen AkteurInnen und deren Rollen im öffentlichen Diskurs gerichtet werden. Bereits in dieser Arbeit haben sich unterschiedliche Wahrnehmungen von Handelspolitik angedeutet. Während die Regierung die transatlantischen Handelsbeziehungen wesentlich im Kontext der Globalisierung wahrnimmt, haben FreihandelsgegnerInnen vermutlich ein unterschiedliches Framing der gleichen Thematik. Auch ein Fokus auf die regionale Wahrnehmungsebene könnte gewinnbringend sein. Besonders spannend wäre es zu untersuchen, welche Rollen Deutschland innerhalb des EU-Ministerrats zugeschrieben werden. Mit Blick auf die Fallauswahl der vorliegenden Arbeit wäre auch eine Dekonstruktion der Bundesregierung interessant. Zum Beispiel könnten individuelle Unterschiede vertieft analysiert und unterschiedliche Wahrnehmungen in Bezug auf Parteihintergrund, sozioökonomischen Hintergrund et cetera analysiert werden. Zudem könnte der Forschungshorizont vergleichend auf andere Legislaturperioden erweitert werden. Es deutet sich somit eine Fülle an möglichen

Forschungsrichtungen an, mit denen die hier generierte empirisch verankerte Theorie weiterentwickelt werden kann.

Zum Schluss ein Wort zu den transatlantischen Handelsbeziehungen. In der Geschichte der vereinigten Bundesrepublik hat wohl kein anderes Handelsabkommen zu solch intensiven öffentlichen Debatten geführt, wie TTIP. In seiner ursprünglich angedachten Form wird dieses Abkommen wahrscheinlich nicht mehr zustande kommen. Dessen Ausgang ist jedoch noch immer ungewiss, da die Verhandlungen lediglich pausiert sind. Die TTIP-GegnerInnen und BefürworterInnen stehen sich hingegen mit ihren jeweiligen Erzählungen, ExpertInnen, Fakten und Zahlen weiterhin kompromisslos gegenüber, auch wenn sich die öffentliche Aufmerksamkeit mittlerweile anderen Angelegenheiten zugewandt hat. Wer länger zu diesem Thema forscht, wird vielleicht merken, dass es mit der Zeit immer schwieriger scheint, sich für eine der beiden Seiten zu entscheiden. Dies liegt an der hyperkomplexen Natur der Thematik. Denn die transatlantischen Handelsbeziehungen sind mit einer Vielzahl von weiteren Themen und Narrativen verbunden, die sich schlussendlich nicht in einfache antagonistische Kategorien packen lassen. Das hält die Diskutierenden im öffentlichen Diskurs freilich nicht davon ab, ihre Geschichten von Gut und Böse, Richtig und Falsch, Schwarz und Weiß weiter zu erzählen:

„Und was haben die hiesigen Kritiker nicht gegen dieses Projekt der transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft gewettert. Gegen Hormonrinder und private Schiedsgerichte. Vor allem aber: gegen die ‚bösen‘ Amerikaner, denen man einfach nicht vertrauen wollte, egal wie die Regeln dann genau festgelegt wären. Bloß waren das damals in Wahrheit die „guten“ Amerikaner, die in der Handelspolitik das Sagen hatten. Es waren Amerikaner, die am globalen Freihandel festhielten – und am Glauben daran, dass er allen beteiligten Ländern Vorteile bringen kann. Sie wollten eine moderne Weltmarktordnung, statt Land nach Land zu irgendwelchen Deals zu zwingen“ (Heuser 2018).

Mitte 2018, als sich die USA und die EU gegenseitige Strafzölle vorhielten und seitdem die Idee eines Handelskriegs wie ein Damoklesschwert über den transatlantischen Beziehungen hängt, ist Handelspolitik wieder in den öffentlichen Diskurs gerückt. Vermutlich ist auch Ende 2019 die Wahrnehmung der Bundesregierung von Deutschlands handelspolitischer Rolle als

Wettkämpfer/Krieger konstant geblieben. Fraglich ist, inwieweit sich die Vorstellung der USA als Mitspieler/Alliiertes verändert hat und ob ein substantieller Rollenwandel in den transatlantischen Beziehungen stattfindet. Fest steht, dass sich auch das Geschichtenerzählen zu Handelspolitik fortwährend weiterentwickelt. Auf welche Weise, wird die Zukunft zeigen.

Literaturverzeichnis

- Aggestam, Lisbeth. 2004. *A European Foreign Policy? Role conceptions and the politics of identity in Britain, France and Germany*. Dissertation. Stockholm: Fakultät für Politikwissenschaft, Universität Stockholm.
- Aggestam, Lisbeth. 2006. Role theory and European foreign policy: a framework of analysis. In: Ole Elgström und Michael Smith (Hrsg.), *The European Union's Roles in International Politics. Concepts and Analysis*. London: Routledge, 11-29.
- Anna Cavazzini. 2017. Wie wir TTIP gestoppt haben – und warum Donald Trump nichts damit zu tun hat. *Campact*. <https://blog.campact.de/2017/01/wie-wir-ttip-gestoppt-haben-und-warum-donald-trump-nichts-damit-zu-tun-hat/comment-page-1/>. Letzter Zugriff: 16.06.2018
- Bauer, Matthias. 2016. The Political Power of Evoking Fear. The shining example of Germany's anti-TTIP campaign movement. *European View* 15: 193-212.
- Berg, Charles und Marianne Milmeister. 2008. Im Dialog mit den Daten das eigene Erzählen der Geschichte finden. Über die Kodierverfahren der Grounded-Theory-Methodologie. *Forum Qualitative Sozialforschung* 9.
- Biddle, Bruce J. 1986. Recent developments in role theory. *Annual review of sociology* 12: 67-92.
- Clausewitz, Carl v. 2018. *Vom Kriege*. Köln: Anaconda.
- Duden. o.J. *Diskurs*. <https://www.duden.de/rechtschreibung/Diskurs>. Letzter Zugriff: 16.06.2018
- Elgström, Ole. 2007. The European Union as a leader in international multilateral negotiations—a problematic aspiration? *International Relations* 21: 445-458.

- Eliasson, Leif J. und Patricia Garcia-Duran Huet. 2018. TTIP negotiations. Interest groups, anti-TTIP civil society campaigns and public opinion. *Journal of Transatlantic Studies* 16: 101-116.
- Etzold, Marc und Simon Book. 2016. Warum TTIP tot ist – fünf Gründe. *Wirtschaftswoche Online*.
<https://www.wiwo.de/politik/europa/frei-handelsabkommen-warum-tt-ip-tot-ist-fuenf-gruende/14559418.html>. Letzter Zugriff: 16.06.2018
- Europäische Kommission. 2016a. *Standard Eurobarometer 85. Spring 2016*.
<http://ec.europa.eu/COMMFrontOffice/publicopinion/index.cfm/Survey/getSurveyDetail/instruments/STANDARD/surveyKy/2130>. Letzter Zugriff: 16.06.2018
- Europäische Kommission. 2016b. *Trade*. Luxembourg: Publications Office.
<https://publications.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/9a2c5c3e-0d03-11e6-b9a9-01aa75ed71a1>. Letzter Zugriff: 16.06.2018
- Folkersma, Petra. 2010. *Emotionen im Spannungsfeld zwischen Körper und Kultur*. Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Folz, Rachel. 2013. *Deutschland, Schweden und der Wandel der Sicherheitspolitik in Europe von 1945 bis 2010. Eine vergleichende rollentheoretische Untersuchung von Ego und (signifikantem) Alter*. Baden-Baden: Nomos.
- Gaupp, Peter. 1983. *Staaten als Rollenträger. Die Rollentheorie als Analyseinstrument von Außenpolitik und internationalen Beziehungen*. Frauenfeld: Huber.
- Glaser, Barney und Anselm L. Strauss. 1967. *Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research*. Somerset: Taylor and Francis.

Glaser, Barney G. und Anselm L. Strauss. 1998. *Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung*.
Bern, Göttingen, Toronto, Seattle: Huber.

Harnisch, Sebastian (Hrsg.). 2011. *Role Theory in International Relations*. London: Routledge.

Harnisch, Sebastian. 2017. Sozialkonstruktivismus in den Internationalen Beziehungen. In: Frank
Sauer und Carlo Masala (Hrsg.), *Handbuch Internationale Beziehungen*. Wiesbaden: Springer,
215-232.

Harnisch, Sebastian und Joachim Schild (Hrsg.). 2014. *Deutsche Außenpolitik und internationale
Führung. Ressourcen, Praktiken und Politiken in einer veränderten Europäischen Union*. Baden-
Baden: Nomos.

Hawksworth, John, Hannah Audino und Rob Clarry. 2017. The long view: How will the global
economic order change by 2050? *PWC Online*.
<https://www.pwc.com/gx/en/issues/economy/the-world-in-2050.html>. Letzter Zugriff:
16.06.2018

Heindl, Andreas. 2015. Diskursanalyse. In: Achim Hildebrandt (Hrsg.), *Methodologie, Methoden,
Forschungsdesign. Ein Lehrbuch für fortgeschrittene Studierende der Politikwissenschaft*.
Wiesbaden: Springer, 257-298.

Heuser, Uwe J. 2018. Erst handeln, dann reden! *Die Zeit*, 7. März 2018,
<https://www.zeit.de/2018/11/freihandel-ttip-trump-usa-china>. Letzter Zugriff: 16.06.2018

Holsti, Kalevi J. 1970. National role conceptions in the study of foreign policy. *International
Studies Quarterly* 14: 233-309.

- Holzscheiter, Anna. 2014. Between Communicative Interaction and Structures of Signification. Discourse Theory and Analysis in International Relations. *International Studies Perspectives* 15: 142-162.
- Hüttemann, Bernd. 2015. Lobbyismus in der partizipativen Demokratie. In: Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 2015*. Baden-Baden: Nomos, 370-373.
- Jäkel, Olaf. 2003. *Wie Metaphern Wissen schaffen. Die kognitive Metapherntheorie und ihre Anwendung in Modell-Analysen der Diskursbereiche Geistestätigkeit, Wirtschaft, Wissenschaft und Religion*. Hamburg: Kovač.
- Jönsson, Christer und Ulf Westerlund. 1982. Role Theory in Foreign Policy Analysis. *Cognitive Dynamics and International Politics*: 122-157.
- Junge, Matthias (Hrsg.). 2011. *Metaphern und Gesellschaft. Die Bedeutung der Orientierung durch Metaphern*. Wiesbaden: Springer.
- Kirste, Knut und Hanns W. Maull. 1996. Zivilmacht und Rollentheorie. *Zeitschrift für internationale Beziehungen*: 283-312.
- Lakoff, George und Mark Johnson. 1980. *Metaphors We Live By*. Chicago: Univ. of Chicago Press.
- Lakoff, George und Mark Johnson. 2018. *Leben in Metaphern. Konstruktion und Gebrauch von Sprachbildern*. Heidelberg: Carl-Auer.
- Lantis, Jeffrey S. und Ryan Beasley. 2017. *Comparative Foreign Policy Analysis*.
<http://politics.oxfordre.com/view/10.1093/acrefore/9780190228637.001.0001/acrefore-9780190228637-e-398>. Letzter Zugriff: 16.06.2018

- Larsén, Magdalena F. 2017. The Increasing Power of the European Parliament. Negotiating the EU-India Free Trade Agreement. *International Negotiation* 22: 473-498.
- Mahony, Honor. 2015. EU institutions use 'data privacy' to stymie transparency. *EUObserver*.
<https://euobserver.com/political/128657>. Letzter Zugriff: 16.06.2018
- Mangasarian, Leon und Jan Techau. 2017. *Führungsmacht Deutschland. Strategie ohne Angst und Anmaßung*. München: dtv.
- Marx, Gabriella und Anja Wollny. 2009. Qualitative Sozialforschung. Ausgangspunkte und Ansätze für eine forschende Allgemeinmedizin. Teil 2: Qualitative Inhaltsanalyse vs. Grounded Theory. *Zeitschrift für Allgemeinmedizin* 85: 467-475.
- Milliken, Jennifer. 1999. The Study of Discourse in International Relations. *European Journal of International Relations* 5: 225-254.
- Nabers, Dirk. 2011. Identity and role change in international politics. In: Sebastian Harnisch (Hrsg.), *Role Theory in International Relations*. London: Routledge, 74-92.
- Pigman, Geoffrey A. 2016. *Trade Diplomacy Transformed. Why Trade Matters for Global Prosperity*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Rosecrance, Richard N. 1986. *The Rise of the Trading State. Commerce and Conquest in the Modern World*. New York: Basic Books.
- Schmitt, Rudolf. 2011. Methoden der sozialwissenschaftlichen Metaphernforschung. In: *Metaphern und Gesellschaft*. Wiesbaden: Springer, 167-184.

- Schmitt, Rudolf. 2014. Eine Übersicht über Methoden sozialwissenschaftlicher Metaphernanalysen. In: *Methoden der Metaphernforschung und -analyse*. Wiesbaden: Springer, 13-30.
- Schmitt, Rudolf. 2017. *Systematische Metaphernanalyse als Methode der qualitativen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer.
- Snyder, R. C., H. W. Bruck und B. Sapin. 1954. *Decision-making as an approach to the study of international politics*. Princeton: University Press.
- Staack, Michael. 2000. *Handelsstaat Deutschland*. München: Schöningh.
- Strübing, Jörg. 2018. Grounded Theory: Methodische und methodologische Grundlagen. In: Christian Pentzold (Hrsg.), *Praxis Grounded Theory. Theoriegenerierendes empirisches Forschen in medienbezogenen Lebenswelten: ein Lehr- und Arbeitsbuch*. Wiesbaden: Springer, 27-52.
- Thies, Cameron. 2009. Role Theory and Foreign Policy. In: *International Studies Association Compendium Project, Foreign Policy Analysis section*, 1-44.
- Thies, Cameron G. 2018. *The Oxford Encyclopedia of Foreign Policy Analysis*. Oxford: University Press.
- Thornberg, Robert und Kathy Charmaz. 2014. Grounded Theory and Theoretical Coding. *The SAGE Handbook of Qualitative Data Analysis*. London: Sage, 153-169.
- Walker, Stephen G. 1979. National Role Conceptions and Systemic Outcomes. In: Lawrence S. Falkowski (Hrsg.), *Psychological models in international politics*. Boulder: Westview Press, 169-210.

Wehling, Elisabeth. 2017. *Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Weltbank. o.J. [2018]. *GDP (current US\$). Germany*.

https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD?contextual=region&locations=DE&name_desc=false. Letzter Zugriff: 16.06.2018

Wish, Naomi B. 1980. Foreign policy makers and their national role conceptions. *International Studies Quarterly* 24: 532-554.

Wodak, Ruth und Michael Meyer. 2009. *Methods of Critical Discourse Analysis*. London: Sage.

Woolcock, Stephen. 2010. EU Trade and Investment Policymaking After the Lisbon Treaty. *Intereconomics* 45: 22-25.

Anhang 1 - Übersicht: Mitglieder der Bundesregierung

Kürzel	Name	Vorname	Partei	Position	Amtszeit	Reden	Interviews
F	Friedrich	Hans-Peter	CSU	Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft	17. 12. 2013 -17.02.2014	1	0
G	Gabriel	Sigmar	SPD	Stellvertreter des Bundeskanzlers Bundesminister für Wirtschaft und Energie Bundesaußenminister	17.12.2013 -14.03.2018 17.12.2013 -27.01.2017 27.01.2017 -14.03.2018	6	6
Gr	Grütters	Monika	CDU	Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	seit 17.12.2013	1	2
Sch	Schäuble	Wolfgang	CDU	Bundesminister der Finanzen	17.12.2013 -24.10.2017	1	0
S	Schmidt	Christian	CSU	Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft	17.02.2014 -14.03.2018	0	1
St	Steinmeier	Frank-Walter	SPD	Bundesminister des Auswärtigen	17.12.2013 -27.01.2017	2	0
Ma	Maas	Heiko	SPD	Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz	17. 12. 2013 -14.03.2018	0	2
M	Merkel	Angela	CDU	Bundeskanzlerin	seit 22.11.2005	6	4
Mü	Müller	Gerd	CSU	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	seit 17. 12. 2013	1	0
Z	Zypries	Brigitte	SPD	Bundesminister für Wirtschaft und Energie	27.01.2017 -24.10.2017	1	2
Gesamt:						19	17

Anhang 2 - Übersicht: Analyisierte Beiträge

Kürzel	Datum	Person	Art	Medium/Ort	Titel	Link (letzter Zugriff 31. Mai 2018)
2017						
M/R/2017	11.07.2017	Merkel	Rede	in München	Wirtschaftsgespräch der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft	https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2017/07/2017-07-12-rede-bk-bayerische-wirtschaft.html
M/I/2017	07.07.2017	Merkel	Interview	Die Zeit	"Alle sollen von Wachstum profitieren"	https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Interview/2017/07/2017-07-06-merkel-zeit.html
G/R/2017	26.06.2017	Gabriel	Rede	in Wittenberg	Podiumsdiskussion zum Thema "Gerechtigkeit weltweit –welchen Beitrag kann deutsche Außenpolitik leisten?"	https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/170622-bm-gerechtigkeit/290866
M/R/2017a	23.04.2017	Merkel	Rede	in Hannover	Hannover Messe	https://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Rede/2017/04/2017-04-23-rede-merkel-hannover-messe.html
Z/I/2017b	17.03.2017	Zypries	Interview	DLF	„Eine verlässliche Basis für Handel schaffen“	https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Interviews/2017/20170303-zypries-dlf.html
Z/I/2017a	05.02.2017	Zypries	Interview	FAZ	"Werte und Prinzipien müssen gelten"	https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Interview/2017/02/2017-02-05-zypries-fas.html
Z/R/2017	27.01.2017	Zypries	Rede	im Bundestag	Zu CETA	https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2017/01/12-6-bmwi-bt.html
G/I/2017	24.01.2017	Gabriel	Interview	Handelsblatt	"Jetzt ist die Zeit Europa zu stärken"	https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Interviews/2017/20170123-gabriel-handelsblatt.html
2016						
M/R/2016	23.11.2016	Merkel	Regierungserklärung	im Bundestag	Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel	https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2016/11/138-1-bkin-bt.html
G/R/2016b	30.10.2016	Gabriel	Artikel	Welt Online	„Foulspiel von Handelspartnern nicht mehr dulden“	https://www.welt.de/debatte/kommentare/article159141615/Foulspiel-von-Handelspartnern-nicht-mehr-dulden.html
G/I/2016b	29.09.2016	Gabriel	Interview	Braunschweiger Zeitung	"Regeln für den Welthandel wird es geben."	http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Interviews/2016/20160929-gabriel-interview-braunschweiger-zeitung-ceta-ttip.html
M/I/2016	26.09.2016	Merkel	Interview	Wirtschaftswoche	"Da muss man Flagge zeigen"	https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Interview/2016/09/2016-09-26-merkel-wirtschaftswoche.html

Sch/R/2016	06.09.2016	Schäuble	Rede	im Bundestag	zum Haushaltsgesetz 2017	https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2016/09/98-1-bmf-bt.html
Gr//2016	03.09.2016	Grütters	Interview	Südwest Presse	"Restituti on bleibt Verpflichtung"	https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Interview/2016/09/2016-09-03-gruetters-sw-presse.html
St/R/2016	30.08.2016	Steinmeier	Rede	in Berlin	Wirtschaftstag der 15. Botschafterkonferenz	https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2016/08/96-3-bmaa-wirtschaftstag.html
G/R/2016a	11.05.2016	Gabriel	Rede	im Bundestag	Haltung der Bundesregierung zu TTIP	https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2016/05/52-2-bmwi-bt-tt ip.html
G//2016a	24.04.2016	Gabriel	Interview	Handelsblatt	"Ich will TTIP nicht um jeden Preis"	https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Interviews/2016/20160424-interview-gabriel-handelsblatt.html
2015						
M/R/2015b	03.11.2015	Merkel	Rede	in Berlin	Tag der Deutschen Industrie 2015	https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2015/11/2015-11-03-bkin-bdi.html
M/R/2015a	21.09.2015	Merkel	Rede	im Deutschen Bundestag	"Ja zu TTIP! Chancen nutzen, Interessen wahren, Zukunft gestalten"	https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2015/09/2015-09-22-merkel-cdu-tt ip.html
M//2015	30.05.2015	Merkel	Interview	Süddeutsche Zeitung	Globalisierung gerecht gestalten	https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Interview/2015/05/2015-05-30-merkel-sz.html
G//2015a	22.05.2015	Gabriel	Interview	Schekker	"Deutschland wird von TTIP profitieren"	https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Interview/2015/05/2015-05-22-gabriel-schekker.html
Gr//2015	18.04.2015	Grütters	Interview	Mannheimer Morgen	"Wir sind das Land mit der höchsten Theaterdichte"	https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Interview/2015/04/2015-04-20-gr%C3%B Cters-morgenweb.html
Gr/R/2015	03.03.2015	Grütters	Rede	in Brüssel	Bei der Intergroup „Creative Industries“ des Europäischen Parlaments	https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2015/03/2015-03-04-gruetters-intergroup.html
Ma//2015	01.03.2015	Maas	Interview	Tagesspiegel	"Dieser Betrug auf Rezept muss ein Ende haben"	https://www.bmjbv.de/SharedDocs/Interviews/DE/2015/Print/03012015_Tagesspiegel.html
G/R/2015	27.02.2015	Gabriel	Rede	im Bundestag	Debatte zum CETA-Verhandlungsergebnis und zum Investorenschutz	https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2010-2015/2015/02/31-2-bmwi-bt.html
2014						
Ma//2014	15.12.2014	Maas	Interview	Süddeutsche Zeitung	"Die Argumente von Pegida sind doch wirklich hanebüchen"	https://www.bmjbv.de/SharedDocs/Interviews/DE/2014/Print/12152014_SZ_PEGIDA.html
M//2014	07.12.2014	Merkel	Interview	Welt am Sonntag	"Verlässlichkeit ist ein sehr hohes Gut"	https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Interview/2014/12/2014-12-07-merkel-wams.html

G/I/2014b	01.12.2014	Gabriel	Interview	Spiegel	"Europa muss aufpassen"	https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Interview/2014/12/2014-12-01-gabriel-spiegel.html
G/R/2014b	27.11.2014	Gabriel	Rede	im Bundestag	Zum Haushaltsgesetz 2015	https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2010-2015/2014/11/137-1-bmwi.html

G/I/2014a	19.11.2014	Gabriel	Interview	Tien Phong	"Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und Vietnam hat strategische Bedeutung für beide Seiten"	https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Interviews/2014/20141119-gabriel-interview-tien-phong.html
Mü/R/2014	09.10.2014	Müller	Rede	im Bundestag	Debatte zur Verantwortung für Produktion und Handel in Entwicklungs- und Schwellenländern	https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2010-2015/2014/10/109-3-bmz-bt.html
F/R/2014	25.09.2014	Friedrich	Rede	im Bundestag	Zu TTIP	http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/18/18054.pdf
St/R/2014	26.08.2014	Steinmeier	Rede	in Berlin	Wirtschaftstag der 13. Botschafterkonferenz	https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/-/264574
S/I/1/2014	25.06.2014	Schmidt	Interview	Handelsblatt	"Unsere Standards sind nicht verhandelbar"	https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Interview/2014/06/2014-06-24-schmidt-hbl.html
G/R/2014a	05.05.2014	Gabriel	Rede	im BMWi	Dialogforums zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft	https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Reden/2014/20140505-rede-gabriel-ttip.html
M/R/2014	02.05.2014	Merkel	Rede	in Washington D.C.	Vor der U.S. Chamber of Commerce	https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2014/05/2014-05-02-merkel-usa-handelskammer.html